

Keyifli Okumalar Dileriz

Binlerce kategoride milyonlarca PDF e-kitap, ders kitapları, dergiler ve romanlara platformumuz üzerinden ücretsiz ulaşabilirsiniz.

RESMİ WEB SİTEMİZ

<https://rantey.org>

Yedek ve Duyuru Kanallarımız

Sitemize erişim engeli gelmesi veya adres değişikliği durumunda aşağıdaki kanallardan güncel giriş adresine erişebilirsiniz:

- Telegram: <https://t.me/birkitapbir>
- WhatsApp Kanalımız : <https://whatsapp.com/channel/0029VbDHv8uE50Us4lvMoc0Y>

Analysen

Aus der
Abteilung
Entwicklungs-
länder-
forschung

FORSCHUNGSINSTITUT

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

DIE TÜRKISCHE KRISE

89/90

Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Reihe „**Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung**“ des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ist bestimmt für alle Interessenten, die sich näher mit den Problemen der Länder der Dritten Welt befassen wollen, und soll ihnen eine umfassende und verlässliche Informationsgrundlage geben.

Redaktion:

The-Quyen Vu (verantwortlich), Michael Domitra,
Winfried Veit.

Manuskripte und Zusendungen an die Redaktion bitte an das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2.

Die Reihe „**Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung**“ erscheint unregelmäßig. Bezug erfolgt unmittelbar durch das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2.
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn 10106062
(Buchungsvermerk: ELF/INFO)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch **auszugsweise** – nur mit Genehmigung der Redaktion. Namentlich gezeichnete Beiträge **geben** nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck: NVV: Druck & Service, Bonn 2

Analysen

Aus der
Abteilung
Entwicklungsländer-
forschung

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



DIE TÜRKISCHE KRISE

BEITRÄGE EINES EXPERTENGESPRÄCHS DER
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 24. - 26. SEPTEMBER 1980

Nr. 89/90

FEBRUAR 1981

Inhalt

Seite

EINLEITUNG / INTRODUCTION

Die türkische Krise als Gegenstand
wissenschaftlicher Politikberatung

Winfried Veit

1

SCHWERPUNKT I / ITEM I

IDENTITÄTSKRISE UND AUSSENPOLITISCHE
ORIENTIERUNGSKRISE / CRISIS OF IDENTITY
AND OF EXTERNAL ORIENTATION

Die Türkei im Konflikt zwischen Europa und
der islamisch-nahöstlichen Umwelt: Überblick
über ein Jahrhundert
(English Summary)

Zehra Önder

12

Islamischer Fundamentalismus und
türkischer Nationalismus
(English Summary)

Karl Binswanger

20

Ethnische und religiöse Spannungen als
gesellschaftliches und politisches
Konfliktpotential
(English Summary)

Jürgen Roth

35

Im Spannungsfeld zwischen Marxismus und
Islamischem Fundamentalismus: Ende der
Verwestlichung ?
(English Summary)

Udo Steinbach

45

SCHWERPUNKT II / ITEM II

DIE KRISE DER INNEREN SICHERHEIT UND DIE
GEFÄHRDUNG DER DEMOKRATIE / INTERNAL CRISIS
AND THREAT TO DEMOCRACY

Social Disintegration: Exacerbation of
Social Tensions in the Sixties and Seventies

Manoucher Parvin 56

Major Issues of Turkish Political Parties
under the light of structural change

Nemin Abadan-Unat 71

Radicalism in Turkish domestic policies

Jacob Landau 89

The Military and its relation to
the State and democracy

Kemal H. Karpaz 99

SCHWERPUNKT III / ITEM III

DIE WIRTSCHAFTSKRISE UND IHRE GESELLSCHAFT-
LICHEN AUSWIRKUNGEN / THE ECONOMIC CRISIS
AND ITS SOCIAL REPERCUSSIONS

Planned Economy versus Market Economy:
Basic Orientations of economic policy

Mükerrem Hic 114

An analysis of IMF Recovery Plan and its
social and domestic consequences

Yavuz Tolun 125

SCHWERPUNKT IV / ITEM IV

PROBELMFELDER AUSSENPOLITISCHER

ZUSAMMENARBEIT / AREAS OF

EXTERNAL COOPERATION

Die Vertrauenskrise in den Beziehungen
zu Europa: Perspektiven der türkischen
Mitgliedschaft in der EG
(English Summary)

Hans-H. Hass

147

Der Stellenwert der Migration für die
wirtschaftliche Entwicklung der Türkei
unter besonderer Berücksichtigung der
Arbeitnehmer-Investitionen
(English Summary)

Murat Ugur Aksoy

165

REFERENTEN / SPEAKERS

186

EINLEITUNG

DIE TÜRKISCHE KRISE ALS GEGENSTAND WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG von Winfried Veit

Vorbemerkung

Nach dem ersten Schock, den der Sturz des Shah von Iran hervorgerufen hatte, setzte allenthalben das große Nachdenken darüber an, warum ein als stabil eingeschätztes pro-westliches Regime relativ widerstandslos das Feld der islamischen Revolution ließ. Der langfristige - sozusagen strukturelle - Iran-Schock sitzt tiefer, als der erste Überraschungsschock: Das Nachdenken ist nicht nur in der Wissenschaft eingekehrt, sondern auch in den Staatskanzleien und Planungsstäben westlicher Regierungen wie auch in der Wirtschaft, wo das Feld der politischen Risikoanalyse zum lukrativen Geschäft von Consulting-Unternehmen geworden ist.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Krisensituation in der Türkei braucht man nicht lange nach Parallelen zum "Fall Iran" zu suchen. Daraus Prognosen ableiten zu wollen, die eine Wiederholung der Vorgänge im Iran prophezeien, wäre allerdings eine allzu simple Betrachtungsweise. Bei aller Ähnlichkeit der von beiden Ländern durchlebten Identitätskrise ist doch die zentrale Ursache dafür, nämlich die jeweils eingeschlagene "Modernisierungsstrategie" (Kemalismus in der Türkei, "Weiße Revolution" im Iran), sowohl dem qualitativen Gehalt wie dem zeitlichen Ablauf nach sehr verschieden. Allzu vorschnell erscheinen andererseits aber auch Aussagen, die den kemalistischen Reformen eine nicht mehr rückgängig zu machende Umstrukturierung der türkischen Gesellschaft zuschreiben, als deren Ergebnis zwei - die westlichen Industrieländer besonders berührende - politische

Postulate aufgestellt werden: 1. Der Islam in der Türkei ist keine nennenswerte politische Kraft, und 2. Die Westorientierung der Türkei ist unumstößlich.

Zwischen den beiden hier beschriebenen Positionen hat eine die türkische Situation analysierende seriöse Politikberatung anzusetzen. Ein Versuch dazu wurde auf einem vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Expertengespräch unternommen, das vom 24. - 26. September 1980 in Brüssel stattfand - knapp zwei Wochen nach dem Militärputsch vom 12. September.

Die Ergebnisse sind widersprüchlich und dies nicht nur, weil die Auswirkungen der Machtübernahme durch das Militär noch nicht abzusehen waren (was ohnehin nichts an den strukturellen Problemen der Türkei ändert und damit auch grosso modo nichts an der Aussagekraft der hier veröffentlichten Beiträge).

Offensichtlich spielen der professionelle Background und der jeweilige politische Standort eine nicht unwesentliche Rolle bei der Einschätzung zukünftiger Entwicklungen. Darin spiegelt sich auch das hierzulande noch weitgehend unklare Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung und Politikberatung wider.

FORSCHUNG UND POLITIKBERATUNG

Legt man die Diskussionen beim Brüsseler Expertengespräch zugrunde (und diese können angesichts der Teilnehmer als durchaus repräsentativ gelten), so können die Trennungslinien entlang der je unterschiedlichen Prognosebereitschaft und -intensität vereinfacht so gezogen werden:

Bei Nichtwissenschaftlern (Journalisten, Politikern usw.) ist die Bereitschaft, aussagekräftige Prognosen zu treffen und dies unter Hinnahme des Risikos, widerlegt zu werden, viel stärker als bei Wissenschaftlern (bei Politikern kann sie allerdings aufgrund politischer Rücksichten beschränkt sein). Anders gesagt: Wissenschaftler legen eine große Scheu zu Tage, empirisch nicht verifizierbare Voraussagen zu machen, so daß im Extremfall ihr Statement zur inhaltsleeren Tautologie verkommen kann. Wagen sie dennoch eindeutige Prognosen, so sind diese in vielen Fällen eher politisch als wissenschaftlich begründet.

Hier soll nicht einer Tendenz das Wort geredet werden, die wissenschaftliche Forschung pauschal als weltfremd und politisch kaum verwertbar abtut, oder sie bestenfalls als nachträgliche Legitimation bereits gefällter Entscheidungen akzeptiert. Daß solche Meinungen gerade in den viel zitierten "Schaltstellen der Macht", den bundesdeutschen zumal, vertreten werden - wenn auch zumeist nur hinter vorgehaltener Hand - kann nicht nur am Zeitmangel oder an der Unfähigkeit politischer Entscheidungsträger liegen, wissenschaftliche Erkenntnisse in ihren Entscheidungsfindungsprozeß einfließen zu lassen. Dieser - von den Beteiligten beider Seiten bedauerte - Zustand muß auch etwas mit der Unwilligkeit oder Unfähigkeit der akademischen Forschung zu tun haben, Wissenschaft zielgerichtet im Sinne des "policy making" zu betreiben und deren Ergebnisse so aufzubereiten, daß ihr Nutzen für den politisch und administrativ Handelnden unmittelbar erkennbar ist.

Exemplarisch dargestellt am Beispiel Türkei: Die Spannweite an Publikationen über die Ursachen der gegenwärtigen Krisensituation, auf die ein an der deutschen Türkei-Politik Beteiligter zurückgreifen könnte, reicht von breit angelegten historisch-ökonomischen Studien bis hin zu

ebenso umfangreichen detaillierten Sektoranalysen. Der praktische Nutzen der Publikationen beider Tendenzen für die politische Entscheidungsfindung ist begrenzt, wobei die Sektoranalysen immerhin noch den Zweck erfüllen, konkrete Ansatzpunkte für Entwicklungshilfeprojekte aufzuzeigen. Für die Formulierung eines Gesamtkonzepts etwa der deutschen bzw. westlichen Türkei-Hilfe können sie aber auch nicht sonderlich hilfreich sein.

Das dünn besetzte Mittelfeld griffig formulierter und dennoch seriöser Taschenbücher vermag diesem Mangel auch nicht abzuhelpen; Publikationen dieser Art - wie etwa Udo Steinbachs "Kranker Wächter am Bosphorus" - können allenfalls einen, und dies in vertretbarer Kürze, ersten Einstieg in die Problematik vermitteln. Dies ist schon sehr viel und ein weitergehender Anspruch ist damit wohl auch nicht verbunden.

So bleiben im administrativen Bereich, d.h. dem Bereich, in dem die Türkei-Politik vorformuliert wird, neben Botschaftsberichten und gelegentlichen persönlichen Gesprächen, Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine als wesentliche Informations- und Erkenntnisquellen. Ein bedrückender Zustand, wenn man allein die gewaltige finanzielle Dimension der Türkei-Hilfe mit den damit verbundenen Belastungen für den Steuerzahler bedenkt - von den langfristigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen einmal ganz zu schweigen.

Der Verweis auf eine Reihe außeruniversitärer Institutionen im Vorfeld der Politik, auf wissenschaftliche Beiräte der verschiedenen Ministerien, Planungsstäbe oder gar Geheimdienste führt in diesem Zusammenhang auch nicht weiter. Im Vergleich etwa zu den USA leistet sich die Bundesrepublik im wissenschaftlichen, vor-politischen und administra-

tiven Bereich nur wenige ausgesprochene Länderspezialisten. Und diese sich vereinzelt z.B. mit der Türkei beschäftigenden Experten können naturgemäß immer nur einen Aspekt der vielfältigen Gesamtproblematik eines Landes abdecken. Eine vorstrukturierte, disziplinar ausgewogene und auf die Bedürfnisse der politischen Administration abgestellte Beratung ist unter diesen Umständen nur sehr schwer möglich.

Angesichts derart knapper Beratungskapazitäten drängt sich eine Koordinierung des vorhandenen Potentials geradezu auf (die Türkei ist dabei nur ein Beispiel, das beliebig auf weitere Länder und Regionen der Dritten Welt mit zunehmender Bedeutung für die deutsche Außenpolitik übertragbar ist). Vordringlich ist dabei die interdisziplinäre Zusammenarbeit im akademischen Sinne und darüberhinaus die interprofessionelle Kooperation, da politische, administrative, journalistische oder Management-Erfahrungen nicht nur eine wertvolle Ergänzung, sondern einen unverzichtbaren Bestandteil praxisorientierter Politikberatung darstellen. Das gleiche gilt für die internationale Zusammenarbeit; die auf ein bestimmtes Land (Region) gerichtete außenpolitische Zielformulierung sollte jeweils unter Einbeziehung der in diesem Land (Region) selbst gewonnenen Erkenntnisse und Vorstellungen erfolgen, und darüber hinaus auch Forschungsergebnisse dritter Länder einbeziehen. Ebenso verhält es sich mit unterschiedlichen politischen Strömungen und Einstellungen, sowohl hierzulande wie in der Türkei.

ZUR EINSCHÄTZUNG DER TÜRKISCHEN KRISE

Geht man von einem solchen grob skizzierten Konzept wissenschaftlicher (Türkei-)Politikberatung aus, so stellt sich einmal die Frage nach den Adressaten von Beratungsleistung-

gen und deren Bedürfnisstruktur, und zum anderen die Frage nach den Beratungskriterien. Beides zusammen mündet ein in die Frage nach dem Stellenwert, den die Türkei in der deutschen Außenpolitik einnimmt, und nach den Interessen, die diesen Stellenwert bestimmen.

Dabei läßt sich im Falle der Türkei ohne Zögern sagen, daß die "klassischen" Motive der Außenwirtschaftspolitik, wie Sicherung von Rohstoffquellen, Erschließung neuer Märkte oder Schutz von privaten Investitionen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die ökonomische Bedeutung der Türkei für die Bundesrepublik ist - bis auf die eine Sonderrolle einnehmende Gastarbeiterfrage - marginal.

Von ausschlaggebender Bedeutung für das massive finanzielle Engagement der Bundesregierung und des Westens insgesamt ist die geostrategische Position der Türkei als - in der Öffentlichkeit so apostrophierter - südöstlicher "Eckpfeiler der NATO". Ihre traditionelle Bedeutung für die westlichen Sicherheitsinteressen dürfte aufgrund des verstärkten Gewichts, das die neue amerikanische Administration unter Präsident Reagan diesem Bereich beimißt, noch wachsen. Von gleichrangiger Bedeutung ist spätestens seit der Ölkrise 1973 die westliche Verankerung der Türkei in einer Region, die in der Sicht von Militärstrategen und Wirtschaftsplanern lebenswichtige Interessen des Westens repräsentiert. Unter diesem Aspekt ist die Türkei für den Westen noch wichtiger geworden, seit die iranische Revolution das gesamte Bedrohungspotential sichtbar gemacht hat, das die islamische Renaissance im Nahen Osten und in Nordafrika darstellt.

Die Türkei als Bollwerk gegen sowjetkommunistische Expansion und islamischen Fanatismus gleichermaßen - dieses Bild mag durchaus als unausgesprochenes Hintergrundmotiv Pate gestanden haben bei der massiven und ungewöhnlich un-

konventioneller Milfsaktion des Westens angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise der Türkei. Eine wissenschaftliche Politikberatung, die diesen Namen verdient, hätte angesichts einer solchen Ausgangslage zu klären, ob diese Einschätzung auf realistischen Annahmen beruht oder ob die Türkei bei einer solchen Rollenzuweisung nicht überfordert wäre.

Bei einer solchen Lageanalyse sind zwei Bereiche von Bedeutung: Einmal die innertürkischen Voraussetzungen, die ein solches Bild rechtfertigen könnten, und zum anderen die innenpolitischen Kräfteverhältnisse (in diesem Falle der Bundesrepublik), auf denen die Durchsetzung einer gegebenen Strategie beruhen muß.

Schon bei der Frage, welche Rolle der Islam in Zukunft spielen wird, sind Zweifel angebracht, wie die Beiträge von Zehra Ünder und Karl Binswanger in diesem Band zeigen. Verbunden damit ist die These von der unumstößlichen Westorientierung der Türkei, wie sie von der kemalistischen Elite aller großen Parteien und der Militär, vertreten wird. Auch hier darf bezweifelt werden, daß eine nicht näher hinterfragte Unterstützung dieser Position langfristig die erwünschten außenpolitischen Resultate erbringt. Eine fundierte außenpolitische Planung hätte zumindest die zaghaften Annäherungsversuche der Türkei an ihr islamisch-nahöstliches Umfeld in den früheren Jahren der Regierung Ecevit in ihre Überlegungen einzubeziehen; es wäre sicherlich eine gründlichere Überlegung wert, der Frage nachzugehen, ob eine solche - auf eigener Stärke beruhende - Position der Türkei langfristig nicht eher dem Westen nützen würde als die gegenwärtige selbstverordnete Alternativlosigkeit der türkischen Politik.

Ähnlich verhält es sich mit der gegenwärtig betriebenen wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik und der westlichen Finanzhilfe. Es ist keine Frage, daß an die bereits unter der Regierung Demirel seit Anfang 1980 in die Wege geleitete Sanierungspolitik unter den Auspizien des Internationalen Währungsfonds große Erwartungen geknüpft werden - und zwar sowohl im Westen als auch in der Türkei selbst. Dies macht der Beitrag von Yavuz Tolun deutlich. In diesem Zusammenhang ist auch die Einschätzung der Militärregierung zu sehen, der vielfach - so auch von der Mehrheit der Teilnehmer am Brüsseler Expertengespräch - positive Auswirkungen zugeschrieben werden.

Das Militär - wo wird gesagt - handle ähnlich wie bei den Militärputschen von 1960 und 1971 nach streng kemalistischen Prinzipien. Das heißt, daß es sich bei der Machtübernahme durch das Militär

- a) um eine Übergangsperiode handelt, in der
- b) dem politischen Terrorismus ein Ende bereitet und die Grundlagen für eine wirtschaftliche Gesundung des Landes gelegt würden.

Kritiker dieser Position argumentieren dagegen, daß es zu einer Bereinigung der Krisenlage in der Türkei der Beseitigung der vielfältigen strukturellen Ursachen ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Art bedürfe. Dazu sei aber das Militär entweder in einer relativ kurzen Übergangsperiode nicht in der Lage, oder aber - und darauf deuteten viele Indizien hin - es würde eine Sanierung nach "Südamerikanischem Muster", d.h. auf dem Rücken der Bevölkerungsmehrheit angestrebt.

Da ein solches Sanierungskonzept nur unter großen sozialen Kosten durchgeführt werden könnte, sei demzufolge mit einer länger andauernden (direkten oder indirekten) Militärherrschaft zu rechnen, da nur so die politische Unzufriedenheit unter Kontrolle gehalten werden könnte. Die von der ersten Gruppe vertretene Ansicht, daß durch grundlegende Verfassungsreformen mit dem Ziel der Herstellung klarer Mehrheitsverhältnisse langfristig eine Stabilisierung erreicht werden könne, wird von den Kritikern mit dem Argument zurückgewiesen, daß es dazu grundlegender ökonomischer und sozialer Reformen bedürfe, zu denen das Militär als mittlerweile eigenständige ökonomische Interessengruppe aber nicht in der Lage sei.

Auch in diesem Fall wäre also näher zu untersuchen, ob die gegenwärtige Wirtschaftspolitik wirklich die einzige Alternative für die Türkei darstellt und welche Konsequenzen sich gegebenenfalls daraus für die westliche Hilfe ergeben könnten.

Setzen wir einmal hypothetisch voraus, daß die bisher entwickelten Überlegungen zur Lage der Türkei in ein Gesamtkonzept deutscher Türkei-Politik eingeflossen wären, so würde sich der wissenschaftlichen Beratung die Frage stellen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein solches Konzept innenpolitisch durchsetzbar wäre. An diesem Punkt ist sicherlich der breiteste Dissens zwischen akademischer Forschung und Politikberatung festzustellen. Denn nach traditioneller akademischer Auffassung kann Wissenschaft - bestenfalls - Lösungsvorschläge für ein bestimmtes Problem unterbreiten, ihre Realisierung aber bleibt den Politikern überlassen.

Ernsthaft betriebene Politikberatung muß aber von Anfang an auch die Durchführbarkeit von Problemlösungen im Auge

haben. Das ausgefeilteste Konzept zur Lösung einer bestimmten Sachfrage nützt nicht viel, wenn es z.B. aus politischen Gründen nicht durchgesetzt werden kann. Andererseits darf Politikberatung aber auch nicht sogenannte Sachzwänge vorwegnehmen, die sich bei näherer Betrachtung lediglich als geschickt verpackte Interessenpolitik erweisen mögen. Und sie darf auch nicht der Logik selbsternannter Realpolitiker erliegen, deren "Realismus" oftmals nur ein gestörtes Verhältnis zur Realität widerspiegelt.

Betrachten wir die gegenwärtigen Diskussionen über die Türkei-Hilfe, so wird offensichtlich, daß auch (seriöse) Kritiker der laufenden Hilfsaktion bestimmte Sachzwänge, wie Bündnisverpflichtungen und Druck von Seiten der USA, nicht in Frage stellen. Es geht - vereinfacht gesagt - weniger um das "ob", sondern vielmehr um das "wie" einer deutschen bzw. westlichen Türkei-Hilfe. Und die Frage, wie ein solches Konzept aussehen müßte, kann nicht bloß unter der Zielperspektive einer (kurzfristig) den westlichen Interessen dienenden abstrakten Stabilisierung der Türkei beantwortet werden, sondern sie muß auch - unter demokratischen Gesichtspunkten - die konkreten langfristigen Auswirkungen auf die türkische Gesellschaft berücksichtigen. Dies stellt nicht nur die einer Demokratie angemessene Vorgehensweise dar, es trägt möglicherweise auf lange Sicht auch eher zur westlichen Interessenwahrung bei. Hier wäre einmal berechtigterweise das warnende Beispiel Iran am Platze.

Konkret: Auch ein "Realpolitiker" wird im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht umhin können, Berichte der Gefangenen-Hilfsorganisation "amnesty international" über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zur Kenntnis zu nehmen, zumal diese Berichte ein zunehmendes Echo in den deutschen Massenmedien finden. Hier gerät der politisch Handelnde, der für

eine umfassende Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei plädiert und zugleich dem Wähler wegen der schlechten Finanzlage zusätzliche steuerliche Belastungen zumutet, in einen Legitimationszwang, dem sich auch einfache Abgeordnete nicht entziehen können. Überspitzt und etwas zynisch ausgedrückt: Aus der Verbindung von engagierten Menschenrechtsschützern in den Medien und von breiten Vorurteilen gegenüber Gastarbeitern und Entwicklungshilfe in der Bevölkerung könnte ein explosives Gemisch entstehen, das eine Gefahr für jedes Türkeihilfe-Konzept darstellen kann. Erste Auswirkungen im Parlament sind denn auch schon sichtbar.

Wissenschaftliche Politikberatung - dies als vorläufige Bilanz - muß solche Tatbestände berücksichtigen, will sie nicht zum technokratischen Instrument verkommen, mit dem gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr gemessen werden können. Daraus ergibt sich auch die Konsequenz, daß wissenschaftliche Politikberatung nicht in scheinneutraler Verkleidung erfolgen kann, sondern ganz bestimmten gesellschaftspolitischen Prämissen unterliegt.

NACHBEMERKUNG

Bei den nachstehend abgedruckten Beiträgen handelt es sich um eine Auswahl der auf dem Expertengespräch in Brüssel präsentierten Papiere. Die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung einzelner Konferenzpapiere in diesem Band stellt keine Wertung von Seiten des Herausgebers dar; sie erfolgte unter redaktionstechnischen Gesichtspunkten. Die vollständige Teilnehmerliste findet sich im Anhang; sie spiegelt das Bemühen der Veranstalter wider, im weiter oben beschriebenen Sinne zu einer interdisziplinären, interprofessionellen und internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der angewandten Türkei-Forschung beizutragen.

SCHWERPUNKT I / ITEM I
IDENTITÄTSKRISE UND AUSSENPOLITISCHE
ORIENTIERUNGSKRISE
CRISIS OF IDENTITY AND OF EXTERNAL ORIENTATION

DIE TÜRKEI IM KONFLIKT ZWISCHEN MURQA UND DER ISLAMISCH- MAGUSCHEN UMWELT: ÜBERSICHT ÜBER EIN JAHRHUNDERT

von Zenra Under

Gegenstand meines Referates ist ein Konflikt zwischen europäischer Tradition und europäischem Denken einerseits und islamisch-orientalischem Kulturgut andererseits, in dem die Türkei eine eigene Position finden mußte. Ohne eine ideengeschichtliche Analyse ist der Aufbruch der Türken aus den Steppen Zentralasiens in Richtung auf den Vorderen Orient ebenso wenig zu verstehen, wie der Aufstieg und Niedergang des Osmanischen Reiches, das in Europa den Balkan und große Teile der heutigen arabischen Welt erfaßte. Ohne einen solchen Rückblick auf die ideengeschichtlichen Grundlagen sind aber auch die gegenwärtigen Probleme des Nationalstaates Türkei - einerseits ein Eckpfeiler des NATO-Bündnissystems und insoweit in die westeuropäische Politik integriert; andererseits in vielen Regionen kaum über dem ökonomischen Stand eines Entwicklungslandes liegend - schwerlich angemessen zu interpretieren.

Die Expansion des Islam seit dem siebenten Jahrhundert und die von Medina ausgehende Gründung eines arabisch-islamischen Imperiums blieb nicht ohne Folgen für Turko-tatarische Völker Zentralasiens. Für sie ging von dem neuen islamischen Geist eine solidarisierende Wirkung aus. Der Islam konnte sie mobilisieren und löste eine ungeheure Dynamik aus. Es wuchs die Bereitschaft zum Dschihad, d.h. zum heiligen Krieg um neue Territorien und vor allem gegen europäisch-christliche Völker (zu denken ist hier insbesondere an die Balkan-Kriege der Osmanen). Der Vordere Orient mit den Zentren des Islam: Mekka, Medina und al-Kuds (Jerusalem) übten eine Anziehungskraft auf die islamisierten Völker aus.

Der Islam war für die Türken solange unbestritten eine staats-

tragende Basis und die Grundlage für das Denken und Handeln, solange seine Dynamik ausreichte, um Kampferfolge und Expansion zu erreichen. Mit den militärischen Niederlagen des Osmanischen Reiches ab etwa Mitte des 17. Jahrhunderts – in einer Zeit also, in der das Abendland einen militärisch-technischen Aufschwung erlebt – beginnt eine latente Krise des islamischen Fundaments.

Es begann ein Prozeß, den man heute vielleicht als "Islam-Kritik" (in Form einer System-Kritik) umschreiben würde – zunächst in Ansätzen und unter erheblichen Schwierigkeiten, jedoch sich immer mehr beschleunigend. Diese Entwicklung läßt sich in verschiedenen Phasen der türkischen Geschichte verfolgen: Jung-Osmanen (Tanzimat-Periode, die 1839 beginnt), Jung-Türken (Pan-Turanismus um die Jahrhundertwende), Kemal (Kemalismus ab 1923).

Diese, im 17. Jahrhundert bereits begonnene "Islam-Kritik", verbunden mit einer Loslösung von islamischen Werten und islamischen Normen, setzt sich insbesondere gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker durch – und zwar vor allem unter im Westen ausgebildeten türkischen Eliten, und sie manifestiert sich schließlich in ihrer radikalsten Form in der Ausrufung der türkischen Republik und der Abschaffung des Kalifats. Säkulare Ideen dringen nun in alle Bereiche des sozialen, individuellen und politisch-ökonomischen Lebens ein.

Mustafa Kemal leitete die von den Jung-Osmanen (Genç-Osmanlilar) und den Jung-Türken (Genç-Türkler) angestrebte Erneuerung ein. Die Jung-Osmanen und Jung-Türken hatten zwar unter den türkischen Eliten durch ihre aus Europa importierten Ideen Einfluß gewinnen können; die erhoffte Erneuerung blieb jedoch, trotz einer kurzen politischen Phase der Macht der Jungtürken, aus.

Aus den Zentren des Islams, d.h. von den Arabern war zu dieser Zeit angesichts der herrschenden jahrhundertelangen Vernachlässigung des Entwicklungsprozesses eine Erneuerung nicht zu erwarten. Die Araber waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit ihren eigenen Unabhängigkeitsbestrebungen beschäftigt. Die Jungtürken setzten diesem arabischen Nationalismus den aus Rußland importierten "Pan-Turanismus", d.h. den türkischen Nationalismus entgegen.

Der Islam als einst verbindendes Element rief nun bei den türkischen Nationalisten Kritik hervor und bewirkte sogar Haß auf die Araber. Die Hinwendung zur "Ur-Heimat" der Türken, zu Zentralasien, und zur vorislamischen Zeit trat nun in den Vordergrund des Interesses. Einer der bekanntesten Verfechter dieser Denkrichtung ist Ziya Gökalp.

Er übte als "Chef-Ideologe" der kemalistischen Türkei auf die Formung des Nationalstaates einen immensen Einfluß aus: Abschaffung des Islam als Staatsreligion (Religion ist Privatsache), Abschaffung des arabischen Alphabets, des islamischen Kalenders, der vom Islam beeinflussten Kleidung (z.B. der Fes als Kopfbedeckung), Säuberung des türkischen Sprachen-Konglomerats von seinen persisch-arabischen Bestandteilen, die bis dahin insbesondere in der Verwaltung und Rechtssprache dominierten. Europäische Gesetze und Verwaltungsreformen wurden mit den zugehörigen Ausdrucksformen an ihre Stelle gesetzt.

In der nachkemalistischen Phase (d.h. 1946, bzw. 1950) ließ der Prozeß der "Islam-Kritik" allmählich nach. Nach Beendigung der Einparteien-Diktatur und den überwältigenden Wahlerfolgen von Adnan Menderes (dem Führer der neugegründeten Demokratischen Partei) ab 1950, setzte sich allmählich eine Tendenz zur Revitalisierung der Religion auf in-

dividueller und nationaler Ebene durch.

Diese Ansätze zu einer Re-Islamisierung verstärkten sich im Inneren und außenpolitisch mit dem Beginn der Selbstbehauptungsstrategien der Araber (z.B. Gründung der OPEC bzw. OAPEC), die den Islam in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit brachte.

Die islamischen Massen hatten unter dem Prozeß der Europäisierung am meisten gelitten. Westlichen Werten, Normen und Techniken standen sie fremd gegenüber. Die Modernisierung setzte sich zwar im militärischen Bereich im wesentlichen durch. Auf fast allen anderen Ebenen, insbesondere in der Verwaltung und im Rechtswesen, stieß sie jedoch auf kaum überwindbare Hindernisse. Das führte z.B. dazu, daß eine Prozeßdauer von 20-30 Jahren keine Ausnahme ist, weil die aus Europa importierten Gesetze, die auf ein bestimmtes Umfeld zugeschnitten sind, in der Türkei vorhandene Realitäten nicht berücksichtigen und so dazu führen, daß z.B. Grundstücksstreitigkeiten in ländlichen Gebieten oft in Blutrache enden, weil eine gerichtliche Entscheidung ausbleibt.

Je stärker der Druck der Europäisierung in der kemalistischen Türkei zunahm, umso stärker klammerten sich die religiösen Massen an den Islam, um wenigstens den Kern einer eigenen Identität zu wahren: Eine Tendenz, die sich auch heute unter türkischen Arbeitern in Europa - vielleicht noch verstärkt - beobachten läßt.

Die Identitätskrise in der Türkei entstand aus dem Zusammenprall zweier kultureller Traditionen: Die eher säkularisierte Eliten-Kultur traf auf die stark religiös verwurzelte Volkskultur.

Die Entwurzelung des türkischen Volkes hatte mit der Gründung

der kemalistischen Türkei begonnen. Kemal behandelte das türkische Volk in der Stunde Null als geschichtslos und nuldigte einem unbegründeten Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten zur Europäisierung und Neu-Orientierung des türkischen Volkes auf allen Ebenen. Seine radikalen Reformen nach europäischem Vorbild sollten die Voraussetzungen für eine moderne Türkei scharfen.

Das türkische Volk sollte innerhalb weniger Jahrzehnte einen Prozeß nachholen, der in Europa Jahrhunderte beansprucht hatte; es sollte die islamisch determinierten Denk- und Verhaltensnormen aufgeben und ein völlig neues, den eigenen Voraussetzungen und Bedürfnissen fremdes europäisches Werte- und Normen-System annehmen.

Die Hinwendung zu Europa hatte im Osmanischen Reich außenpolitische Motive: Der gewaltige militärisch-technische Fortschritt in Europa forderte kulturelle, ideologische, soziale, psychologische, ökonomische und schließlich auch politisch-militärische Entwicklungen heraus, die im staatlichen System des Osmanischen Reiches lange vernachlässigt worden waren.

Um die immense Kluft zwischen Orient und Okzident zu schließen, mußte Kemal ohne Rücksicht auf die damit implizierten Identitätsprobleme dem türkischen Volk sehr viel zumuten. Die islamischen Massen fühlten sich dadurch überfordert und beantworteten die Forderungen des Staates mit anhaltender Lethargie: sie warteten nur noch ab und hofften auf eine Veränderung in ihrem Sinne. Die durch die Reformen ausgelöste Entwicklung wirkte nicht nur auf die ältere, der Tradition verhaftete Generation belastend, auch die türkische Jugend stellte allmählich die Frage nach der vorkemalistischen Vergangenheit und der eigenen Identität; zumal die

Europäisierung nicht die erhoffte schnelle Entwicklung im Sinne von Industrialisierung, Wohlstand etc. brachte.

In der letzten Dekade befassen sich zunehmend auch türkische Intellektuelle mit der türkischen Entwicklung in ihrer historischen Dimension (das schließt den Islam und die arabisch-islamische Umwelt ein), d.h. mit der vorkemalistischen Perspektive.

Die Eingliederung der Türkei in das westliche System (NATO, EG-Assoziierung) verfehlte die damit beabsichtigte Umorientierung der türkischen Bevölkerung ebenso, wie bereits zuvor der Kemalismus. Die Frage nach der eigenen Identität kann ohne Rücksicht auf den Islam nicht beantwortet werden.

Es handelt sich bei diesem Konflikt weniger um einen "Klassenkampf", wie dies aus einer vulgärmarxistischen Position heraus behauptet wird, sondern vielmehr um einen Kampf, der eine kulturelle Um- und Neu-Orientierung zum Gegenstand hat. In diesem Prozeß teilt die Türkei das Schicksal der gesamten arabisch-islamischen Welt.

Die Politiker der Türkei sind zunehmend mehr gezwungen, auf die religiösen Empfindungen des türkischen Volkes Rücksicht zu nehmen. Daher sucht die Türkei - wenn auch zögernd und in Form einer "Schaukelpolitik" - den Anschluß an die arabisch-islamische Welt. Sie kann sich jedoch aufgrund ihrer exponierten Lage im westlichen Bündnis mit den Interessen dieser islamischen Völker nicht voll identifizieren.

Die zentralen Fragen lauten:

- Wird die konzeptionelle Basis der türkischen Politik, der Kemalismus, den innen- und außenpolitischen Entwicklungen gerecht?

- Wie ist unter den gegebenen Voraussetzungen die "Identität" eines Türken bzw. einer Türkin zu definieren? Handelt es sich um eine von europäischen Werten und Normen determinierte Identität, oder um eine vom Islam geformte?
- Läßt sich der Konflikt zwischen Eliten und Massen in der Türkei zugunsten einer nationalen Identität auflösen?
- Welche innen- und außenpolitischen Konsequenzen hat ein Prozeß der Identitätsfindung für die Türkei? Könnte z.B. ein sozialistisches Modell Alternativen zu den bisherigen Entwicklungen eröffnen?
- Welche sozio-ökonomischen Motive kennzeichnen das Minderheiten-Problem, insbesondere im Hinblick auf orientalistisch-islamische Minderheiten (Kurden, Alewiten, Araber)?
- Wie lassen sich die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die die Türkei seit Jahren in eine immer schärfer werdende Krise treiben, beenden?
- Ist eine ideologisch-kulturelle Neu-Orientierung der Türkei notwendig und möglich, und inwieweit würde sie gegebenenfalls von islamischem oder westlichem Ideengut beeinflusst?
- Lassen sich die Probleme der Türkei mit westlichen Begriffen und Theorien adäquat angehen, oder werden sie den Realitäten nicht gerecht?

SUMMARY

TURKEY TORN BETWEEN EUROPE AND THE ISLAMIC, MIDDLE EASTERN ENVIRONMENT: SURVEY OF A CENTURY

The present crisis in Turkey has many dimensions: a cultural one (from a historical perspective), an ideological, a social, a psychological, an economic and also a political one.

Turkey's geographic position must be seen in close connection with its internal development (culturally and as regards the history of ideas). The conflict between Europe and the islamic, Middle Eastern environment constitutes the core of the present conflict, i.e. what is needed is an ideological and cultural reorientation because the foundations laid by Kemalism are no longer in keeping with the existing conditions (either domestically or in the field of foreign policy).

The Turkish people is on the way to finding its own identity. This process is closely linked to external developments which assign a greater role to Islam in international politics than in the past. It is not the first time that Turkey finds itself torn between Europe and the islamic, Middle Eastern environment. In the course of its long history it has on various occasions and to varying degrees been faced with the need for a reorientation.

The possible alternatives include: the gradual establishment of an islamic state, an approach oriented to the socialist system, or the expansion of the capitalist social order.

ISLAMISCHER FUNDAMENTALISMUS UND TÜRKISCHER NATIONALISMUS

von Karl Einswanger

Vorbemerkung

Die Türkei befindet sich heute in einem Zustand ideologischer Desorientierung, präziser: der monolithische Block der kemalistischen Staatsideologie ist einer Pluralität von "Ismen" gewichen, innerhalb derer selbst Begriffe wie "Nationalismus" und "islamischer Fundamentalismus" kaum mehr fest umrissene, institutionell klar abgrenzbare Konturen aufweisen. Allianzen von Ideologien und Gruppen, die heute noch klar erkennbar sind, können sich morgen schon wieder auflösen, oder auch einen Synkretismus neuer Qualität eingehen.

Dieses Bild bietet zumindest das hier herangezogene Material: parteieigene wie parteinahe Zeitungen und Zeitschriften, politische und religiöse Traktate einschließlich "grauer Literatur", Flugblätter, Tonbänder, persönliche Gespräche.

Die Vielfalt der innerhalb des angesprochenen Spektrums auftretenden und miteinander rivalisierenden Gruppen zwingt uns hier zu einer gewissen Vereinfachung auch in der Terminologie. Sieht man von den Standpunkten ethnischer wie religiöser Minderheiten einmal ab, so bedarf der Begriff "türkischer Nationalismus" a priori keiner weiteren Definition. Als Oberbegriff aufgefaßt, spielt dann der Laizismus bzw. Säkularismus Atatürk'scher Prägung nicht notwendig eine konstituierende Rolle. Unter "islamischer Fundamentalismus" bzw. "Islamismus" (türkisch: İslamcılık) wird jene Ideologie verstanden, die unter Berufung auf die staatsrechtlichen Implikationen der islamischen Religion die Rückfüh-

rung der Republik Türkei in einen islamischen Staat mit Scheriatrecht anstrebt. Erstes Postulat dieser Richtung ist daher zwangsläufig die Abschaffung des Laizismus; weitere Detailforderungen leiten sich aus dieser Prämisse ab.

Eine feinsinnige Unterscheidung zwischen "Fundamentalisten", "Integralisten" etc. scheint im türkischen Kontext zumindest akademisch: bei näherer Betrachtung zeigt sich stets, daß auch scheinbar westlich orientierte "Reformer" des Islam - und dies gilt keineswegs allein für die Türkei - zu den realpolitischen Verhältnissen der "klassischen", der "goldenen" Zeit zurückkehren wollen. Es liegt auf der Hand, daß gerade türkische Fundamentalisten das Osmanische Reich als "goldene Epoche" vor Augen haben, womit für gewisse Gruppen der Islamismus dann auch das Derwischwesen (islamische Mystik/Sufismus) in sich schließt.

DIE IDEOLOGISCHE VERWANDTSCHAFT VON TÜRKISCHEM NATIONALISMUS UND ISLAMISCHEM FUNDAMENTALISMUS

Aus vielen Reden arabischer Politiker wird deutlich, daß sie "arabische Nation" mit "islamischer Nation" gleichsetzen. Äußerungen türkischer Politiker aus dem rechten Parteienspektrum ist zu entnehmen, daß sie die türkische Nation - und zwar zunehmend - als Teil der "islamischen Nation" begreifen oder zumindest den entsprechenden Anschluß propagieren. Zum einen kann man in dieser Tatsache ein selbstverständliches Fortwirken der konfessionell definierten Zweiteilung der Welt nach dem islamischen Völkerrecht sehen¹⁾, zum anderen drängt sich eine gewisse Parallele beider Ideologien - Nationalismus und Islamismus - auf.

Wenn wir dem Begriff "Nationalismus" guten Gewissens die Prädikate "exklusiv" und "elitär" zuordnen dürfen - was natür-

lich nicht für den türkischen Nationalismus allein gilt -, so zeigt sich in diesen beiden Kriterien ein gemeinsames Fundament mit dem "internationalistischen" Islamismus. Atatürks Wort "glücklich, wer sich Türke nennen kann", das den Türkeireisenden an der Landesgrenze empfängt, entspricht auf dieser Ebene dann etwa Koran III 110 "Ihr seid das beste Volk, das unter den Menschen je entstand", wobei der Koran mit "ihr" die Moslems meint. Das Motto der Nationalistischen Aktionspartei (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP), von Grauen Wölfen in der Bundesrepublik stolz auf T-Shirts getragen, "Gott schütze den Türken", deckt sich - setzt man Türke einmal mit Moslem gleich - mit mehreren Koranversen (etwa IV 141, IV 144 u.a.m.), nach denen Gott den Ungläubigen keinen Sieg über die Moslems ermöglichen wird.

Das wesentliche Unterscheidungskriterium beider Ideologien ist, da die exklusiven und elitären Koranstellen natürlich auch für nicht-türkische Moslems gelten, der spezifisch türkische Nationalismus. Wie arabische Nationalismen ist auch er ein Produkt der jüngeren Geschichte.

Als sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs zeigte, daß der traditionelle Kalifatsgedanke, ausgehend vom Osmanischen Reich, keine realpolitische Zugkraft mehr hatte²⁾, da blieb Atatürk - um den Rest des Osmanischen Reiches zu retten - als zugkräftige Ideologie nur der Nationalismus, nun freilich bezogen auf das türkische Kernland Anatolien. Panturanische Ideen zu verfolgen lag außerhalb der realpolitischen und vor allem der militärischen Möglichkeiten. Vom europäischen Ideal eines säkularen Nationalismus durchdrungen, verfolgte Atatürk einen anti-islamischen Kurs, der den Einfluß jener Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen sollte, der er die Hauptschuld an der technisch-zivilisatorischen Rückständigkeit und, damit verbunden, dem militärisch-politischen Niedergang des Reiches zuschrieb. Dieses säkulare Programm fand schließ-

lich (1937) im Verfassungsprinzip des Laizismus seinen staatsrechtlichen Ausdruck. In seiner stringenten, auf die Landesgrenzen bezogenen Form wird Atatürks Nationalismusbegriff vorab von den Militärs vertreten, während sich bei politischen Parteien andere Elemente diesem Terminus hinzugesellen.

Wenngleich die politische Linke bei ihrer Kritik an den bestehenden Regierungsprogrammen das "Wohl des Volkes" im Auge, und damit ein "nationales" Ziel hat, beziehen sich ihre Vorstellungen doch eher auf das Kriterium "Arbeiterschicht" denn auf "Nation". So kann sie hier nicht als eigentlicher Vertreter eines wie auch immer gearteten Nationalismus herangezogen werden.

Nach Abschaffung des Einparteiensystems 1946 vermischte sich der Nationalismus Atatürk'scher Prägung zunehmend mit zwei Komponenten:

- panturanische Ideen, und
- islamischer Fundamentalismus.

Beide sind älter als der nationalistische Kemalismus, und an gewisse atavistische Gefühlswerte beider Ideologien mußte und konnte Atatürk anknüpfen. Gerade dadurch, daß er die osmanische Periode als lediglich eine Phase der großen türkischen Geschichte hinstellte, ließ Atatürk die Verbindung mit panturanischen Ideen fortleben. Andererseits war jedem Türken klar, daß die neue Republik nur ein schwacher Trost für den verlorenen Glanz der osmanischen Periode war. Realiter war das Osmanenreich der Höhepunkt türkischer Staatlichkeit, und dieser Staat war für Jahrhunderte die Zentralmacht der islamischen Welt.

Daher wird auch verständlich, daß der überspitzte, mit rassistischen Elementen durchsetzte Nationalismus panturanischer

Prägung heute keine ausreichende Anziehungskraft mehr hat: der reine Panturanismus hat für das türkische Staatswesen und politisch-historische Selbstverständnis **keine** glaubwürdigen Vorbilder anzubieten, denn die türkische Polis in der vorislamischen Periode ("in der Steppe") ist praktisch nur Legende. Und andere türkisch dominierte Reiche als das Osmanische eignen sich wegen ihrer Kurzlebigkeit und ihrer nie zentralen Bedeutung kaum als Ideal und Identifikationskriterium. Abseits jeder hypothetisch bleibenden Spekulation läßt schon ein oberflächlicher Blick in die Leserbriefspalten türkischer Zeitungen erkennen, daß **sich das** historische Interesse der Türken vorab auf die osmanische, höchstens noch die rumseldschukische Epoche beschränkt.

Der Wahlerfolg der MHP 1977, nachdem sie mit dem Islam eine ideologische Allianz eingegangen war, verdeutlicht jenen Trend bei der türkischen Identitätsfindung, der die Türkische Republik bewußt als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches begreift. In dieser ideologischen Verbindung wirkt der Islam zwischen ethnischem und "nationalem" Pol als integrierender Faktor sogar bei den Linksparteien. Die in jüngerer Zeit von den drei Rechtsparteien zunehmend beschworene These der nationalen Einheit, deren konstituierende Kriterien Türkentum und Islam sind, wird von der politischen Linken großteils mitgetragen. So bewundert sie etwa an Erbakan seinen antiwestlichen Kurs und seine Autarkieforderungen im wirtschaftlichen Bereich, die sich von der Zusammenarbeit mit islamischen Staaten nicht trennen lassen. Auch die Mitgliedschaft der Türkei in der Islamischen Konferenz wird von der Linken begrüßt, und - wie die Rechte - verteidigt sie das wiederauflebende islamische Strafrecht etwa im Iran und in Pakistan - insbesondere gegen westliche Kritik hieran.

Natürlich gilt diese einheitliche Betrachtung nur grosso modo, sie zeigt aber auf, daß bezüglich des Islam als Faktor

der Identitätsfindung ein größerer Konsens besteht, als man bei uns a priori annehmen würde. Inwiefern hierbei die jeden Pluralismus westlicher Prägung ablehnende klassisch-islamische Staatstheorie nachwirkt, die auf einem fiktiven gesamtgesellschaftlichen Konsens (idjmâ') beruht, kann hier nicht untersucht werden. Hingewiesen sei aber auf die frappierende Selbstverständlichkeit, mit der sich seit den fünfziger Jahren die Re-Islamisierung der Türkei demokratisch und evolutionär vollzog.

DIE RE-ISLAMISIERUNG DER TÜRKISCHEN REPUBLIK

Besonders der Militärputsch vom 12. September 1980 und seine - angebliche - Vorgeschichte (die "Ereignisse von Konya") lenkten das Augenmerk des Westens wieder auf Necmettin Erbakan, den Vorsitzenden der Nationalen Heilspartei (Milli Selamet Partisi, MSP) und seinen islamisch-fundamentalistischen Kurs. Dabei dauert der Re-Islamisierungsprozeß der Türkei seit dreißig Jahren an; weder die beiden früheren Interventionen des Militärs (1960 und 1971), noch die Verfassungsänderung von 1961 konnten seine Kontinuität ernsthaft gefährden. Ob der jüngste Putsch und die zu erwartende neue Verfassung diesmal die Weichen anders stellen werden, bleibt abzuwarten.

Für die zurückliegende Entwicklung sind folgende Punkte bedeutend: Die nach Atatürks Tod (1938), insbesondere aber nach Einführung des Mehrparteiensystems einsetzende Re-Islamisierung der Türkei kehrte die anti-islamischen Maßnahmen des Republikgründers um. So hielt der Religionsunterricht wieder Einzug an allen Schultypen (in exakt umgekehrter Reihenfolge, wie er zuvor aus diesen verbannt worden war), die Schulen für Imame und Prediger wurden geschaffen, und auch die Theologische Hochschule verzeichnete einen beachtlichen

Boom. Zwischen 1950 und 1960 wurden mehr Moscheen als Schulen gebaut, Ende der sechziger Jahre standen 10.000 offiziell 40.000 private gegenüber³⁾. Man kann sagen, daß dieser Prozeß ein direkter Ausfluß des Mehrparteiensystems war; denn während Atatürk mit seiner Einparteienherrschaft sich keiner pluralistischen Konkurrenz anderer politischer Programme zu stellen brauchte, geriet die Islamisierung zuerst des Schulwesens und später anderer Bereiche in den fünfziger Jahren zu einem wahren Wahlkampf-schlager: die Rückkehr des Islam ins öffentliche Leben entsprach dem Willen des Volkes.

Die sich daher demokratisch und evolutionär ergebende Re-Islamisierung der Türkei kulminiert bislang in zwei Ereignissen:

- Verbeamtung (nur!) der islamischen "Religionsdiener" 1970⁴⁾,
- Beitritt zur Islamischen Konferenz als Vollmitglied 1976.

Mit der Verbeamtung der islamischen Religionsdiener 1970 bzw. nach dem entsprechenden Urteil des Verfassungsgerichts vom 21.10.1971, das in dieser Maßnahme keinen Widerspruch zum Laizismus erkennen konnte, war der Islam de facto zur Staatsreligion geworden. Die Argumentation des Verfassungsgerichts kann nur dahingehend gedeutet werden, daß der Islam für maßgebliche Kreise in der Türkei eine Selbstverständlichkeit darstellt, die auf eine tiefsitzende gefühlsmäßige Kontinuität osmanischer Tradition schließen läßt.

Diese Selbstverständlichkeit und das Selbstverständnis der verbeamteten islamischen Religionsdiener manifestieren sich institutionell im Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı), das - im Range eines Staatssekretariats - dem Ministerpräsidialamt direkt untersteht. Die Selbsteinschätzung von Würde und Funktion dieser Nachfolge-

organisation des Schejch ül-Islam, des höchsten religiösen Würdenträgers in osmanischer Zeit, erhellt unter anderem aus folgenden Details:

Der frühere Präsident dieses Amtes, Dr. Lütü Doğan, sprach sich 1976 für die Wiedereinführung des islamischen Rechts (Scharia) aus. Staatspräsident Korutürk bestellte Doğan keineswegs zu sich, sondern suchte ihn in dessen Amtssitz auf und wies ihn darauf hin, daß diese Forderung einen Straftatbestand darstellt⁵⁾.

Ferner gibt das Präsidium eine Serie von Rechtsgutachten heraus, die sich ausschließlich auf die Scharia stützen. Es spricht für sich, daß erst der dritte Band der Reihe⁶⁾ den Hinweis enthält, daß die vorliegenden Rechtsgutachten seit 1926 nicht mehr dem geltenden staatlichen Recht entsprechen. Ähnliche Sammlungen, von Provinzmüftis herausgegeben, enthalten diesen Hinweis gar nicht⁷⁾. So wird also - und zwar durch eine staatliche Institution, von Beamten - neben dem weltlichen Recht das klassische islamische Scheriatrecht tradiert. Der Amtsnachfolger Dogan's, Dr. Süleyman Ateş, verfaßte eine Schrift über die "Koranische Ordnung"; das Werk enthält zwar nichts über islamisches Staatsrecht, wohl aber ein Kapitel über koranische Wirtschaftsordnung⁸⁾.

Der bedeutsamste außenpolitische Schritt der Türkei in Richtung Re-Islamisierung war ihr Beitritt zur Islamischen Konferenz im Jahre 1976. Süleyman Demirel kommentierte damals, "zwar sei der Staat laizistisch, nicht aber die Nation; Religion als gemeinsamer Nenner der Außenpolitik dürfe nicht als ein Nachteil bewertet werden"⁹⁾.

Daß ferner die offiziell immer noch laizistische Türkei nicht in der Hauptstadt Ankara, sondern wie schon die Außen-

ministerkonferenz der islamischen Staaten (1976) auch die erste Handelsmesse islamischer Staaten (1979) in der alten Sultans- und Kalifenstadt Istanbul ausrichtete, hat nicht nur symbolischen Charakter. Für traditionsverhaftete Türken lebt hierin die Führungsstellung Istanbul innerhalb der islamischen Welt wieder auf. Ist es nur reine Nostalgie, wenn sich die säkulare Türkei in Ankara, die - ebenfalls offizielle - islamische aber in Istanbul abspielt?

Mögen auch Politiker wie Demirel, und Organe wie das Verfassungsgericht zwischen Staatsislam und Laizismusprinzip offiziell keinen Widerspruch sehen, andere Kreise postulieren diesen sehr deutlich. Der MSP nahestehende Zeitungen - auch wenn sie gelegentlich nur deren rechten Flügel repräsentieren - diskutieren seit Jahren die Frage, wie sich denn das Diyanet İşleri Başkanlığı, das als staatliche Behörde den Islam "verwaltet", mit dem Laizismus verträgt. "Sebil" (vom 15.6.1979) will sich nicht dem "Götzen Laizismus" (laiklik putu) beugen, und setzt Laizismus gar mit Unglauben (dinsizlik) gleich. "Şura" (vom 29.5.1978) wirft die Frage auf, wie sich denn das Diyanet dem Laizismus verpflichtet fühlen kann, wenn es selbst einräumt, daß das Scheriat-recht ein allumfassendes Gesetz ist. Auch sein publizistischer Nachfolger "Tevhid" propagiert das "şeriatçılık".

Nachdem das Diyanet selbst laufend Rechtsgutachten auf der Basis des Scheriatrechts erstellt ¹⁰⁾, kann es nicht verwundern, daß rechts-religiöse Zeitungen über feste Kolumnen zum islamischen Recht verfügen. Zur Pflege dieser Tradition dürfen sich die Zeitungen so lange berechtigt glauben, als eine staatliche Stelle beispielgebend wirkt. Dabei zeigen wiederkehrende Slogans, daß es diesen Zeitungen keineswegs allein um "Seelsorge" geht, sondern sie stellen die Existenzberechtigung der laizistischen Türkischen Republik in Frage. Das Motto des offiziellen MSP-Organs "Millî Gazete",

"Hak geldi, bâtil zâil oldu", ist die türkische Übersetzung von Koran XVII 81, mit dem auch Khomeini-Anhänger den Sturz des als laizistisch eingestuften Schah forderten und später feierten. Auch Koranverse wie "die Herrschaft stent allein Gott zu" (Koran, passim) und "diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Gott herabgesandt hat, das sind die wahren Gewaltherrscher" (Koran V 45) sind in dieser Presse häufig zu finden. Sie alle bedeuten nichts anderes als die Forderung nach einer "Islamischen Republik Türkei".

Man kann der MSP (und Teilen der MHP) sowie ihren Filialorganisationen und Publikationsorganen die vertretenen fundamentalistischen Positionen nicht vorwerfen, zumindest nicht in dem Sinne, daß sie dem "Staat" und seiner Politik entgegenstünden. Die türkische Republik hat sich mit Schaffung des Diyanet selbst ein "Kuckucksei" ins Nest gelegt, das durch die Verbeamtung der Religionsdiener noch mehr Gewicht erhält. Da im Islam Politik und Religion untrennbar sind, wird zwangsläufig - wenngleich nicht immer expressis verbis - von einer staatlichen Behörde auch der "politische" Islam "mitverwaltet". Die Schaffung des Diyanet sollte ursprünglich der Säkularisierung der geistlichen Verwaltung und der Imam-Ausbildung dienen. Dies scheint nicht hinreichend gelungen; zwei Details aus der jüngsten Vergangenheit zeigen eher einen Trend zur Fanatisierung auf:

- die Ausschreitungen gegen Einrichtungen der USA in Izmir im November 1979 gingen vom dortigen islamischen Institut aus;
- die Augustausgabe (1980) der Zeitschrift der Istanbuler Imam-Hatip-Schule feiert den vierzehnten Todestag des ägyptischen Moslembruders Seyyid Qutb, bringt ein ausführliches Interview mit dessen jüngstem Bruder, und bezieht in einem Bericht über Syrien Stellung für die dortigen Moslembrüder.

Das Wiederaufleben des fundamentalistischen, konkret: politischen Islam in der Türkei liegt im Wesen des Islam selbst begründet; er ist eben gleichzeitig Religion und politische Ordnungsform, und da er bislang keine "Aufklärung" durchlebte, die nachhaltig und breit gewirkt hätte, ist er vielleicht tatsächlich nicht reformierbar. Da "Reform" in diesem Kontext Säkularisierung bedeuten würde, mußte auch der staatlich verwaltete Islam der Türkei - wollte er "Islam" bleiben - über kurz oder lang den Laizismus in Frage stellen.

Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen; aber während er durch den jüngsten Putsch kemalistischer, d.h. dem Laizismus verpflichteter Offiziere in der Türkei selbst vorerst auf Eis gelegt wurde, ist der politische Islam unter türkischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik längst virulent geworden.

DER TÜRKISCHE FUNDAMENTALISTISCHE ISLAM IN DER BRD

Etwa 1975 erkannten türkische Fundamentalisten die "Integrationsgefahr" für ihre Glaubensbrüder - besonders für jene "zweite Generation", auf die unsere Sozialarbeiter so große Hoffnung setzen - in Westeuropa, vorab in der Bundesrepublik. Deutsche Behörden berichteten wiederholt von "wilden Korankursen", wo Türkinkinder nicht gerade im Sinne einer Integration "indoktriniert" würden. Als Hauptakteur dieser Veranstaltungen schälte sich langsam das Islamische Kulturzentrum Köln (IKZ) heraus, welches identisch ist mit der islamischen "Sekte" der Süleymanli, die bis dahin auch unter Orientalisten kaum bekannt war. Das IKZ ist mit angeblich über 160 Gemeinden die größte Moslemorganisation in der Bundesrepublik, und ist nach Organisationsform, Geschichte und Ideologie als Derwischorden zu betrachten.

Wie die "Tarnorganisationen" der MHP (Idealistenvereine -

Ülkü Ocağı) und der MSP (Nationaler Standpunkt - Millî Görüş) mit ihren jeweiligen Jugendorganisationen, so sträubt sich auch das IKZ gegen jegliche "Verwestlichung" der Moslems, insbesondere will es der als Christianisierung aufgefaßten Integration der Gastarbeiterkinder entgegenwirken. So findet nicht nur die Kritik an der laizistischen Türkei hier ihre Fortsetzung; unter Berufung auf das ewig und allein (also: eigentlich auch im Westen!) gültige koranische Recht wird dann die Autorität deutscher (=christlicher) Lehrer abgelehnt, werden westlicher (=christlicher) Habitus und Lebensstil verketzert.

Auch das IKZ hatte bislang - neben MHP und MSP - Rückhalt im türkischen Parlament: Scheich der Süleymanli-Bewegung ist Kemal Kaçar, Schwiegersohn des Ordensgründers und Istanbuler Abgeordneter von Demirels Gerechtigkeitspartei (AP). Herausgeber der Süleymanli-Wochenzeitung "Anadolu" ist das AP-Mitglied Erdoğan Olçayto.

Eine klare Unterscheidung zwischen einzelnen Gruppen des fundamentalistischen Islam in der Bundesrepublik ist nur schwer zu treffen. Zwar sind organisatorische Trennungslinien etwa zwischen Akincis, Bozkurt (Graue Wölfe), Millî Görüş, A.I.G.T., Süleymanlis, Nurus, Moslembroderschaft und anderen zumindest aufgrund der Adressen ihrer jeweiligen Vereinslokale gerade noch zu ziehen, schwierig wird die Trennung bereits bei der Frage der Mitgliederschaft und Finanzierung; die ideologischen Unterschiede letztlich sind quantité négligeable. Islamische Mystik (Sufismus) ist oft integraler Bestandteil des Lebens politischer Gruppierungen ¹¹⁾.

Bei höchstens gradueller Abstufung, unterschiedlichen taktischen Vorstellungen von der Umsetzung ihrer Ideologie in politische Aktion, und besonders dem personalpolitischen

Streit, unter dessen Führung alles geschehen soll, haben die aufgeführten Gruppen zwei Programmpunkte gemeinsam:

- sie betrachten sich als Kader und Speerspitze zur Veränderung der politischen Verhältnisse in der Heimat - im Sinne der Schaffung einer "Islamischen Republik Türkei", und
- sie lehnen kompromißlos jede Form der Integration in die deutsche Gesellschaft ab.

Als ideologische Grundlage, Rechtfertigungs- und auch Immunisierungsstrategie dient dabei eine Kombination von türkischem Nationalismus und islamischem Fundamentalismus im Sinne der hier eingangs angeführten elitären und exklusiven Ideologie.

Viel deutet derzeit auf eine Konsolidierung des islamischen Fundamentalismus und eine wachsende Bedeutung des türkischen Nationalismus in der Bundesrepublik hin. Auf ihrem Boden wird die Ideologie gepflegt, hier werden die Kader gebildet, die eine Fortsetzung des kemalistischen Kurses bekämpfen. Nicht nur von der neuen türkischen Verfassung und den durch sie einzuleitenden Realitäten, sondern auch vom Verhalten deutscher Behörden wird es abhängen, ob die erwähnten extremistischen Minderheiten ihre Politik in die Tat umsetzen können.

ANMERKUNGEN

- 1) Das islamische Völkerrecht teilt die bewohnte Welt in zwei konfessionell definierte Blöcke, die als je eine politische Einheit aufgefaßt werden:
 - das "Land des Islam" (dâr al-islâm) ist jener Teil der Welt, der unter politischer Herrschaft des Islam steht, und in dem islamisches Recht angewandt wird;
 - das sogenannte "Land des Krieges" (dâr al-harb) steht unter nicht-islamischer, damit illegitimer Herrschaft. Gegen dieses richtet sich das Gebot zum "Heiligen Krieg" (Djihad).

für eine ausführliche Darstellung der sich hieraus ergebenden Situation eines Völkerrechtstyps auf der Grundlage prinzipieller gegenseitiger Nichtanerkennung vgl. Hans Kruse: Islamische Völkerrechtslehre. (2. Aufl.) Bochum 1979

- 2) Am deutlichsten zeigte sich dies in der Weigerung arabischer Stammesführer, dem Aufruf des osmanischen Kalifen zum Heiligen Krieg gegen England und Frankreich zu folgen.
- 3) Für diese und weitere Details vgl. Jacob Landau: Radical Politics in Modern Turkey. Leiden 1974.
- 4) Zu allen noch weiter aufgeführten Implikationen dieses Schrittes vgl. Ernst H. Hirsch: Laizismus (Layiklik) als verfassungsrechtlicher Begriff in der Türkischen Republik. In: Orient 3/74, S. 106-112.
- 5) Ausführlicher Bericht in: Politika (Ankara) vom 1.6.1976.
- 6) Nevzat Akaltun (Hrsg.): 1099 Fetva. Ankara (3. Aufl.) 1974; 1392 Fetva. Ankara 1975; 1071 Fetva (= 3. Band) Ankara 1976.
- 7) Beispielsweise aus der Feder der Müftü von Senirkent; Mustafa Oruç: Fetvalar. Istanbul 1971.
- 8) Süleyman Ateş: Kur'an Nizami. Istanbul 1979.
- 9) Neue Züricher Zeitung vom 27./28.5.1976.
- 10) Dies übrigens auch zu aktuellen politisch relevanten Fragen. Herrn O. Oehring (München) verdanke ich den Hinweis, daß die Ankaraner Regierung 1978 beim Präsidium für religiöse Angelegenheiten um ein Rechtsgutachten auf Basis des Scheriatrechts zur Frage der Abtreibung eingab.
- 11) Als nur ein Beispiel sei hier eine sich selbst der MSP respektive Millî Görüş zuordnende Berliner Türken-Gemeinde angeführt: am Donnerstagabend veranstalteten sie in ihrer Moschee eine mystische Andachtsübung (zikr) nach dem Ritus des Naqşbandiyye-Ordens - auch die Süleymanlis betrachteten sich als Naqşbandiyye -; der Buchladen der Gemeinde verkauft Literatur der Moslembroderschaft und der "Sekte" der Nürçus - in beiden Fällen sowohl spezielle Kinder- als auch Erwachsenenliteratur; daneben findet sich offizielles Schrifttum des Diyanet, und im Hintergrund wird den versammelten Kindern ein Film der (saudi-arabischen) Liga der Islamischen Welt vorgeführt.

SUMMARY

ISLAMIC FUNDAMENTALISM AND TURKISH NATIONALISM

During the 1950's both Atatürk's ideology of a secular, westernized Turkey and his view of Turkish nationalism, bound to the Republic's borders, began to decline. The multi-party system enabled Islam to ally with politics, and on the other hand Panturanism influenced the purely state-bound nationalism.

From a western point of view Islam had become the religion of the state in 1971 (E.E. Hirsch); the official authority of the continuing islamization of Turkey being the Diyanet İşleri Başkanlığı. Henceforth it issued collections of "fetva", maintaining the religious law along with the secular.

Probably encouraged by these activities of an official authority islamic-rightest newspapers - both dailies and weeklies - were increasing in number; parts of them are party-papers, others are the organ of religious "sects", e.g. "Anadolu". Yet there is a connection between the latter and members of the AP.

By including Islam into the program of his party, Türkeş had a great success in the 1977 elections. The fact that this gain was a loss for Erbakan can be understood as a sign for mysticism declining, fundamentalist Islam getting more influence.

This also has a marked effect on the Turkish community in Western Europe: AP-supported Süleymanism claims to be the only true and legal representative of Turkish Islam in the West.

ETHNISCHE UND RELIGIÖSE SPANNUNGEN ALS GESELLSCHAFTLICHES UND POLITISCHES KONFLIKTPOTENTIAL

von Jürgen Roth

Die in der Türkei vorhandenen ethnischen und religiösen Spannungen mit ihrem großen Konfliktpotential, haben zwei Ursachen. Zum einen sind sie Ausdruck bestehender ökonomischer, sozialer und besonders kultureller Unterentwicklung in der Türkei; zum anderen dienen sie politischen Kräften zur Besitzstandswahrung, ideologisch wie ökonomisch. Gerade die als ethnische Spannungen beschriebenen Konflikte stellen sich bei näherer Betrachtung als die Legitimationskrise eines Staates dar, der Angst davor hat, daß eine "Spaltung" die nationale Einheit zerstören wird und der deshalb die Konflikte mit undemokratischen Mitteln glaubt, repressiv unterdrücken zu können. Daß es lange Zeit in der Türkei nicht opportun war, das Wort "ethnische Spannungen" zu konkretisieren und als politischen Sachverhalt zu benennen, nämlich als eine Kurdenfrage, spricht für die mangelnde Bereitschaft der staatlichen Hoheitsträger, Konflikte zu erkennen und zu beheben. Diese Politik hat in der Türkei, was die Kurden betrifft, eine lange Geschichte und hängt eng mit dem nationalen Selbstverständnis der jungen türkischen Republik zusammen.

Im Herbst 1979 wurde - und das ist ein bezeichnender Vorgang - der türkische Soziologe Ismail Besiki verhaftet und zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die Anklage: Separatistische Propaganda. Er hatte ein Buch veröffentlicht: "Thesen zur türkischen Geschichte", in dem auch die Kurdenfrage behandelt wurde. Das Buch beschäftigt sich hauptsächlich mit der "Theorie der Sonne und Sprache", die in den dreißiger Jahren von türkischen Wissenschaftlern entwickelt worden war. Diese Theorie, die auch heute noch

im wesentlichen das nationale Selbstverständnis türkischer Geschichte widerspiegelt, besagt: "Die Hethiter, Sumerer, Ägypter, Römer, Inder und Chinesen sind alle aus der türkischen Rasse hervorgegangen. Ihre Kultur und Sprache wurde von Türken geschaffen. Auch die Araber und das jüdische Volk stammen aus der türkischen Rasse. Kurdisch ist nur ein degenerierter Dialekt der türkischen Sprache. Die kurdische Nation ist nichts anderes als Türken, die in den Bergen leben." Besikci untersuchte in seinem Buch diese Theorie und zeigte kritisch ihren unwissenschaftlichen ahistorischen Inhalt auf.

Entstanden ist diese Theorie aus der pan-turanistischen Bewegung heraus, Anfang des 20. Jahrhunderts, und sie ist als Staatsdoktrin strukturell noch erhalten. Denn: "Mit dem Sieg der kemalistischen Revolution wurde der Islam als Integrationssymbol abgelöst. Noch bedeutsamer war jedoch die Verfechtung des laizistischen Prinzips durch die kemalistische Elite bei gleichzeitiger Unfähigkeit, dieses Prinzip auch in der sozialen Realität zu verankern" (G. Weiher, Militär und Entwicklung in der Türkei, Opladen 1978, S. 89).

So wurde denn ein synthetischer Nationalitätsbegriff eingeführt, der nicht geschichtlich gewachsen war und der als Ausgleich für fehlende Strukturveränderungen in der türkischen Republik benutzt wurde. Der Ausspruch: "Ein Türke zählt soviel wie eine Welt. Die vornehmste Rasse der Welt sind die Türken", kennzeichnet den mythischen Nationalismus, der durch Wissenschaft, Politik und Bildung herangezchtet worden ist.

Waren die Kurden im nationalen Befreiungskampf noch gemeinsam mit den Türken Bündnispartner, interessierten sie nach Errichtung der türkischen Republik nicht mehr. Wenige

Monate nach Unterzeichnung des Lausanner Friedensvertrages vom 24.7.1923, wurde der Gebrauch des Kurdischen als Amtssprache verboten, die Dorfnamen zu 90% türkisiert. Ziel war die vollkommene Assimilation der Kurden. Zahlreiche Aufstände in den folgenden Jahren symbolisierten den Widerstand und das nationale Bewußtsein der Kurden. Diese wollten keinen eigenen Staatsverband, sondern lediglich kulturelle Gleichheit. Justizminister M. Esat, am 19. September 1930: "Es gibt in der Türkei mehr Freiheit als irgendwo in der Welt. Dieses Land ist ein Land der Türken. Wer nicht von türkischer Herkunft ist, hat nur ein einziges Recht in diesem Land - Das Recht Diener zu werden, das Recht Sklave zu sein."

Mit Deportationen und massiven militärischen Interventionen versuchte die türkische Zentralregierung die regionalen Aufstände niederzuwerfen - ohne daß auch nur ansatzweise auf die politischen und kulturellen Forderungen der in sich gespaltenen Kurdenstämme eingegangen worden ist. Das dokumentiert auch der Hilferuf der Bewohner von Dersim, dem heutigen Tunceli, aus dem Jahre 1937. Er hat bis heute Gültigkeit:

"Unsere kurdischen Schulen wurden geschlossen, der Gebrauch der kurdischen Sprache verboten, die Worte Kurde und Kurdistan dürfen nicht benutzt werden und barbarische Methoden werden angewandt, um uns zu bekämpfen."

Da es kaum nachprüfbares statistisches Material über die Anzahl der Kurden in der Türkei gibt, ist man weitgehend auf Schätzungen angewiesen. Immerhin dürften 20 der 67 Provinzen der Türkei im Osten und Südosten mehrheitlich von Kurden bewohnt sein, knapp 8 - 10 Millionen Kurden. Unzweifelhaft ist, daß diese kurdische Bauerngesellschaft, gegliedert in Stämme, einen anderen geschichtlichen und sozial-

kulturellen Entwicklungsprozeß genommen hat, als die türkische, bzw. die osmanische Gesellschaft. So haben sich im Verlauf der Jahrhunderte bei den Kurden eine andere Sprache und andere politische Organisationseinheiten gebildet, die bestätigen, daß es in der Türkei zwei unterschiedliche Gesellschaftsformationen gibt: Türken und Kurden.

In den letzten 40 Jahren hat nun die stark feudalistisch-bäuerliche Gesellschaft in Ostanatolien neue Entwicklungsprozesse vollzogen. Es haben sich regionale kapitalistische Verhältnisse entwickelt, so daß sich die feudalen Stammesstrukturen langsam in der Phase der Auflösung befinden. Die Landbevölkerung verläßt die Dörfer und sucht Arbeit in den Städten oder emigriert ins Ausland. So bildete sich langsam eine neue nationale politische Bewegung. Repräsentierten die Nationalbewegung früher die Großgrundbesitzer, die sich mittlerweile mit dem türkischen Staat arrangiert haben, rekrutiert die Nationalbewegung inzwischen ihre Mitglieder aus Bauern, Arbeitern und aus dem städtischen Kleinbürgertum. Diese sprechen von einer gezielten Benachteiligung Ost-Anatoliens, von Kolonialpolitik, die von der türkischen Zentralregierung gegenüber dem Osten betrieben wird. Gemeint ist damit, daß in Ost-Anatolien in großem Umfang Bodenschätze vorhanden sind, diese aber - sofern sie überhaupt ausgebeutet werden - nur für die wirtschaftliche Entwicklung des Westens, der Industriezentren benutzt werden. Eine Industrialisierung im Osten gibt es kaum, so daß der Status der ländlichen Bevölkerung immer noch in großem Umfang von feudaler oder halbfeudaler Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer gekennzeichnet ist. Landreformen wurden nicht durchgeführt. Und die Mechanisierung hat zu einer weiteren Verelendung der Bauernfamilien geführt.

Diese Unterentwicklung wird nicht durch eine staatlich geförderte Planungs politik kompensiert, die versucht, diese Unterentwicklung durch Entwicklungsprogramme aufzueben. So wird zwar in allen Regierungsprogrammen vorrangig die Entwicklung dieser Gebiete propagiert, doch ist nach Untersuchungen des "Staatlichen Planungsamtes" und des staatlichen "Instituts für Statistik", die wirtschaftliche Entwicklung weiter rückläufig. Dafür, daß kaum private Investitionen vorgenommen werden, gibt es Gründe. Einer ist, daß in Ost-Anatolien, im Vergleich mit anderen türkischen Provinzen, das soziale Infrastrukturnetz kaum vorhanden ist. Weder wurden im Gesundheitsbereich noch im Bildungsbereich Investitionen vorgenommen. Eine hohe Kindersterblichkeit (50%) und geringe Lebenserwartung (45-50 Jahre) manifestieren diesen Zustand, hinter dem eine gezielte Vernachlässigung dieser Region steht. Ähnlich ist die Situation im Bildungsbereich. Gibt es im Westen eine Analphabetenrate von 43%, können im Osten 72% der Bewohner weder lesen noch schreiben. In einzelnen Provinzen steigt die Zahl auf 95%, insbesondere bei Frauen. Kurdisch ist nach wie vor als Unterrichtssprache verboten. Eine wirksame Bekämpfung des Analphabetismus würde die Einrichtung ländlicher Grundschulen voraussetzen, in denen der Unterricht in der Sprache gegeben wird, die auch die Eltern und die soziale Umgebung sprechen, und das ist Kurdisch.

Gleichzeitig gibt es aber, wiederum im Vergleich mit anderen Provinzen, in Ost-Anatolien die wenigsten Schulen. Schätzungen gehen davon aus, daß nur knapp 70% der schulpflichtigen Kinder überhaupt eine Schule besuchen können.

In den letzten Jahren entwickelte sich, trotz aller Repressionen, gerade innerhalb der Landbevölkerung ein starkes nationales Bewußtsein. Dabei bildete sich aus der nationalen

Bewegung heraus gleichzeitig eine starke sozialreformistische Strömung, der es nicht nur um kulturelle Freiheit ging, sondern auch um soziale Strukturveränderungen. Sie stellte das feudalistische System in Frage und geriet dadurch in Widerspruch zu den entsprechenden Kräften der türkischen Zentralregierung. Insofern ist von Spaltungsbestrebungen kaum die Rede, vielmehr von sozialen Forderungen, gekoppelt an kulturelle Ansprüche. Diese Forderungen aber wurden nicht aufgenommen. Der Staatsapparat reagierte vielmehr mit verstärktem militärischen und polizeilichen Druck, der allen fundamentalen Grundrechten widersprach. Inwieweit dieser Einsatz des Staatsapparates zur Befriedung und Eindämmung der offensichtlichen Legitimationskrise in Ost-Anatolien geführt hat bzw. führen wird, ist äußerst fraglich. Interessant ist dabei, daß gerade in den ostanatolischen Provinzen der Terror der rechtsradikalen Banden der MHP des Alparslan Türkeş kaum Bedeutung hat. Wahlanalysen zeigen, daß dort überwiegend Reformparteien gewählt werden, bzw. unabhängige Kandidaten. Dies spricht dafür, daß hier ein großes demokratisches Potential vorhanden ist. Insofern ist auch nicht dieses Potential die Ursache für die bestehenden Spannungen, sondern die unnachgiebige Politik der Zentralregierung gegenüber den Kurden. Mangels sozialer Alternativen, den feudalistischen Verhältnissen zu entkommen, ist demgegenüber der islamische Traditionalismus weit verbreitet. Er wird wiederum von politischen Gruppen benutzt, um den nach Reformen und sozialen Veränderungen strebenden Bevölkerungskreisen Einhalt zu gebieten.

Insofern sind die Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen, d.h. den Aleviten und Sunniten, immer Ausdruck gezielter politischer Provokation von Großgrundbesitzern und nationalistischen Kräften gewesen, die gegen jegliche soziale Veränderung kämpften. Religiöse Gruppen wurden auf

diese Weise gegeneinander ausgespielt.

Die Kurdenfrage dient den staatlichen Machthägern als Vorwand, Reformpolitik zu sabotieren und ist Ausdruck nationaler Überheblichkeit. Demgegenüber sind die religiösen Konflikte das Mittel einer bestimmten rechten Gruppierung, der MHP und ihrer Nebenorganisationen zusammen mit den ökonomischen Machthägern, um soziale Veränderungen zu verhindern.

So wurden in der Vergangenheit, gerade bei den Massakern in Kahramanmaras oder auch Corum, die Aleviten als politische Sündenböcke hingestellt, die, weil undogmatisch und Reformen aufgeschlossen, als "Kommunisten" und "Heiden" von den konservativen Sunniten bekämpft wurden. Auch hier mußten politische Einpeitscher, bezahlt von interessierten Kapitalfraktionen, zuerst massiv politische Propaganda betreiben, Attentate vorbereiten, damit es überhaupt zu Spannungen kam. Insofern wurden latente Differenzen aufgeputscht und künstlich produziert. Da der Staatsapparat nicht rechtzeitig reagierte und kein direktes Interesse an der Eindämmung der Unruhen hatte, weil es gegen die "Linken" ging, haben sich diese Spannungen erheblich verstärkt.

Solange die türkische Regierung daher nicht die national-demokratischen und kulturellen Probleme des kurdischen Volkes berücksichtigt, wird das ethnische Konfliktpotential kaum geringer werden. Allein die Anerkennung von Minimalforderungen, wie die Existenz des kurdischen Volkes und die Garantie, daß das kurdische Volk in eigener Sprache unterrichtet wird, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in kurdischer Sprache herausgegeben werden und die Blockade sozialer Infrastrukturmaßnahmen aufgehoben wird, wird dieses Konfliktpotential entschärfen.

Das gleiche gilt für die religiösen Spannungen, die das Ziel haben, die religiösen Unterschiede aufzuheben und gegeneinander auszuspielen. Solange der Staat hier nicht interveniert und dem Treiben der rechten Kräfte ein Ende bereitet, wird es keinen Frieden in der Türkei geben.

ETHNIC AND RELIGIOUS TENSIONS AS POTENTIAL SOURCES OF
SOCIAL AND POLITICAL CONFLICT

There are two reasons for the existing ethnic and religious tensions in Turkey and for the large number of conflicts. On the one hand, they express the existing economic, social and cultural inequality and the extreme underdevelopment in Turkey; on the other hand, for political groups they are a means to safeguard their ideological and economic interests. Especially those conflicts which are described as ethnic tensions, under closer observation turn out to be a crisis of legitimation by the state, which fears a split in national unity and believes to have a right to oppress such conflicts with non-democratic means.

The Turkish central government tries to oppress the regional revolts by means of deportations and massiv military interventions without even trying to come on terms with the political and cultural demands of the Kurdish tribes which are divided among themselves. There is a difference between Turkish and Kurdish social and cultural development in the history and these differences are still existing.

The state has no policy for an urgent and increased development to counter this underdevelopment.

But in spite of all suppressive measures, a strong nationalism has developed in recent years. This process went together with a change in social structure. The aim of the national movement in the Eastern part of Turkey was a radical change in the feudal system, together with cultural rights for the poeple.

The Kurdish problem serves the state-power elite as a pretext to sabotage reformatory policies and is an expression for national hybrism. The so-called religious tensions are used by certain right-wing groups, the MHP and affiliated organizations together with economic forces, to prevent social reforms. Only the acceptance of minimal demands such as recognition of the existence of the Kurdish people and the guarantee that the Kurds are allowed to teach their language, as well as the lifting of the social blockade could stop this conflict. The same is valid for the recognition or rather the fight against those rightist groups, which, like the Pan-Turanist Movement, mobilise religious feelings and put one religious group against another. If the government doesn't interfere, there won't be any freedom in Turkey.

IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN MARXISMUS UND ISLAMISCHEM
FUNDAMENTALISMUS: ENDE DER VERWESTLICHUNG?
von Udo Steinbach

1. DIE HISTORISCHE PERSPEKTIVE

Die Beziehungen der Türkei zum Westen und die Auseinandersetzung der türkischen Elite mit ihm haben nicht erst mit der Gründung der türkischen Republik durch Kemal Atatürk begonnen. Vielmehr läßt sich feststellen, daß das Osmanische Reich spätestens unter Sultan Süleiman dem Prächtigen (1520-1566) begann, eine Rolle als europäische Großmacht zu spielen und sich auf Europa zuzubewegen. Europa wurde ein politisches und zunehmend auch kulturelles Gravitationsfeld, an das das Osmanische Reich mehr und mehr herangezogen worden ist - ein Prozeß, der Jahrhunderte gedauert hat. Die technischen und militärtechnischen Errungenschaften Europas und die Grundsätze der Kriegsführung und Verwaltung waren die ersten Anknüpfungspunkte, die freilich die innere Struktur des Reiches zunächst kaum berührt haben. Dagegen sind vom Osten des Reiches, dem heutigen Nahen Osten, kaum Herausforderungen und Impulse ausgegangen (von wenigen Augenblicken der türkisch-persischen Beziehungen abgesehen); mehr und mehr wurde dieser zur "Provinz", während sich die Schwerpunkte des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interesses des Reiches nach Westen verlagerten.

Die Tanzimat-Epoche bildet deswegen keinen revolutionären Bruch in der Entwicklung des Osmanischen Reiches. In den Tanzimat-Reformen wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Führung der Weltpolitik im 19. Jahrhundert definitiv an den Westen übergegangen war und nicht die Situation im nahöstlichen Teil des Reiches, sondern die Entwicklungen im

europäischen Teil zu seinen vitalen Problemen geworden waren. Bereits während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war es deutlich geworden, daß der islamische Raum praktisch kein Potential für eine Erneuerung des Reiches und damit für eine Erhöhung seiner Widerstandsfähigkeit gegen die europäischen Mächte bot – dies gilt für die Bereiche Kultur und Zivilisation, Militär, Politik und Verwaltung, Ausbildung und Erziehung sowie mehr und mehr auch die Wirtschaft. Die Tanzimat-Reformen besiegeln deshalb zum einen eine Epoche und leiten auf der anderen Seite in eine neue Epoche über, die anbricht, als mit dem Ende des Ersten Weltkriegs der politische Rahmen des Reiches praktisch zerschlagen ist. Den Tanzimat-Reformen kommt damit für die Entwicklung der Türkei eine zentrale Rolle zu, auch wenn sie nicht weitgehend genug waren, um in dem Reich Kräfte zu mobilisieren, die gegen den Druck von außen und innen hätten standhalten können.

Ohne die Tanzimat-Reformen wäre das Reformwerk Atatürks kaum vorstellbar. Die Abstreifung steriler Traditionen und Überholter politisch-sozialer Strukturen ist also im Rahmen einer langen Tradition zu sehen. Gesucht war von Atatürk ein Weg, der es gestatten würde, die Türkei in einen dynamischen Entwicklungsprozeß zu einem entwickelten Staat zu machen, der mit den anderen führenden Mächten würde konkurrieren können, ohne dabei in politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit zu verfallen.

Man kann darüber streiten, inwieweit der Beitritt der Türkei zur NATO und der Eintritt in enge Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Prinzipien kemalistischer Politik zu vereinbaren sind, doch kann kaum in Frage gestellt werden, daß eine Ausrichtung, die sich an den Grundwerten westeuropäischer Staaten orientiert, mit dem Kern der Intentionen des Staatsgründers übereinstimmt.

2. MARXISTISCHE UND ISLAMISCHE KRÄFTE

Seit Anfang der 60er Jahre sind in der türkischen Innenpolitik radikale Kräfte wirksam geworden, von denen zwei, die radikale Linke und die religiösen Kräfte, einen nachhaltigen Einfluß auf die kulturelle, politische und außenwirtschaftliche Orientierung des Landes zu nehmen versucht haben. Auf sie beschränkt sich die Darstellung im folgenden.

Zwar ließ auch die im übrigen sehr liberale Verfassung von 1961 eine "Kommunistische Partei" nicht zu. Dennoch hat sich in der Türkei eine radikale Linke in organisierter Form ausbilden können. 1961 konstituierte sich die "Türkische Arbeiterpartei", die 1964 ihren ersten Parteikongreß abhalten konnte. Hatte die Partei zunächst versucht, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft politische Geltung zu verschaffen, so erhielt sie bald eine ideologische Plattform, die auf dem Parteikongreß von 1964 bestätigt wurde. Das unter der Federführung Mehmet Ali Aybars ausgearbeitete Programm hielt sich in Form und Diktion an die kemalistischen Grundsätze. Auszüge einer Rede Atatürks aus dem Jahre 1920 waren dem Programm vorangestellt. Bei näherem Zusehen stellte sich das Programm Aybars als eine marxistische Interpretation des Kemalismus dar. In der Folge jedoch verzichtete die Partei auf die kemalistische Umkleidung und bekannte sich auf dem zweiten Kongreß, der 1966 in Malatya stattfand, offen zum "wissenschaftlichen Sozialismus". Im Jahre 1965 konnte die "Arbeiterpartei" zum erstenmal Parlamentswahlen bestreiten. Mit 15 Abgeordneten konnte sie eine eigene Fraktion im Parlament bilden. Persönliche Streitigkeiten in der Führungsspitze haben darn jedoch rasch auf eine abschüssige Bahn geführt. 1969 konnte sie nur noch zwei Abgeordnete ins Parlament bringen, 1971 wurde sie verboten.

Auch nach ihrer Neukonstituierung 1975 hat sie keine größeren Erfolge mehr erringen können. Neben der "Arbeiterpartei" hat es zahlreiche Abspaltungen gegeben: Zu nennen sind etwa die "Sozialistische Partei", die "Türkische Sozialistische Arbeiterpartei" sowie eine "Partei der Werktätigen" unter Mihri Belli. Zu nennen ist auch in diesem Zusammenhang die "Partei der Einheit" (Birlik Partisi), die - gleichfalls weit links stehend - insbesondere die Schiiten der Türkei anzusprechen sucht.

Eine nicht unerhebliche Rolle bei der Öffnung der türkischen Gesellschaft für sozialistische Programme haben in den vergangenen Jahren die Gewerkschaften gespielt. In den 60er Jahren ist der türkische Gewerkschaftsdachverband "Türk-İş" zunehmend ins politische Fahrwasser geraten, indem einige seiner Mitglieder direkt oder indirekt mit der "Türkischen Arbeiterpartei" zusammenzuarbeiten begannen. Die wachsende Ideologisierung der Gewerkschaften führte 1966 zur Abspaltung eines neuen Gewerkschaftsdachverbandes mit dem bezeichnenden Namen "Verband der Gewerkschaften reformistischer (revolutionärer) Arbeiter" (DISK). Der "Sozialismus" ist die Basis der Philosophie von DISK: Er fordert die Verstaatlichung des Außenhandels, des Banken- und Versicherungsgeschäfts; eine umfassende Neuverteilung des Landes; sowie eine geplante Wirtschaft mit dem Schwerpunkt der Verbesserung der Stellung der Arbeiter.

Hand in Hand mit der gesellschaftspolitischen Neuorientierung der Türkei versucht die Linke, den Ort der Türkei in der internationalen Politik zu verändern. Für sie ist die Orientierung auf den Westen ein Teil der Strategie der türkischen Bourgeoisie, um ihre gesellschaftliche Stellung zu festigen und ihre wirtschaftlichen Interessen zu verwirklichen. Demgegenüber werden eine totale Lösung der Bindungen und eine unabhängige und umfassende Industrialisie-

rung sowie die vollständige Unabhängigkeit von ausländischem Kapital gefordert.

Am anderen Extrem des politischen Spektrums haben islamische Kräfte einen wachsenden Stellenwert in der weltanschaulichen und politischen Orientierung vieler Türken erhalten und sich in der Innen- und Außenpolitik auszuwirken begonnen. Obwohl Kemal Atatürk Religion und Staat getrennt und der Religion an der theologischen Fakultät der Universität Ankara eine Stätte der Lehre und der Reform gegeben hat, sind die beiden Grundprobleme, die Beziehung von Religion und Staat und die Modernisierung der Theologie des Islam, nicht wirklich gelöst worden. Bereits in den beginnenden 50er Jahren war ein langsames Erstarken religiöser Kräfte bemerkbar, und viele türkische Regierungen hatten ihnen in einen oder anderen Punkt Konzessionen machen müssen. 1970 wurde zum erstenmal eine islamische Partei gegründet ("Partei der Nationalen Ordnung"), die jedoch 1971 im Zusammenhang mit dem Eingreifen des Militärs in die Politik als verfassungswidrig verboten worden ist. Organisiert in der "Nationalen Heilspartei" konnten die Religiösen in den Parlamentswahlen von 1973 48 Sitze erringen. Auch wenn sie 1977 nur etwa die Hälfte an Sitzen gewannen, haben die islamischen Kräfte - nicht zuletzt wegen des Patts zwischen den beiden großen Parteien - beträchtlichen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik erringen können. Für die islamischen Gruppen ist der Islam die Grundlage der Identität des Türken. Die Tatsache, daß Atatürk den Schoß der muslimischen Gemeinde verlassen hat, ist für sie die Wurzel der miserablen Situation, die die Türkei gegenwärtig durchlebt. So vage politische Erklärungen aus dieser Richtung auch lauten mögen, so läßt sich doch die Forderung nach der Rückkehr zum islamischen Gesetz, insbesondere im Bereich des Personenstands - aber auch des Verfassungsrechts festhalten. Der Ruf nach einer Wiedereinführung des Kali-

fats wird in diesem Zusammenhang ebenso laut wie nach der Wiedereingliederung der Türkei in die große islamische Gemeinde, vornehmlich in die arabische Welt.

3. ALTERNATIVEN ODER KOMPROMISSE ?

Obwohl aus unterschiedlichem Kontext argumentierend, haben die beiden extremen Kräfte doch ein gemeinsames Angriffsziel: den Westen als eine kulturelle und politische Größe. Die Einschätzung der tatsächlichen Wirkung und vor allem die Antwort auf die von Beobachtern häufig gestellte Frage, ob die Türkei unter dem Druck dieser Kräfte in absehbarer Zeit ihren bisherigen Westkurs aufgeben und einen von den extremen Flügeln geforderten politischen Kurs steuern könnte, muß folgende Punkte in Betracht ziehen:

- Einerseits sind die extremistischen Gruppen und Parteien zwar klein und ist ihr Anteil an parlamentarischer Vertretung - so sie überhaupt gegeben ist - bescheiden. Auf der anderen Seite verleiht ihnen die gegenwärtige innenpolitische Situation, die durch eine Patt-Situation zwischen den beiden großen Parteien gekennzeichnet ist, einen Einfluß, der weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgeht. Denn sowohl die "Republikanische Volkspartei" als auch die "Gerechtigkeitspartei" sind in beträchtlichem Maße von Teilen des extremistischen Wählerpotentials bzw. von der parlamentarischen Unterstützung der radikalen Parteien abhängig.
- Dennoch wird ihr Einfluß in der Zukunft begrenzt bleiben, und es ist unwahrscheinlich, daß die türkische Politik ins eine oder andere Extrem umschlägen wird. Die Kräfte der Mitte, die ihre grundlegenden politischen Orientierungen aus dem Kemalismus ableiten (auch wenn die Bedeutung des

Kemalismus" vage geworden ist), stellen nach wie vor eine Monotonie dar. Der westen im breitesten Sinne des Wortes, der von politischen Organisationen bis zu kulturellen Leitbildern reicht, liefert noch immer die Grundlagen für die Entwicklungskonzeption, das politische System, die Rechtsordnung etc.. Es besteht kaum eine Gefahr, daß die Türkei eine "Islamische Republik" oder eine "Volksrepublik" wird.

Dies bedeutet nicht, daß es keinen Raum für die Interpretation und Anpassung des westlichen Vorbildes an die spezifischen türkischen Bedingungen gibt. Es wird viel über eine "Orientierungskrise" oder "Identitätskrise" gesprochen. Es scheint jedoch, daß die wirkliche Krise nicht eine Situation ist, die nur durch die Einführung neuer Alternativen - sozialistischer oder islamischer - zu lösen ist. Die gegenwärtige Lage ist "kritisch", weil ein angemessenes Mischungsverhältnis zwischen spezifischen türkischen und westlichen Elementen noch nicht gefunden ist.

Zweifellos hat die Einführung radikaler Elemente in die türkische Politik dem Prozeß einer Neubewertung der Fragen, wo die Türkei heute steht und wohin sie sich entwickelt, starke Impulse verliehen. Dies ist sicherlich kein negatives Phänomen an sich; denn zu lange hatte die Türkei abseits der weltanschaulichen und politischen Diskussionen, die außerhalb des Landes geführt worden sind, gestanden. Die Öffnung der türkischen Außenpolitik nach allen Seiten zum Beispiel, die die Türkei seit 1973 vorgenommen hat, liegt wahrscheinlich mehr in den Interessen des Landes als der ein-dimensionale Kurs, den sie bis dahin verfolgt hat.

Es ist aber klar, daß der Aufstieg extremistischer Elemente unauflöslich mit der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise des Landes verbunden ist. Die Frage, ob der

Extremismus weiter an Boden gewinnen wird, muß deshalb in Beziehung zu einer Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes gesehen werden. Dies- und nicht der ideologische Extremismus an sich - ist die wirkliche Herausforderung an die Politiker des Landes.

SUMMARY

BETWEEN MARXISM AND ISLAMIC FUNDAMENTALISM - TOWARDS AN END OF WESTERNIZATION ?

The relations between Turkey and the West during the last one and half decade have undergone obvious changes. Although the reasons for this are to a great extent of a political and economic nature (détente, Cyprus conflict, Greek-Turkish relations, arms embargo, lack of flexibility on the side of the EC etc.) it cannot be overlooked, on the other hand, that "the West" is no longer the exclusive or even predominant element within the political, social, cultural and ideological orientation of many Turks. Particularly since the Turkish democracy was re-established in 1973, it has become obvious that extremist ideologies on the left, i.e. the various groups of Marxists, and on the religious right, mainly represented by the "National Salvation Party", have put into question Turkey's orientation towards the West. They argue that the dependence of Turkey on NATO and Western Europe is no longer in the interest of the country and detrimental to its future economic and social development.

The alternatives which they suggest point into different directions. For the left the main argument is socio-economic. It is stated that the orientation towards the West has been part of the strategy of the Turkish bourgeoisie to strengthen its position and further its economic interests. In order to establish the socialist order it is regarded as necessary to sever the links with the West, follow a completely independent development strategy, speed up the process of comprehensive industrialization and become completely independent from foreign capital.

The religious right, on the other hand, is arguing more in

cultural and religious terms. The fact that Atatürk gave up the framework of the Islamic community is at the roots of the miserable conditions Turkey is facing at present. As a result of this, Turkey has to return to the Islamic fold, if there is to be any chance to overcome the present crisis. This, at the same time, means that Turkey gives up its political and cultural orientation towards the West and leaves the organizations and institutions in which it cooperates with the Western world.

Although arguing from diametrically opposite angles the attitude of the leftists and rightists show the same anti-Western bias. Nevertheless the West, in a very broad sense of the word, ranging from political organizations up to cultural patterns still is regarded as providing the guiding inspirations in such fields as development concept, foreign policy, political system, legal order etc. There is hardly any chance that Turkey become either an "Islamic Republic" or "People's Republic".

This does not mean that there is no space for interpretation and adaptation of Western pattern to the specific Turkish conditions. There is much talk about a "crisis of orientation" in and around Turkey. It seems, however, that the real crisis is not a situation which only can be solved by introducing new alternatives - socialist or islamic. The present situation is critical as the appropriate ratio in the blend of "Western" and specific "Turkish" elements not yet has been found.

Undoubtedly, the introduction of radical elements into Turkish politics has contributed to the process of re-evaluation of where Turkey stands and whether she is to develop. This is not a negative phenomenon in itself; for too long Turkey had remained apart from the ideological discussions and political changes taking place outside the country. The

multi-faceted foreign policy, for example, Turkey has adopted since 1973, probably is more in the interests of the country than the one-dimensional course she had steered up to this year. But it is obvious that the rise of extremist elements is closely interrelated with the sharpening of the economic and social crisis in the country. Therefore, the question, whether extremism will gain ground in Turkey or not must be seen in relation to a solution of the economic and social problems of the country. This - and not ideological extremism - is the real challenge to the country's politicians.

SCHWERPUNKT II / ITEM II

DIE KRISE DER INNEREN SICHERHEIT UND DIE
GEFÄHRDUNG DER DEMOKRATIE

INTERNAL CRISIS AND THREAT TO DEMOCRACY

SOCIAL DISINTEGRATION: EXACERBATION OF SOCIAL TENSIONS IN THE SIXTIES AND SEVENTIES

by Manoucher Parvin

I. INTRODUCTION

A. HISTORICAL BACKGROUND

On May 27, 1960, a revolution from above (a coup) by the military, which had the support of a sizeable number of the elite Turkish political groups, terminated the authoritarian rule of the democratic party in Turkey and reversed the trend of growing strength of villagers and villages in Turkish politics. The emergence of a reconstructed "multi-party democracy" and the new constitution of 1961, which declared Turkey a social state, promised to promote economic and social justice and provide a framework as well as a process for peaceful resolution of conflicts existing and growing at various institutional levels of Turkish society. The Turkish authority structure, maintained by coercive means, was to be transformed to a legitimate rulership born out of voluntary compliance of the ruled. It was assumed that legitimacy at the macro-level would gradually spill over to legitimacy at the micro-level - all the way down to villages and workshops ¹⁾.

For the present purpose, legitimacy can be thought of as the quality found in certain on-going patterns of political authority, whereby the exercise of official policymaking is considered appropriate by most subjected to it.

B. AFTERMATH

The subsequent social measures and safeguards undertaken by the new regime fell far short of the ideal and pronounced

mission of the revolution. However, the disguised goal of the uprising, which was to reassert the primacy of the elite over the peasants, workers, and nonconforming intellectuals is also failing. The leaders of the coup noted the emergence of the new interest and power groups but did not recognize them as potential partners. The "multiparty" system favored groups to the right of the political spectrum and repressed the left. "Democracy" included the direct and indirect control of the press and various measures limiting academic freedom. Hence, the "multiparty democracy", failing to devise deep-rooted policies needed to alleviate the pains and aches of development, turned to a political reaction. The 1969-70 challenges to authority produced a legal response robbing the revolutionary constitution of 1961 of many of its democratic provisions. New constitutional amendments (such as Article 11) restricted the basic freedoms; some (such as Article 115) reduced the powers of courts over administration and (Article 120) increased control of the government over universities. Meanwhile, the techno-economic basis of the Turkish social structure was undergoing a rapid change. Economic planning was designed by the elite while the invisible hand was left to take care of related social disruptions. Gradually, the relevance and usefulness of existing norms, rules, and regulations became objects of critical evaluation by a growing number of people. The socio-economic transformation changed not only the relative composition of groups, but also, through increased communication, the mental attitude of individual members within groups²⁾. Thus, a simultaneous and complex process of economic integration and social disintegration was set in motion, whereby the elite was the main beneficiary of economic development and the lower strata was recipient of social ills. Questions were raised ever more strongly by those who distinguished the myths from reality in Turkish society and envisioned a more appropriate alternative. If the authority insisted on

preserving the existing order, then its legitimacy and also its privileges were questioned. This crisis of legitimacy poured like a flood over families, villages, factories, and universities, and penetrated the spheres of the military establishment and higher echelons of the Turkish government.

II. SOCIAL DISINTEGRATION, CRISIS OF LEGITIMACY AND AUTHORITY DENIAL: EXAMPLES

A. FAMILY AND VILLAGE

In the most developed villages the experience of the head of the family lost its traditional usefulness and became mostly irrelevant to his offspring, who, in general, needed newer skills to deal with the changing world outside. The new generation faced a set of complex responsibilities as tractors took the place of the ox, monocultivation for cash substituted for diversified and subsistence farming, wage laborer replaced sharecropper, and small farms were swallowed up by large enterprises.

Agricultural reform and modernization gave rise to an emerging group of landless households in developed villages whose average consumption sank below that of the least developed villages. (Hinderink and Kiray, 1970, p. 242). The social repercussions of the new order were reflected in an increasing inequality in income distribution - an indication of a proportional growth of agricultural surplus, absorbed by the commercially oriented landlord. To achieve and maintain this flow, the essential power-relationship remained unchanged as the sharecropper-landlord relationship was transformed to a wage laborer-commercial employer system.

Parental authority also became a function of development and began to disintegrate, while the village itself was integrating into a national economy. (Polars, 1975).

B. LABOR UNION AND POLITICAL PARTIES

The composition of the labor force continued changing during the period 1960-80, with industry and services claiming a larger portion than agriculture. (Hale, 1976).

In February, 1967, a group of disaffected labor leaders resigned from Türk-İş (the Confederation of Turkish Trade Unions), and formed DISK (the Confederation of Revolutionary Trade Unions), a socialist trade union confederation. In this case the legitimacy of Türk-İş was questioned due to its acceptance of the status quo. When some of the leaders of Türk-İş became candidates of the Justice Party and the Federation gradually became dependent on U.S. subsidies and associated with U.S. interests (and funds), DISK finally decided that collective bargaining was not sufficient. Rather it was collective political action that could be a decisive factor in securing labor's interest. Subsequent development of an informal association with the Labor Party indicated a striving to insert class consciousness into the membership. (Eğevit, 1973).

Türk-İş has continued vacillating between a more or less official policy of neutrality on political party affiliations and an unofficial leaning towards the RPP. The legitimacy of Türk-İş in speaking for Turkish workers is an ongoing debate today. Turkish labor leaders believe that neither a capitalist order nor a Marxist order is desirable and that sound industrialization and just distribution of income is on the agenda for the future. (Hale, 1976).

In 1966 the RPP changed its path when it adopted the center-left policies of Ecevit, and a year later he became General-Secretary of the party. In 1972, denying the authority of an established institution in the name of Ismet İnönü, he took over the leadership position of the party. In 1966 as well as 1972, many of the senior parliamentary leaders with connections to big business, landed interest, or high echelons of the bureaucracy were ousted. Unable to maintain legitimacy under changing circumstances, their authoritative position with their own party was successfully challenged. However, the change appears insufficient in retrospect since Ecevit himself has been and is attacked from leftists of his party as well as parties of the left. Accusations are that, despite his virtues, his watered-down policies are inadequate and that he will be "unable to end imperialism in Turkey". (Barchard, 1976).

The ideological and political distance of the two major parties, J.C., a moderate right, and RPP, a moderate left, increased. A process of political polarization within and between small and large parties continued. Measures such as the electoral reform introduced by the RPP which discriminated against the small parties of the left are one example of the process of polarization and exclusion.

C. THE ARMY

A dramatic instance of crisis occurred during 1963-64 when the disappointingly slow progress of reform which followed the 1960 revolution prompted the young officers to intervene. But they were discovered, tried, removed, imprisoned, or executed. (Cousins, 1973). The few instances cited dramatically indicate that the disintegration and polarization of Turkish institutions have continued rapidly as the legitimacy of established authority is challenged by relative or absolute authority denial at all institutional levels.

Relative authority denial suggests a withdrawal of compliance in some particular sphere of activity or concern. It refers to deviation between the actions of the subjects and the set of norms or regulations which authority establishes for them in order to proscribe or prescribe certain of their actions. Relative authority denial could take extra-legal form, exerting unwelcome pressure on the ruler, while the overall framework of regulations and procedures remains unquestioned. Another way of looking at this is to consider it as a gauge of the government's relative deprivation, corresponding to the relative deprivation (social, political, or economic) of the subjects.

Absolute authority denial is a more extreme case. It refers to the total refusal to accept constituted authority, whether motivated by private gain, as in criminal activities (Parvin and Frank, 1975), or by the possibility of collective action to overthrow the rulers of the state apparatus itself. The examples of family, village, farm, union and political parties were of relative authority denial, but the alleged uprising by the young officers is considered as an absolute authority denial. Another form of absolute authority denial is the revolutionary activity of the extreme left to overthrow the established regime. Finally unable to produce legitimacy by voluntary compliance the post-revolutionary governments resorted to legal means and various forms and degrees of coercion to maintain authority. For example, at various times under martial law all students' and teachers' unions have been banned; the press has been tightly controlled; books have been burned; and imprisonment and even torture of the opposition from the left has occurred. Such policies have induced further discontent and authority denial - relative and absolute. On a macro-level, an unabated rise in military expenditure and in oil prices, diminished revenue from guest workers, protectionism and eco-

conomic recession in the West further intensified the domestic strains, as available resources dwindled down and population grew apace, forcing Turkey toward the threshold of social collapse. Here lies a famous patient with a glorious past and potentially a productive future suffering from complicated and interacting ailments. Is surgery inevitable? Can a costly revolution be averted?

III. ANATOMY OF SOCIAL DISINTEGRATION

A. MYTHS AND REALITIES

Before diagnosis and prescription of medicine, the myths perpetuated by the Turkish ruling elite concerning Turkey's anatomy must be dispelled.

Myth: Turkey is a classless society.

Reality: There exists no classless society in the world today.

No reasonable definition can categorize Turkish society with its existing inequalities in distribution of privileges and comparatively limited social mobility as classless, Atatürk's pronouncement (and hopes) to that effect notwithstanding. (See Diagram 1 for a rough presentation of socio-economic stratification in Turkey. Groups to the right are more conservative than those on the left for each economic class).

Myth: The military has close links with the people, thus it is justified to act as a legitimate and unbiased arbiter in Turkish political conflicts.

Reality: Since 1960 a major transformation has changed the character of the Turkish army. By 1971 the military had become an economic force, with officers automatically becoming shareholders in a financial trust called Oyak, which has grown to one of the largest holding companies in Turkey,

mostly due to advantageous privileges, including tax exemption. The Turkish army officers are the strongest special interest group in Turkey today, economically, socially, and politically.

Myth: Agricultural reform can substitute for land reform; discussions on tax reform are equivalent to its realization; increased military expenditure enhances the regime's survival chances; and sending labor to capital abroad is superior to bringing capital to labor at home.

Reality: By substituting agricultural reform for land reform, Turkey may have substituted an agrarian revolution in the past by an urban uprising (Farvin, Hiç, 1979). By avoiding an overhaul in tax reform Turkey has shown it would like to keep classes or groups where they are. The greatest threat to the regime's security is not a military invasion, but a danger of economic and social collapse and internal strife related to it. Thus, further military expenditure is counter-productive. The Turkish export of laborers has relieved the country of a greater unemployment and has brought in valuable capital and foreign exchange. This has been a magical stroke in the short run, but in the long run when the workers trickle back, the original solution may turn out to be a bigger problem. What are the government's plans for welcoming home these enlightened and demanding individuals?

Myth: Only Turkish people live in Turkey. Some of them live in mountains and are called mountain people or Kurds.

Reality: Kurdish people of Turkey do not consider themselves mountain Turks. The ethnic problem must be acknowledged and their specific grievances be dealt with accordingly. Sweeping the ethnic problem under the rug does not dissolve it. In addition, among other groups, over 90 percent are Turkish Alevi (Shiites) who have responded to discrimination and repression by a leftward march.

Myth: Political repression is necessary because of a real danger of communist takeover in Turkey.

Reality: Intense Turkish nationalism, deep Islamic roots, and Turkish historical hostility toward the northern neighbour are sure guarantees of Turkish sovereignty. Each of these factors is in fact sufficient unto itself. Even if Turkey becomes a socialist state of sorts, her chances to become a Soviet satellite are less than that of Yugoslavia under Tito - virtually zero.

Myth: A continuation of selective repression and marginal macro-economic decisions can carry Turkey through its difficult transitional period of economic development without the required and corresponding social and political change.

Reality: The inflation rate nearing 100% and unemployment rate exceeding 20%, the political violence - all testify to the inadequacies of post-revolutionary policies. Turkey is now suffering from long-run consequences of a multitude of short-run decisions.

We could continue in this vein further, but the above instances do highlight the fact that the complex illness cannot be cured unless all myths about the anatomy of the patient are discarded. Any diagnosis otherwise is an illusion, and the cure remains elusive. By cure, we mean an adjustment mechanism for the period of transition such that the social disruption of economic development is kept below the level of tolerance (or minimized).

IV. THE CURE

A. THE PROBLEM OF LEGITIMACY

It is unfortunate, but in this case the elite of the government constitutes the major aspect of the problem. Up to the present it has failed to discipline itself; and it seems as though there is an unconscious wish for the events to discipline it. The rapport between the regime and the people is one directional and paternalistic at best, and at worst, authoritarian and repressive. There are virtually no peasant or worker representatives at the higher echelon of Turkish government today; nor do the peasants and workers in villages and factories have any significant input to the decisions made affecting them. The deficiency in legitimacy and representation must be rectified by means appropriate to Turkish specificities. The amelioration of this condition would have a positive and long-term impact on achieving political stability. A first possible step is amnesty and full admission of the left into the political arena. Government coercion must be applied then firmly but within the constitutional framework of 1961. Leftists' chances to win elections are no more than the extreme rightists', such as the National Action Party, which has been free to roam for years. The current discriminatory policies cause underground growth and violence by the left, affecting the general confidence at home and abroad concerning political stability and economic viability. The interacting process of violence from above and violence from below can be halted. Continued escalation is the most costly alternative. (Parvin and Andrews, 1978).

B. SOCIO-ECONOMIC REFORM

In order to convince the Turkish people that belt-tightening

is for everyone - if there are any notches left in the belt to tighten - and not just for the poor, a major tax reform must be implemented, exceptions and privileges removed, and a sense of competitiveness among Turkish firms reinstated. It should be most embarrassing for the regime that under such dire conditions, new millionaires blossom across the land by the dozens. Government subsidies and interference in the economic sphere must be gradually curtailed, and private enterprise and workers' cooperatives encouraged. The incentive structure must be altered so that Turkish talent would not automatically develop along bureaucratic skills, but toward entrepreneurship in the economic sphere. A gradual decrease in the size of bureaucracy, which includes the army, and the reduction of specific privileges can enhance this desired trend. The dream of every Turkish middle-class child should not be joining the bureaucracy but preparing to join industry and the market. The belated land reform must be implemented. This policy would disturb a few but would produce substantial support for the regime.

Turkey, like other developing countries which lack energy resources, must gradually move away from fossil-fuel-intensive technology and pursuit of a style of life dependent on oil (Parvin, 1980). The promotion of technology which depends on renewable energy must become an official long-run policy. She must let foreign managerial skills, technology, and capital flow in but deliberately and prudently for economic as well as political reasons. There is an optimism middle ground between extremes of isolationist attitudes, prohibiting foreign investment altogether, and the open door policy reducing Turkey to a playground for multinational corporations. The decision in such matters is not yes or no but how much, what, and how. Productive jobs must thus be created, by Turkish enterprises if possible and by others if not, for the sake of the unemployed and growing population,

since absorption by the army and exportation of labor is not a permanent solution. Social planning to minimize the costs of social transformation must be undertaken; and family planning should become an important national concern.

C. LEGITIMACY AND SELF-DISCIPLINE

Such and similar policies would rechannel violent political energies toward legitimate political activities, would produce political and economic justice in the villages and factories, and would rechannel creative energies toward industry where they are needed and away from violent political action. Economic development would be resumed and the existing social structure would continue to disintegrate, but a new one would be simultaneously assembled to dovetail with the emerging economic structure and order. However, no drastic results are to be expected; just as disintegration is a process so is its cure. "But the impact of deprivation on political unrest is of lesser importance than the rate of its dissolution; hope for a better day evidenced by favorable change makes an intolerable condition tolerable, while hopelessness due to persistent stagnation may make an otherwise tolerable situation intolerable". (Marvin, 1973, p. 243).

This note has dealt with general concepts, but one idea needs repetition. The major Turkish problem is the Turkish ruling elite, be it the army, the RPP, or the Justice Party. If the regime does not undertake comprehensive reforms and discipline itself then time and events will discipline and re-form it.

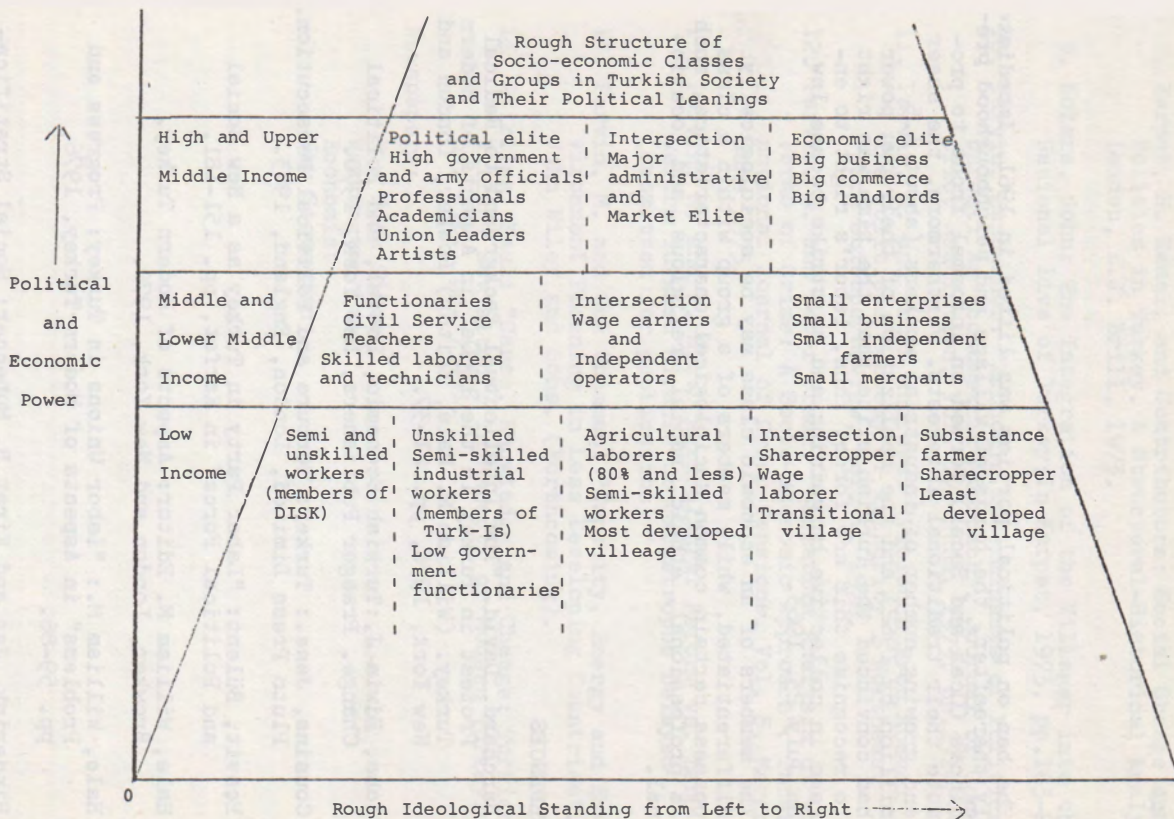


Diagram 1

- 1) The ban on political parties was lifted in 1961. Immediately thereafter, the heads of village and neighbourhood precincts (Ocak and Bucak) formed an informal front to promote their traditional interests. Furthermore, the sheer and growing number of industrial workers (about 1.5 million by 1962) and the realization of their own power had convinced the Turkish elite that the time was right to recognize this new force. Thus, labor's right to engage in collective bargaining and to strike became law on July 23, 1963.
- 2) The members of an economic class may be sociologically differentiated, while members of a group within a class possess certain common sociological characteristics, such as professional, ethnic, racial, religious, and locational.

REFERENCES

1. Barchard, David. "The Intellectual Background to Radical Protest in Turkey in the 1960s" in Aspects of Modern Turkey. (William M. Hale, Editor) Bowker, London and New York, 1976, pp. 21-37.
2. Cohn, Edwin J.: Turkish Economic, Social, and Political Change. Praeger Publishers, New York, 1970.
3. Cousins, Jane.: Turkey: Torture and Political Persecution. Pluto Press Limited, London, England, 1973.
4. Eçevit, Bülent: "Labor Party in Turkey as a New Social and Political Force" in Karfat, pp. 151-181.
5. Hale, William M. Editor: Aspects of Modern Turkey. Browker, London and New York, 1976.
6. Hale, William M.: "Labor Unions in Turkey: Progress and Problems" in Aspects of Modern Turkey, 1976, pp. 59-86.
7. Hinderink, Jan and Kirat B. Mubeccer: Social Stratification as an Obstacle to Development. Praeger Publishers, New York, 1970.

8. Karpaz, H. Kemal, and Contributors: Social Change and Politics in Turkey. A Structural-Historical Analysis. Leiden, E.J. Brill, 1973.
9. Kolars, John: The Integration of the Villager into the National Live of Turkey; in Karpaz, 1973, pp.183-202.
10. Parvin, Manoucher: "Economic Determinants of Political Unrest: An Econometric Approach". Journal of Conflict Resolution, Vol. 17, June, 1973, pp.271-295.
11. Parvin, M. and Bruce Andrews: "Violence From Above: The Political Economy of Authority". Northeast Peace Science Review, Vol. 1, 1978.
12. Parvin, M. and Peter Frank: "Causative Analysis of the Forms of Crime: A Socio-economic Approach". International Journal of Group Tensions, Vol. 5, March/June 1975.
13. Parvin, M. and M. Hiç: "Agricultural Reform vs. Land Reform Turkish Miracle or Catastrophe Delayed" (Submitted for publication)
14. Parvin, M. and Gus Grammas: "Capacity, Energy and Environment Planning in Less Developing Countries". John Wiley and Sons. (Forthcoming).
15. Stirling, Paul: "Cause, Knowledge and Change: Turkish Village Revisited"; in Aspects of Modern Turkey, op. cit., pp. 75-91.

Newspapers:

New York Times
 Washington Post
 Economist
 New Statesman

MAJOR ISSUES OF TURKISH POLITICAL PARTIES UNDER THE LIGHT OF STRUCTURAL CHANGES

by Nermin Abadan-Unat

The crisis of Turkish democracy has increasingly become a current topic of discussion - both on the domestic and international scene. As a rule, crisis situations in democratic settings are occurring when the economic and social structural changes are not translated into effective, operational political solutions. With other words political crisis becomes unsolvable, when there is an unwillingness to built links between the prevailing political "malaise" and the ongoing socio-economic changes in society. The purpose of this paper is to attempt to outline the major factors related to this very problem in Turkey.

I.

Turkey is one of the fastest changing societies in the world. It is an untypical developing society. Having achieved to pass the peak of many criterias of development, it has so far not been able to complete a smooth transition from a purely agrarian society into an organically organized industrial society. The plurality of its manifolded problems can be summarized as follows: Acute population explosion, continuous internal and external migration, extraordinary high un- and underemployment, unbalanced income distribution, concentration of capital, decline of worker's economic participation, bottleneck in foreign trade, inability of the economy to find new outlets, increase of import versus decrease of export, acute energy shortage, slowing down of existing industries, acceleration of brain drain, increasing deficit within state economic enterprises, growth of inflation rate, inadequacy of financial institutions to encourage savings and to channel these savings in job creating investments,

increase of illegal economic activities, enlargement of "underground" sector (smuggling, bribery, ransom taking), spreading of gecekondu's (bidonvilles), increase of illegal constructions, increase of new forms of external migration (asyl requests), slow death of local administration particularly municipalities of large cities, replacement of street fights and open violence over political options taken through the voting booth. Among these various factors, three merit particular attention:

1. The changing nature of Turkey's rural regions.
2. Consequences of urbanization and internal and external migration.
3. Structural changes within Turkey's economic sectors.

1. - Within the last 30 years, Turkey has been transformed from a typical agrarian into a fast urbanized society. While in 1950 out of 20.9 million people 17 million (81.6%) were living in villages, this ratio has been reduced in 1975 to 23.4 million (58.2%). The prediction for 1987 is as follows: 62% of the population will reside in urban, 38% in rural areas.

Not only has there been a shift from rural to urban areas, but during this period the structure of rural areas has also been changed. Rural settlements with an average of 250 people declined from 11% to 3%, a similar decline has been registered in settlements of 500 people, namely from 24% to 11% and with a population of 1000, from 24% to 17%. Parallel to this change the ratio of villages located in mountainous, forest areas has also declined, namely from 80% in 1945 to 55% in 1960. Significantly there has been a growth in villages with a population of 5.000, namely from 6% to 16%. This means at the same time that rural settlements over a population of 2.000 are entitled to

establish a municipal organisation. So much said, it still has to be noted that Turkey has to take care of 35.724 villages. The difficulty of coping with the provision of adequate public services is self-explanatory.

Furthermore the impact of mechanization in farming has also led to significant changes in the use of land. There has been a 81% increase of creating fields, 124% in establishing vineyards, 137% in setting up or preserving olive groves, 38% in tending orchards against a 36% decline in use of grazing land or meadows. The increase in tractors is similarly dramatic. While there were only 16.585 tractors in 1950, this figure raised to 281.802 in 1976. However, mechanization of agriculture not only served to increase agricultural output, but caused also an important amount of soil erosion and unemployment. Sharecroppers and landless peasants were forced to leave their villages, land dispute increased - 53% between members of the same village versus 9% between the village and government -, forest fires grew significantly, some crops were totally neglected due to a predominantly female population structure in some areas with high external migration. Agriculture's share in the national income distribution also declined, it was 44.3% in 1960, 30.4% in 1970. On the other side speeded up electrification and the appearance of transistors opened the horizons of rural areas, TV made in many regions its appearance.

De-peasantization on one side, modernization of peasants working for cash-cropping on the other side, induced significant change in the mentality of the rural voters, especially in terms of government subsidies and minimum price levels. Even so Turkey still remains among the group of middle range income (around 1.000 dollars per capita) the country with the highest ratio of population engaged in agrarian activity, 62% versus 30-42%.

2. - Turkey has not only to cope with the problem of excessive population growth and interrupted internal migration, but also to find urgent solutions for its fast urbanization rate. The pushpull factors which induced the flight from rural areas date back to the end of World War II; this process found an outlet during 1960-1975 in form of external migration. At present the outward immigration is confined to a limited degree toward some Middle Eastern countries and Australia, however, the attraction of Turkey's three metropolitan areas continues. The rate of Turkey's urbanization shows the following trend:

<u>Years</u>	<u>Average</u>	<u>Town</u> ⁺	<u>City</u> ⁺⁺
1927-35	2.1	2.9	3.2
1945-50	2.2	2.6	5.0
1960-65	2.5	6.7	8.0
1970-75	2.5	5.0	5.9

⁺ Cities over 10.000

⁺⁺ Cities over 100.000

The fast urbanization rate caused a concentration in metropolitan areas. In 1975, 23% of Turkey's urban population was living in Istanbul, 38% were settled in Istanbul, Ankara and Izmir. Due to inadequate policies of city planning, the process of building shantytowns (gecekondus) has not come to an end, it is as of today the highest in the world: 55% of Istanbul, 60% of Ankara and 65% of Izmir's population is living in gecekondu.

The population structure of these gecekondu is also revealing. While the unionized, organized industrial workers are capable to obtain housebuilding credit through low cost social housing schemes, the various groups belonging to the marginal sector

(street vendors, uninsured part-time workers, newly migrated peasants) are compelled to erect their houses under illicit conditions. Urbanization being not the product of industrialization but rather of speedy depeasantization, the second generation gecekondu people have the tendency to espouse radical extreme political views.

3. - Industrialization causes normally a decline in agricultural activities. In Turkey this process took a different course.

Structural changes in employment

Turkey 1960	Middle range income countries	Turkey 1977	Middle range income countries
Percentage of active population (15 - 64)			
55	55	54	55
From the employed in agriculture			
78	59	62	46
Industry			
10	17	14	22
Services			
12	24	24	32

Middle range countries have a yearly income of 300 - 3000 ₺. These figures clearly indicate that the growth in industry remained very slow in comparison to the services, where the fastest increase has been with 9% in governmental services.

Another significant factor is the fact, that there are almost as many industrial workers abroad than in Turkey itself. The

official figures for Federal Germany in regard to Turks with their dependents is about 1.6 million in 1979. The estimate of Turks living in Western Europe is about 2 million, another 100.000 are situated predominatly in Lybia, Saudi Arabia and the Gulf area. Both Turkish workers abroad and at home are highly unionized. The proportion of trade union affiliation at home represents roughly 3/4 of the industrial workers, an unusual high figure. Another important feature to look at is the growing interaction on political level of workers associations abroad and political parties at home. Extremist activities are openly supported by these associations and financed as well.

II.

Confronted with such a rich arsenal of urgent socio-economic problems two major questions have to be answered. First, what are the dominant features of the present party system? Secondly, are the parties both in terms of leadership and program prepared to face the problems outlined above and supply new solutions to chronic political diseases?

In order to answer these questions, let us briefly ennumerate the dominant features of the present party system.

1. - THE LEGACY OF THE PAST

Turkey's first political parties emerged quite suddenly. They were the products of anti-despotic, conspiratory, illegal, revolutionary, secret associations. Without any parliamentary experience of commitment to democratic values, they emerged from within the bureaucratic elite group of the system. Both during the Young Turk era (1908-1918) and through the authoritarian one party years (1923-46), party politics was monopolized by an "official" party of the ruling elites. In

addition, suffrage restrictions, frequent coercion of the incipient opposition parties and the absence of political participation.

Especially two aspects of this tradition, namely the orientation of party elites toward political conflict and the elitist style of the official parties have also had adverse consequences on the contemporary party system. Extreme antagonism between government and opposition was a dominant feature of political life during the Young Turk era. Politics took the form of strongly personalized individual feud. This approach to politics seems to persist both after the transition to multiparty system in form of the bitter struggle between İnönü and Bayar and at present between Demirel and Ecevit. Thus government-opposition relations rapidly acquired the characteristics of a zero sum game. Furthermore the elitist aspect of the Turkish party tradition especially in times of acute crisis, still includes within the various ways of solving the conflict, one kind of military intervention. In this respect Turkey's political culture still bears some basis features of a closed society.

2. - INTRA-ELITE CONFLICT VERSUS SOCIAL DIFFERENTIATION

Turkey's democratization process differs also from another view-point, markedly the Western European experience. In Turkey the intra-elite conflicts played a decisive role in the beginning of democratization. The masses entered politics without a relatively high level of social differentiation and class-based polarization. Thus the major impetus for the growth of opposition party activities in Turkey came from factional conflicts within the incumbent political elites. These intra-elite cleavages in the ruling RPP group were essentially based on personal rivalries and conflicting political ambitions.

Once government-opposition divisions were structured around the RPP and the DP, politicization spread rapidly from the center sought to establish links with local groups on the periphery to mobilize support, the inhabitants of small provincial towns and villages also began to search for means of forming organizational ties with the political forces of the center. This reciprocal move from the periphery was prompted by the rivalry for status and power between factional alliances and clientele networks led by influential notables. In spite of Turkey's extraordinary fast rate of urbanization and high percentage of external migration, steady growth of trade-unionism, the most important societal cleavage still appears to be the center-periphery or elite-mass cleavage. This cleavage has remained a highly salient issue of inter-party competition and is the major cause for the ongoing impact of machine politics. This observation requires a closer assessment of political patronage in Turkey.

3. - PATRON-CLIENT RELATIONSHIP VERSUS PARTY DIRECTED PATRONAGE

The understanding of the Turkish political scenery definitely requires the introduction of historical and anthropological criterias. Due to the narrow inter-elite competition, significant portions of the political process have remained in semi-darkness. They become visible once the problem of political participants is dealt within the framework of developmental level. Interest articulation and mobilization in Turkey, especially in the Eastern regions has been carried out until very recently through patron-client pyramids and kinship; tribal units and religious sects also functions until the present day as patro-client networks.

Among these actors the most dwelt one has been so far the "aga", who represents the institution of landownership. In agrarian class relation, which at present has a diminishing impact in Turkey due to the fast structural change in the country side, the distinguishing characteristics of patron-client ties are as follows: Patrons are supplying clients with basic labour service, supplementary labour and goods and by promoting the patron's interest. Studies of Turkish social history have strongly emphasized the relevance of these dependency ties between agrarian elites and peasants in traditional Ottoman rural society. First local notables (ayan) exercised their economic control function and appeared to protect the peasants against a powerful state. Both during the Young Turk era and the one party period, the influence of notables was amply felt in party activities. After the transitions to competitive politics in 1946, party strategies for peasant mobilization was based largely on the recruitment of notable in party ranks, who were then entrusted with the task of providing "ready vote banks".

In many cases different party affiliations within the same family ensured that whatever party won the election, the family's honour, prestige and economic interests were protected. Hence during the initial phase of electoral competition, clientalism of the notables had important political consequences. The political reflections of this process can be seen in the electoral returns. Until 1969 there has been a steady increase in the percentage of votes received by independents: 0.8% in 1921, 2.2% in 1964, 3.1% in 1965, 5.6% in 1969. Significantly this trend has been reversed in 1973 with 2.8% and in 1977 with 2.5%. What does this reversal mean?

On first hand one may conclude, that the context within which these networks operate, have undergone considerable change. Thus "notable clientalism" has been replaced with "party

directed patronage". As case studies on local-level politics show, the political influence of the notables at present depends more on their role as party functionaries than on their control of traditional patronage resources. Thus former notables were transformed into party-affiliated brokers. Which channels led to this transformation? The gradual penetration of parties into most branches of the bureaucracy, the rising levels of public investments for rural development projects. Ruling parties have often used this power by rewarding rural communities which vote for them with new roads, electricity, waterways and various public works.

Finally the emergence of party patronage is also related to the weakening of the differential political culture of the country-side as a result of socio-economic change. In rural areas there is a growing demand for self-improvement. Such demands can only be obtained by access to governmental patronage through party affiliation. The expansion of party patronage and the increase in the number of party-affiliated brokers have given peasants and shanty-town dwellers new dimensions of bargaining power. The massive inflow of migrants into the cities since the late 1950's has led to the creation of political machines similar to the ones of the United States during the early twentieth century. An extension of this development can be witnessed in the links between business circles, worker's associations outside of Turkey and Turkish political parties.

At present manifestations of clientalistic behaviour - social networks of personal followings, factionalism, favouritism - can be observed at many different levels of Turkish society, including both formal organizations such as the governmental bureaucracy, trade-union federations, chambers of commerce and industry, professional associations and other informal social groups. Establishing proper connections with the right

people, therefore, assumes priority in all types of social interactions. Analysing the change of political patronage during the last three decades, it appears that both the former DP and its successor the JP took maximum advantage of their control over governmental sources to distribute it among the peasants and the urban poor. The RPP continued to rely on traditional notable clientelism until the late 1960's. Following the change in the party leadership and the adoption of a new program, the RPP started to recruit politically skillful brokers to attempt to form party affiliated peasant unions and agricultural cooperatives as well as to establish close links with secondary associations such as trade unions. After 1974 the RPP heavily relied on granting substantial price increases for agricultural products, thus played the game of politics in a peasant clientelist society. In urban areas the RPP interpreted voting behaviour in terms of class affiliation and the relevance of party programs.

Yet the emergence of horizontal class or group loyalties in present day Turkey cannot be taken as an indication that vertical political relationships and or party patronage are losing their saliency. On the contrary, two important new trends seem to be still influential: especially in Eastern Anatolia vertical hierarchies maintain their significance and a combination of policy oriented appeals with patronage distribution is likely to remain a characteristic feature of Turkish electoral rural politics. In the metropolitan areas, the struggle for new forms of party directed patronage seems to take the overhand. This aspect of Turkish electoral behaviour is the least transparent one. These considerations bring us to the question: do the elections of recent years represent a "critical realignment"?

4. - "CRITICAL REALIGNMENT" OR "PERIOD OF FLUX AND TRANSITION"

One of the most debated issue of recent years has been the nature of the voter's choice since 1969. Some political analysts (E. Özbudun, F. Tachau) have supported the hypothesis, that the rapid socio-economic change that Turkish society is currently undergoing has marked the beginning of a new trend in Turkey's political participation pattern. These scholars have attributed a major significance to the results of the 1973 general and the 1975 by-elections. They stated these elections have revealed the increasing importance of socio-economic cleavages as a new basis of voter alignments. The concept of "critical realignment" used by these authors has been defined by his author, Walter Dean Burnham as follows:

"Eras of critical realignment are marked by short, sharp reorganization of the mass coalitional bases of the major parties, are often preceded by major revolts which reveal the incapacity to integrate emergent political demand, are closely associated with abnormal stress in the socio-economic system, marked by ideological polarizations and issue-distances between the major parties and have durable consequences."

Actually when one analyses Turkish electoral behaviour in the early 1970's most of the above cited features can be seen: sharp reorganization of the mass coalitional bases of the two major parties occured in the large cities, among the urban lower classes this amounted to an almost complete reversal of the pattern prevalent in the 1960's. These changes in urban political preferences were paralleled by less substantial, but still significant JP losses in the villages mostly in favor of the new parties, the DP and MSP. However, these changes actually did not produce a class-orientated voting pattern instead of mass mobilization.

Actually, the results of the 1977 general elections and the 1979 by-elections indicate that the preferences of the low income urban groups have changed again. What happened has been the termination of JP's dominant position in party competition. There has been a transition from a predominant party system to one of moderate pluralism in which the likelihood of coalition government has significantly increased. Furthermore the trend toward greater fragmentation in the party system, which partially accounted for the JP's loss of dominance in 1973, has been reversed in the 1977 parliamentary election as the two major parties made substantial gains at the expense of the minor parties. (JP 36.9% - RPP 41.4% = 78.3%). The by-elections of 1979 have not changed this trend (JP 54% - RPP 29% = 83%). Thus it seems to be more accurate to characterize the party system as going through period of "flux and transition". Consequently with the transition to moderate pluralism, processes of coalition formation, maintenance and dissolution began to assume central importance in Turkish party politics.

Fragmentation and polarization will continue to be important for the course of party competition in Turkey in coming years. The 1979 by-elections have demonstrated that the RPP's strength in the cities seems to have slight chances of expansion. This very fact forces both the RPP and JP to form coalition governments and generates within both parties ideological orientated factions, which in turn aspire to form Right of the center or Left of the center governments. The most adverse effect of this innerparty fragmentation is its paralysing effect on the functioning of the legislative, its indirect impact on auxiliary party organisations and its prevention to form consensual policies. This brings us to one of the major problems of Turkish political parties: fragmentation.

5. FRAGMENTATION IN TURKISH POLITICS

Between 1946-60 both major parties were center-orientated and operated as typical "catch-all" parties. Legal restrictions and the cross class nature of political loyalties were primarily responsible for the strength of the centripetal tendencies in the party system. Starting with the 1961 election this was no longer the case. As the parliamentary arena began to be crowded the two party format was replaced by moderate multipartism. But actually this important change occurred only after the 1973 elections. Until that date the Turkish case fell in the category of what Sartori calls "predominant party system" in which opposition parties are legitimate and compete freely in the election, but fail to come to power because the same party is consistently supported by a majority of voters. The turning point came in 1973 when the JP lost about 16% of its votes and the RPP too recorded some decline in their electoral returns.

The increase of fragmentation in the Turkish party system can be explained by a couple of factors: a) The impact of the 1960 military intervention, b) the switch to proportional representation, c) changes in the legal constitutional framework, d) changes in the social structure.

Among these factors two merit particular attention: a) The lifting of some legal restrictions in the 1961 constitution which facilitated the translation of ideological and religious/sectarian cleavages in the party system. This opening has not been legally prevented and lead to the growth of organized anti-system groups; b) Structural changes exercise important influence on political preferences such as the impact of the organized business and industrial labour sector. However, the uneven growth of interest articulation have left large sections of society outside of organized interest

groups such as peasants, civil servants. In addition fragmentation has also been affected by the increasing degree of provincialism among the rank and file of parliament members. It reinforces parochialism in terms of law proposals, political demands and inner-party faction building.

Consequently with the transition to moderate pluralism, processes of coalition formation, maintenance and dissolution began to assume central importance in Turkish party politics. Although voters are not supporting parties at the extreme left pole, there is a growing tendency of strengthening both the religious and radical nationalist right. This unbalanced growth together with an almost unbuilt factor of political instability, produces the major obstacles for a consensus on government formation, while steadily increasing ideological polarization.

Modifications within the electoral system and the process of selecting party candidates might slightly reduce the inner-party conflicts. As long as newly emerging formal or informal interest groups are not able to articulate their demands in democratic forms within the legal framework, the anti-system groups will further gain strength thus contributing to the spread of violence and terrorism. Furthermore the process of fragmentation has not only increased the number of political parties but by increasing the number of inner-party fractions, contributed to the extreme ideological polarisation of Turkey's political life.

6. - IDEOLOGICAL POLARIZATION

One important feature of Turkey's political life, moderate pluralism, did not produce as elsewhere "moderate politics". From the start moderate pluralism, which actually means the presence of 2-5 parties able to participate in govern-

ment, brought an increase in ideological distance between the Left and the Right. This ideological cleavage is related to a multiplicity of issues in interparty competition: economic (socialism versus liberalism), religious (secularism versus pro-Islamic orientation) and cultural (moderate versus aggressive nationalism). One of the major factors strengthening this tendency is the fact that legal provisions have so far maintained the ban on the formation of certain parties. Thus the difference between social democracy, socialism, and communism have been totally blurred in the course of public debates.

The existence of a special law regulating the activities of political parties and giving the judiciary important functions in case the legitimacy of the prevailing constitutional system are threatened by some political parties has not produced the effect expected of it. In spite of the prohibition to propagate anti-republican ideas, religious parties have engaged themselves in undermining this fundamental concept of Turkey's political life. In addition repressive measures against anti-system have not been equally administered. Coalition governments on the right front as well as minority governments favourising rightist ideas have solely reinforced anti-communist fervour. The consequence of the deepening intra-elite cleavage was that party elites belonging to rival ideological camps have mutually engaged themselves in a process of de-legitimation. In this respect there is a strong resemblance to the strategy used by political parties in Italy. Despite the fact that all parties proclaimed full commitment to democratic processes, their opponents attempt to prove their de facto links and solidarity with extremist groups. These accusations have been recently reinforced by leaks into the daily press. Yet, astonishingly, in spite of the relative very high electoral participation rate in November 1979, which was 74.6%, there

seems to reism a growing depoliticization. Public opinion appears as having reached a point of saturation and total disinterestment towards the inner dynamics of political life.

However, the steady flow of negative messages by rival party elites, more importantly the rhetoric concerning anti-communism and anti-fascism have encouraged intra-communal factional cleavages. Thus the ideological controversy between the two major parties tends to aggravate these societal cleavages, giving rise to a new, destabilizing configuration along a pro-Left/pro-laicist/pro-Alevi versus anti-Communist/pro-Islam/pro-Sunni division. Furthermore splits within the Right are encouraging pro-Islam/anti-republican/anti-Western elements. These developments are blocking both the functioning of parliament and are eliminating issue-related debates from the political dialogue.

CONCLUSION

Fragmentation and ideological polarization will continue to determine the character of Turkey's party system. Attempts to modify the existing electoral system and particularly the selection of candidates might slightly have an attenuating effect on inner-party fragmentation. But as long as a bi-party platform dealing with action orientated policies concerning Turkey's most urgent problems related to entrenching structural changes, is not worked out and implemented, the administrative and the judiciary apparatus not cleaned from partisan rules, the ongoing violence nurtured by extremist groups infiltrated until the lower levels of secondary schools as well as terrorist activities will not come to an end. These trends no doubt continue to have an

important effect on the destabilization of the system. The only comforting note is the strong attachment of the average citizen to democratic rules and the detached, cool attitude of the armed forces.

RADICALISM IN TURKISH DOMESTIC POLITICS

by Jacob Landau

Introduction

Radicalism - an extreme approach in ideology, action or both - is naturally never confined solely to domestic politics. In Turkey, however, the two mass parties, the Republican People's Party and the Justice Party, have generally displayed a high degree of consensus in foreign policy, notwithstanding differences in emphasis. An analysis of the electoral programs and speeches of these two parties during the 1960s and 1970s indicates surprisingly few essential differences in their approach to foreign policy more markedly than the mass parties, as have several extra parliamentary groups. Nevertheless, even these bodies have generally concentrated primarily upon domestic policies. Hence domestic affairs command most of our attention.

Although this restriction conveniently narrows the scope of our research, it does not render the task much simpler. We are hampered by the relative dearth of reliable data; even when information is available, it is often self-contradictory. Furthermore, only a minimal amount of empirical study has apparently been undertaken, especially with regard to quantitative research. In granting interviews and issuing publications, the relevant groups have naturally had to take into account their need to transmit a message, on the one hand, and to avoid legal prosecution, on the other. The results have sometimes been conducive to blurring the vision of independent observers, particularly foreigners.

Nevertheless, enough data and materials remain in order to provide some preliminary suggestions regarding the nature

of radicalism in Turkey, its main causes, strategies and tactics. Only political radicalism will be emphasized in this paper, although some attempt will be made to link it with internal matters.

THE NATURE OF TURKISH RADICALISM

In order to enable better understanding of this subject, radicalism in Turkey should be defined as broadly as possible. Differences in substance or nuance should not deter us from comprehensive approach which would allow for drawing of comparisons and hopefully of valid conclusions as well.

Following this strategy, the term "Turkish radicalism" ought to include nearly all types of organized extremism within both the political and religious spectra. It should, however, be borne in mind that these terms, borrowed from Western European politics, do not have quite the same connotations in Turkey.

In this paper, the term 'radical left' would include all political groups to the left of the Republican People's Party (which itself evidently comprises a hard-core of self-styled leftists who accept party discipline nonetheless). Since the banning of the Workers' Party of Turkey in 1971, nearly all these groups have been extra-parliamentary, including even the Unity Party of Turkey, which failed to regain even its single seat in the 1977 National Assembly elections. Most groups, even those which call themselves 'parties', are essentially tiny political bodies, generally numbering only a few hundred activists in the larger urban centers and with virtually no appeal in other parts of Turkey. The most obvious characteristic of the Turkish

left is its fragmentation among various shades of ideology - Leninism, Maoism, Trotskyism and others - with theoreticians such as Minri Belli, Mehmet Ali Aybar, Behice Boran, Doğu Perinçek and several others setting the tone and pace. As Marxism appeals particularly to intellectuals and youth, it appears that the main activists in these groups have been university students or similarly educated persons whose persistent questioning and drive have fostered additional rifts in the already splintered left.

For our purposes, the 'radical right' in Turkey may be defined as including all political groups to the right of the Justice Party (itself, of course, comprising several elements). It is usually considered monolithic, although this is an illusion due partly to the fact that it is less fragmented than the left and partly to the prominence of one particular major political organization, the Nationalist Action Party. This party, led by Alparslan Türkeş, since 1965, nearly doubled its popular vote in the 1977 general elections - from 3.4 percent to 6.4 percent - and increased its National Assembly contingent impressively from three to 16 members. Its ideology is outspokenly nationalistic, perhaps even chauvinistic, with a tendency towards populism. The right in Turkey (or elsewhere, for that matter) has never had a single ideologue enjoying the same impact that Marx did upon the left. In a sense, this is a mixed blessing: while the right has failed to attract many intellectuals (who find greater challenge in leftist ideologies), ideological splits are discouraged and their effects minimal even when they do occur. There were two such breakaways from the Nationalist Action Party in the late 1960s: one over its 'opening toward Islam' and the second because of Panturkist discontent with party policies (these two factors were probably inter-

connected). Since that time, a show of activity by Pan-turkist groups not connected with the party (and in fact opposed to it) has added another small but active dimension to the militant right. There are also signs that the militant 'Grey Wolves' or Bozkurt-s, a youth organization affiliated with the party, sometimes act independently; this is even more true of the 'Idealists' or Ulkücü-s, a much larger youth association claiming over a thousand branches throughout Turkey. The socio-economic make-up of the right is difficult to determine accurately; it appears broader in composition than that of the left, generally speaking. If parliamentary elections are any measure of a party's appeal (not to its membership alone, of course), we should indicate that, in 1977, the Nationalist Action Party obtained most of its voter support in ten provinces, primarily those of Central Anatolia, among the middle class.

Islamic involvement in politics is more complex and some might even reject its applicability ¹⁾, possibly because in Turkey it has had much less recourse to physical violence than either the left or right. However, violence is obviously not the only characteristic of radicalism; needless to say, politicized Islam may become violent, as shown by the example of the Muslim Brotherhood in Egypt and Syria, not to mention the more recent display of force by Islamic revolutionaries in Iran. In Turkey, Islamic elements are no less violent verbally than other radical organizations. Considered solely on its own merits, Islamism (by which we mean Islamic involvement in politics) in Turkey is indeed relevant to our analysis. In a manner no less vehement than those of the left and right, it has called for sweeping changes in existing conditions in Turkey, based upon extreme religious premises. The precepts of Islam

form a coherent ideology, appealing to the traditionally-minded. The Islamists, like the right, are frequently viewed as a monolithic grouping. Perhaps this is due once again to the fact that a political party has monopolized public attention, namely the National Salvation Party (a continuation of the Party for National Order, banned in 1971), led by Necmettin Erbakan. It proposes setting up a theocracy in Turkey, although it is careful not to phrase this goal too explicitly. This is combined with a socio-economic message, based upon Islam but comprising modern elements as well - a calculated response to the left. Various groups within and without the party, such as the Murcu-s and others, threaten its cohesiveness; these may indeed be largely responsible for the party's losing half of its 48 National Assembly seats in the 1977 general elections. Even so, again judging by electoral results, the party seems to enjoy the support of many religiously orthodox and traditionally-minded people among the lower middle classes.

Thus, the left, right and Islamists all aim at total change in the status quo which is essentially supported by Turkey's two mass parties. They differ, however, in the alternatives proposed: a socialist Turkey, a great and powerful state, or a traditional Islamic society, respectively.

MAIN CAUSES OF RADICALISM

The increasing radicalization of domestic policies in Turkey, as in other countries, is influenced by several factors; with the advantage of hindsight, we note that this radicalism has been going on for some time.

Firstly, Kemalism had failed to solve many of Turkey's social and economic problems. Perhaps the Kemalists simply could not do so during the Republic's early years, considering Turkey's special circumstances, the immensity of the challenges it faced and the short time available for their resolution. These problems were further aggravated during the years of the Depression and the Second World War and were subsequently compounded by an increasing gap in Turkey's balance-of-trade and the rapid pace of inflation, not to mention a fuel shortage, population explosion, growing unemployment and the strains imposed upon numerous rural families who have migrated to the cities and live in shanty towns.

Secondly, the dramatic spread of mass communication has transmitted the message that there exist better social, economic and other conditions, which ought to be within one's reach in Turkey as well. Nearly everyone owns a transistor radio, even those living in remote parts of the country; battery-powered receivers provide an inexpensive solution for areas which do not yet have their own electrical power installations. Television sets abound as well. The press has a growing impact, as do pamphlets and books, mostly paperbacks, which retail everywhere at low prices. Now that literacy has reached about 60 percent, even larger sectors of the population may sample the written word and better evaluate the spoken one. This is particularly true of secondary school students and graduates, only one-fifth of whom are accepted to the universities (due to lack of space). Thus there is a sizable university-enrolled intelligentsia and an even larger one frustrated at having been rejected - adding yet another dimension to resentment born out of the 'generation gap', as common in Turkey as it is elsewhere.

Thirdly, the inauguration of the multi-party era in 1946 was accompanied by increasing politicization. Not unexpectedly, competitive politics have been distinguished, on the one hand, by acrimonious disparagement of rivals and, on the other, by lavish promises of a better future. The orderly change of government in 1950 indicated that change was essentially possible, while the violent overthrow of yet another government in 1960 showed that more extreme methods of change were available as well. Since 1961, relative liberalization of press censorship has afforded the opportunity for varied political and socio-economic propaganda campaigns. A survey of the political literature of the 1960s indicates just how extreme verbal violence can be ²⁾. Political and socio-economic propaganda became increasingly radicalized as the number of the discontented - potential or actual - grew and increasingly despaired of getting into parliament (in effective numbers or at all). In the late 1960s, several of these decided to alter the rules of the political game by adopting extra-parliamentary measures, soon to be expressed in physical violence - a direct sequel to the verbal violence which preached the use of force. This was first practised by tiny fringe groups of the radical left, possibly under the impact of the 'student revolt' in the United States and Western Europe, although violence was no less integral a component of their own ideological outlook. The response of the right, also ideologically-based, has again displayed the ancient truth that violence breeds more violence. Hence the 1970s in Turkey have been characterized by extreme and violent radicalism, which now appears to be continuing into the 1980s.

Turkish radicals are engaged in two simultaneous struggles: one against the Establishment, represented by the two mass parties and other elements identified with the status quo and the other against opposing radical groups. The latter battle is far more bitter and frequently passes from verbal to physical violence. However, in-fighting among Turkish leftists, rightists and Islamists is not precisely tripartite in nature: the left opposes both the right and the Islamists, although it fights the former virtually exclusively, as it considers them more immediately dangerous. The right responds in kind, for parallel reasons. Although the Islamists hate the left cordially, they appear (at least for the time being) to be content with verbal, rather than physical attacks. The lack of apparent cooperation between the right and the Islamists is probably attributable to inter-group competition and personal rivalries between their respective leaders, Türkeş and Erbakan. This in-fighting also takes place on two different but not unrelated levels, with what appear to be clearly-delineated tactics. Each of the three radical fronts informally comprises one institutionalized party and varying numbers of smaller organizations. For the radical left, the former category was represented first by the Workers' Party of Turkey, then by the Unity Party of Turkey; for the radical right - the Nationalist Action Party; and among radical Islamists - the Party for National Order and subsequently the National Salvation Party. These parties all struggle primarily for a change in the Establishment, usually following the rules of parliamentary democracy and indulging mostly in spoken and written verbal violence. Of the various smaller groups, some of those on the left call themselves 'guerrillas'; on the right, there are the Bozkurt-s; and among Islamists, Nurcu-s and similar groups. 'Guerrillas' and Bozkurt-s

persist in battling with their immediate radical rivals and are always prepared to resort to physical violence, which apparently transcends the above-mentioned distinction between the two levels of in-fighting, as evidenced in the May 1980 assassination of Gün Sazak, Deputy Secretary-General of the Nationalist Action Party, or the July 1980 assassination of Kemal Türkler, a leader of the extreme left trade union federation, DISK. How will matters develop if and when the Murcu-s or kindred groups join the fray? After all, not unexpectedly, youth are prominent among both 'guerrillas' and Bozkurt activists. A recent quantitative study of attitudes of youth (chiefly students) in Ankara suggests that even the Islam-minded youths, no less than others of their generation, consider themselves to be discontented and eager for change ³⁾.

CONCLUSION

While closer investigation would undoubtedly shed even more light upon Turkish radicalism, past and present, one conclusion appears certain at this point: radicalism has increased continuously in both scope and extent. In the late 1960s, violence was usually inspired by leftist groups, with the right generally responding in kind. We cannot be at all sure how this see-saw of violence and reaction has operated during the 1970s, nor can we be certain that the Islamists will not join in - particularly against the left - if the latter becomes too powerful for their liking. Government policies during the 1970s have had little lasting success in containing verbal violence and have been even less effective at checking physical violence. The police apparently cannot control active radicalism; the military is capable of doing so, but they appear unwilling to intervene and become too involved in politics. What is particularly

dismaying for admirers of Turkey and its people - those who believe that its stability is essential for the well being of the area and of the entire world - is the feeling that Turkish radicalism, increasingly expressed in terrorist activities ⁴⁾, is visibly sliding into anarchy ⁵⁾.

NOTES

- 1) In Turkey itself, analysts would generally tend to limit radicalism solely to the left and right. See, e.g., İsmet Bilgin, 'Türkiyede sağ ve sol akımlar ve tatbikatı' N.p.: 1969. Metin Toker, Solda ve sağda vuruşanlar, Ankara: 1971.
- 2) For some examples, cf. David Barchard, 'The intellectual background to radical protest in Turkey in the 1960s' in: W.M. Hale, ed., Aspects of Modern Turkey, London and New York: 1976, pp. 21-37. Jacob J. Landau, Radical Politics in Modern Turkey, Leiden: 1974, chapters 2, 4-6.
- 3) Two hundred and fifty youths were interviewed during 1970-73 and the results incorporated into Sabine Dirk's 'Islam et jeunesse en Turquie d'aujourd'hui', Ph.D. thesis, University of Paris V: 1975 (published Paris: 1977).
- 4) The latest analysis of this increase in violence is Doğu Ergil's 'Türkiye'de terör ve şiddet', Ankara: 1980.
- 5) For an evaluation of this process, see Udo Steinbach, 'Die Türkei im Umbruch', Orient (Hamburg), XX (2): June 1979, pp. 42-63.

THE MILITARY AND ITS RELATION TO THE STATE AND DEMOCRACY
by Kemal H. Karpat

In this short and general statement about the relationships between the military and the Turkish political system and the possible future attitude of the military towards democracy I shall deal only with three points which I consider to be of immediate relevance and importance.

I.

The first fundamental point is the military's continuous historical association with, and its self-defined role as the guardian of, the State. The claim of guardianship, which has profound implications for the political regime of Turkey, is deeply rooted in the history of the Ottoman state, the reform movement, the establishment of the Republic, and even the multi-party system. The military as a whole is the only major institution in Turkey to be able to claim an uninterrupted historical existence throughout centuries, despite as variety of changes in internal organization, functional differentiation, professionalization, and specialization.

The emergence of a civil bureaucracy, which had its beginnings late in the eighteenth century in some of the obscure offices in the Palace such as the scribal service which performed originally chancery duties for the imperial Divan and eventually became the bureaucratic foundation on which the Grand Vizirs or Sadrazams built their power in the nineteenth century, did not undermine substantially the military's claim to be the guardians, if not the essence, of the State. To call the military "a state within a state" is misleading because it implies the existence of a cleavage between the military and other government institutions. Probably the

best way to explain the military's position is to view the state as a structure in which certain key governmental decisions affecting the fate of the country are taken not only in consultation but actually with the consensus of the military, and certain vital state institutions are staffed or controlled by the military. Thus, questions of peace or war (such as the intervention in Cyprus in 1964) and basic alliances with foreign nations cannot be concluded without the military's consent, although outwardly the Parliament or other elected officials may appear to make the formal decision (that is, legitimize the decision) and the day to day work and contacts in these fields may be carried out by civilian bodies. The President of the Republic, with the exception of a relatively short period in 1950-1960, has been elected from among the high ranking members of the military. The intelligence service are staffed and supervised chiefly by the military, many ex-officers occupy ambassadorial positions, etc..

The current identification of the military with the State and the special meaning attributed to the State cannot be explained fully without reference, however succinct, to their Islamic and Ottoman origin of these institutions. The State in Islam came into existence together with the Islamic society itself; therefore, state and society, that is the religious-political bodies and the civic community, theoretically speaking remained fused into a monolithic whole, despite the fact that in practice differences between these bodies were observed. The early Islamic state emphasized the religious functions and the role of the religious elements in the state as symbolized by the supreme authority invested in the Caliph. (It is interesting to note in this respect that much of Khomeini's fundamentalist writings deal with the revival of the old arrangement under which the Imam would acquire a dominant position).

The rise of the Sultanate in the Ottoman era had the effect, on the other hand, of consolidating the power of the secular administrative offices and personnel^a and turning the state into a well-organized, bureaucratic-political institution charged both with the defense of the community and the propagation of the faith. The state, thus reorganized came to embody not only the administrative offices and the community of the believers but also the main values and symbols created by the new military-religious-civic entity that came to the Islamic state. The existence of the state became synonymous with the existence of the society, its property and its spiritual values. The military appeared as the chief body charged with the defense of this establishment and the seyfiye (the military administrative class) appeared at the top of the social hierarchy.

The picture described above, seen in the framework of Western social stratification, may induce the reader to believe that the Ottoman society was run and dominated by a military elite who regarded themselves first as military-men and then as administrators. I would say that the opposite was true. In appearance as in fact, the military-administrative establishment, following a trend that emerged at the end of the tenth century A.D., rose to the top of the social hierarchy. But this was achieved without undermining the monolithic concept of state and society welded together by Islamic concepts. After all, the sultan was first and above everything else the defender of the community and its faith. The military's place and role in this monolithic structure was prescribed by the religious law (although one may debate whether the law had been in fact violated by the new power structure). At any rate, the early Ottoman military-administrative establishment viewed its role and position as consistent with the basic Islamic view of society and government.

This view underwent substantial change in the nineteenth and, especially, the twentieth century after the reform movements reshaped the relation between the military and the political system. Ultimately, the military emerged in the twentieth century not only as innovators but also as the leading group in the creation of a new secular state in which territorial integrity and other national goals acquired priority over the goal of preservation of the faith and the unity of the community of believers. Yet, in a way this has been achieved without affecting the military's identification with the State and the society, despite changes in the meaning of both these terms. In fact one may say that the military's identification with the State and its goals has been strengthened in the last 60-70 years. This leads us to the second point.

II.

The second point to be considered in this discussion of the basic attitudes of the military towards the political establishment is the reform movement and its effect. The reforms of the nineteenth and twentieth centuries created profound crises of identity and values in every segment of the society, except the military. Obviously, the military as individuals are bound to share and to reflect the crises of their society. However, as an establishment, the army apparently weathered rather successfully the divisive, dichotomous effect of the reforms chiefly because the military reforms were of the instrumental type, that is, they were viewed as serving certain specific practical purposes rather than as challenging the society's philosophy, value system, and the self-image as happened in the civilian sector. One must remember that the reforms in the Ottoman state were introduced first into the military establishment early in the eighteenth century. During the nineteenth century, the military was professionalized and the establishment revamped to such a degree as to

leave intact little of the old organization. Indeed, one may say that there is no other institution in Turkey which underwent so early and so profound as the military; yet it managed to preserve its sense of historical continuity and collective identity and to reshape its philosophy and professional values to harmonize with the new political and social conditions. The conflicts between the apologists of the "new" and the defenders of the "old" that beset the Ottoman society and the Republic seemed to have been absent, or at least very well contained, among the military.

The explanation offered, an easy one to be sure, is that the military was generally open to innovation and technology, the profession forcing adoption of a positive attitude towards science and technology. Such an explanation of course ignores the fact that innovation and change do not automatically create conflicts and lasting divisions. As long as innovations and changes are compatible with actual needs, the organization and values of a given institution or society, they are likely to be accepted sooner or later. The instrumental nature of the reforms in the military establishment and the subordination of these reforms to the military's established traditions and values as well as indoctrination, prevented the disturbance caused by the reforms from having any long-range decisive effect.

The civil bureaucracy, on the other hand, originated in some insignificant peripheral state office and was created in order to perform services necessitated by the economic and political dependency developing between the Ottoman State and the capitalist-industrial world chiefly in the second half of the nineteenth century. It had no ancient traditions and values to give a sense of continuity and stability in the midst of change.

The gradual acceptance of the territorial concept of state followed by the introduction of general conscription in 1855, are important factors which buttress the old monolith idea of state-society with a tangible foundation but also with a populist, and one may say ultimately democratic philosophy. Indeed, the creation of an army recruited from the population at large, and the broadening of the social basis of the officer's corps, have helped reinforce further the military's identification with the society at large and opened the way to a new pattern of communication between the army and the civilians. Yet, both the Ottoman modern army and the officers corps in the Republic have been composed almost exclusively of Muslims, due to a variety of economic and political factors too complex to be dealt herewith. Consequently, a substantial part of the civilian society has come to regard the army as a relatively impartial defender of the state symbolically, at least, and has displayed deference and respect towards it to a degree hardly accorded the political parties or even to the Parliament.

Needless to say, the Ottoman political tradition, the dissemination of new values, cultural mobilization, the exaltation of martial virtues, as well as concrete factors have played their part in creating this special cultural relationship between the army and the civilian society or at least some sectors of it. For example, a large number of young immigrants arriving in the Ottoman state in the second half of the nineteenth century were drafted into the army, while some of their chiefs (e.g., the Circassian tribal chieftains) were given officer rank; thus their allegiance and loyalty to the state were consolidated and their assimilation into society facilitated.

The army's identification with the State was fully consolidated in the Republic. The War of Liberation and the esta-

blishment of the Republic in 1919-22, were the consequence of a broad, populist, national, anti-imperialistic movement. Yet, the military, led by Atatürk played the crucial, leading role in the War and its aftermath. After 1923 the military came to identify itself with the Republican state and with Atatürk's reforms to an unparalleled degree. Atatürk became the symbol of the new state as well as the living testimony of the military's role and position in the creation and maintenance of the first modern Turkish national state.

In sum, one can say that because of certain historical circumstances in the nineteenth and twentieth century intimately connected with the ultimate rise of the Republic, the military establishment was able to undergo major internal change without disruption to its sense of historical continuity, philosophy, and established values. There is no question that some of the military values and philosophy have come under attack from time to time, but such attacks have been couched in euphemisms or have been directed against persons rather than against the institution as a whole. For example, the late Falih Rifki Atay at one point criticized Marshal Fvzi Cakmak's obsolete military philosophy, not because it was outdated but chiefly because it prevented the modernization of the army. The identification of the military with the State and its view that its main duty is to defend the State against threats from outside and inside has been enshrined in its basic by-laws.

I have stressed the historical and cultural roots of the military's identification with the State in order to explain the army's attitude towards the current political system. The military's special ties with the State, its sense of historical continuity, its easy acceptance of change, innovation and technology, and its special role in

the creation of the Republic have given it sufficient arguments to justify its intervention in politics. These interventions have followed a special course of their own conditioned by army's own background. This may be illustrated by concrete examples.

The decision to allow the establishment of opposition parties, and eventually to establish a multiparty system, was taken by Ismet Inonu in 1945-46. It is doubtful whether any other person, given his military and political background, could have taken that crucial decision. Inonu took this historical decision after consulting with the army officers and after assuring them, first, that the party system would pose no threat to Atatürk's reforms and, second, that the army would continue to be the custodian of the state and of the new democratic order to be instituted. In other words, Inonu adhered to unwritten law, upholding the army's traditional position within the state while intrusting it with the maintenance of the new order. On the other hand, the potential danger of army's interference in daily politics was theoretically forestalled by emphasizing that this was Atatürk's legacy and had become a well-established tradition in the Republic.

The arrangement did not provide for a permanent solution to all the problems likely to arise when political developments threatened, or appeared to threaten, to some of the key principles of the Republic, and it was put to the test following the Democratic Party victory in the election of 1950; four generals interpreted this victory as likely to undermine Atatürk's legacy, chiefly secularism, and offered their services to Inonu to prevent the Democrats from assuming power. Inonu refused to follow their suggestion.

The army's identification with the State and its role as custodian of the regime were factors which prevented the military from giving open support to a specific political party, although their sympathies rested, until recently, with the Republican party. The army's declared position towards the political parties was impartiality. It intervened and ousted the incumbent Democratic Party government in 1960, after the latter tried to use the military units to subdue and dominate and possibly liquidate the Republican Party. A group of young officers objected to this effort and used it as a pretext for taking action. The officers justified their intervention necessary to defend and preserve democracy; they pointed out also that the party struggle threatened the very existence of the State and that the army had a duty as stipulated in its by-laws (art. 21) to act to assure the survival of the State. The military intervention of March 12, 1971, was justified as an action undertaken to preserve the State and its order against the left and to carry out reforms chiefly in the social and economic fields. In the last two years the military have issued various appeals urging the two major political parties to cooperate against terrorism in order to assure the security of the State.

I have presented in the two preceding sections certain general views without engaging in extensive analyses or subtle qualification. A few points nevertheless must be mentioned before I tackle the third point and concluding of my discussion. There is no question that the military's definition of "State" embodies not only the territory, but also the social, economic, and political order of the Republic. One does not speak of a State without taking account of its regime. The military envisage the regime of the Turkish state as being Kemalist, republican, secular and basically nationalist (although the latter concept may be

subject to some elaboration). They would not accept another type of regime. There have been persistent reports about the existence in the army of some officers with radical social views, especially among the lower ranks and the non-commissioned personnel. The reserve officers' corps in particular seems to be divided into a variety of groups with strongly divergent political opinions reflecting the ideologies prevailing among the intelligentsia. However, since the service term of these officers is limited to about two years and they hold only low positions without decision-making powers, their influence in the military establishment is insignificant.

The commissioned officers, on the other hand, despite various rumors to the contrary, seem depoliticized for the time being at least, due to a variety of professional reasons, including particularly the problems attendant upon the maintenance of military presence in Cyprus, as well as to the negative public reaction to the intervention of 1960 and the uncompleted intervention of 1971. (There are of course differences of opinion and attitudes among the three branches of the armed forces which cannot be discussed in this paper).

III.

The fundamental problem facing the military, as well as the Turkish society as a whole, derives essentially from the conflicts engendered by the rise of a pluralistic social, economic, and political order and the new set of relations this order necessitated between the military and the civilians. The military interventions of 1960 and 1971 are related directly to the political recognition accorded to the pluralistic structure of the Turkish society. The establishment of the multi-party system has entailed not only a realignment of forces but also a drastic shift in values and differential behavior. The major issue was whether the

civilians or the military would have priority in the making of key decisions concerning all the state affairs in Turkey, including the elections of the President. The election in 1950 of Celal Bayar, a civilian, as president, the attacks, direct and veiled, by the Democratic Party deputies on the army (the parliamentary debate over an officer's right to have an orderly is an excellent example of such an attack), the loss of prestige by the military profession (and other bureaucrats) due chiefly to inflation, and many other developments of this kind were the result of the reshaping of the traditional military-civilian relations. The priority issue smoldered, breaking out occasionally in various small, political fires, during the period 1950-1960, with the balance tipped slightly in favor of the civilian viewpoint.

In the following twenty years the issue remained dormant because of a variety of internal and international events and, particularly, because the military's position and interests were well respected after 1960. The Republican Party acquired considerable power after 1960 and played a crucial role in the government, partly as a result of the military's moral support, and this had considerable effect on military-civilian relations. There were good relations between the Republican Party and the military not only because the military placed high trust in the Republicans as "Atatürk's party" but also because circumstances in 1960 forced a special modus-vivendi (one may even say alliance) upon the military commander and the Republican Party leader Inonu. One must, in this respect, mention that the decision to allow elections and the return to civilian rule late in 1960 was taken only after some officers in the ruling junta were ousted and sent abroad. The "fourteen", representing a younger group headed by Col. Alparslan Türkeş, the current leader of the Nationalist

Action Party, advocated the abolition of all political parties, including the Republican Party (Turkes was a bitter critic of Inonu) and the installation of a strong nationalist-reformist government.

The Republican Party, which formed the government after the elections of 1961, was able to contain several planned military coups in 1962-64, thanks to the alliance between Inonu and the military commanders. In effect, the old power hierarchy which had ruled Turkey in the period from 1923-1950 was restored albeit in a changed form, after 1960 under the Republican Party leadership. This cost the party millions of votes.

The attitude of the Justice Party and their governments towards the military has shown considerable variation. Aware of the deep animosity of the military towards its predecessor, the Democratic Party and, especially, its leaders, the Justice Party has adopted a very conciliatory attitude towards the army. Justice Party governments have tried to provide the military with economic benefits and have scrupulously refrained from criticizing or downgrading them. Nevertheless, when faced with ambitious officers seeking power and position, it has tried to retain its freedom of action. For example, in 1970, in a rare agreement with the Republican Party, it rejected the candidacy of Faruk Gurler (the general behind the intervention of 1971) and elected Fahri Koruturk as President, a relatively non-political ex-admiral. Today the election of the President has become once more a very dangerous type of war between the Republican and Justice Parties.

Relations between the military and the political parties, especially the Republican Party, have undergone a subtle change in the last five years. The shift has been caused

by what many consider to be Bulent Ecevit's increasingly doctrinaire posture and his flirtatious with the ideas of radical left. It is the view that he does this largely in order to retain leadership of the Turkish Left and to satisfy the demands of a small but soci-ferous group within the party. Ecevit was very critical-speaking almost insultingly-of the military intervention in 1971, despite the fact that an old party member and one time close associate of Inonu, the late Nihat Erim (murdered recently by terrorists), became the Prime Minister (but not before resigning from the party).

Ecevit is in favor of a civilian political order in every way. But his concepts of social-democracy, which are seen as drifting forward marxism, have caused considerable suspicion about his true ideological leanings among both the military and a substantial part of society. He has resorted increasingly to the rhetoric of class warfare in an appeal to the low income groups also to the Shiite Muslim minority. His popularity was badly damaged by his poor administrative record while he was in office in 1978-79. In addition, in its drift towards social democracy, the Republican Party after 1965 has been compelled to deemphasize some of the original principles inherited from Ataturk and the reform.

In fact, the Republican Party has abandoned altogether the concept of nationalism which was the ideological keystone of the original party. Bulent Ecevit has consistently refrained from using the term 'Turk milleti' (Turkish nation) which was the rallying cry employed in Ataturk's speeches; he instead prefers the term 'Turkiye halki' (the people of Turkey) which is close to that used by marxists (they actually use the term 'Turkiye halklari' (peoples of Turkey) in recognition of the multi-ethnic structure of the

Turkish society, and as an implicit acceptance of Kurdish claims. Finally, the friendly relations between the Republican Party and the National Salvation Party, especially its leader E.N. Erbakan, was considered by some military as a betrayal of secularism, which still seems to enjoy great popularity among officers.

The military have responded to their estrangement from the Republican Party by identifying themselves more closely with their profession and by emphasizing their independence. For example, it was reported in August 1979 (the traditional date for announcing promotions) that Bulent Ecevit hoped to bring to the command of the armed forces officers supporting the Republican Party or those agreeing with his own ideology. However, the Askeri Sura (Military Council), which issues the chief recommendations for promotion and appointment, chose military leaders known as neutrals, causing thus considerable relief that the army has not yet been politicized and divided, as has happened with practically all other government institutions. Meanwhile, the old animosities and suspicions between the military and the Justice Party seem to have lessened. Some observers claim in fact that the attitude of some leading officers has shifted to the right, and that the number of nationalist sympathizers in the army has increased. There are views claiming also the opposite.

In any event, it is quite clear that the army's future political stand will be determined by the outcome of the current political strife in Turkey. The military are bound to intervene if the present situation, born of administrative deficiencies and partisanship is allowed to continue. If there is going to be an intervention, however, this intervention will occur in a form different from interventions of the past. Possibly the military will ally itself

with a political party. Army interventions in the past have ultimately broadened and consolidated the parliamentary system. This time, an intervention may actually suspend, if not abolish, the system and thus begin a new phase of military-civilian relations in Turkey. However, intervention is presently opposed by army commanders and a substantial part of the officers and cannot take place until all means to deal with the present political chaos have been exhausted.

The chief cause of the Turkey's political strife, which fortunately remains limited to a few areas and quarters, is the failure of the voters to cast a sufficient number of ballots for any one party to allow it to form a government by itself. If a majority government can be elected and is able to deal effectively with the country's current problems, the future of Turkey's democratic system will be assured. There is a little - but only a little - time left for the current party leaders to prove that they can manage the affairs of the state without undermining its foundations and sapping its economic and moral energy.

SCHWERPUNKT III / ITEM III

DIE WIRTSCHAFTSKRISE UND IHRE GESELLSCHAFT-
LICHEN AUSWIRKUNGEN

THE ECONOMIC CRISIS AND ITS SOCIAL REPERCUSSIONS

PLANNED ECONOMY VERSUS MARKET ECONOMY: BASIC ORIENTATIONS OF ECONOMIC POLICY

by Mükerrerrem Hic

A.- THE GROWTH AND INFLUENCE OF THE RADICAL MOVEMENTS

The recent period since 1971 marks a cornerstone in the Turkish political life for a host of inter-related reasons. Firstly, the Justice Party (JP) having lost its traditional command of the majority of votes, neither of the two major parties, the Republican Peoples Party (RPP) and the JP could muster enough votes in the general elections to obtain the absolute majority. Hence, a succession of unstable, short-lived coalitions and extra-parliamentarian governments.

At the same time, the radical movements grew in strength. The radical leftist movement started to gain ground since the late 60's. Inequalities in household and regional income distribution, failure of the JP government to effect economic and social reforms are given as basic reasons in explaining the emergence of the radical left movement. Planned external influences on a massive scale were, however, evident even from the start. The militant "underground" organizations of the radical left were very effective although divided into two main camps, Marxist-Leninist and Maoist. The movement took roots among university students, workers and unemployed. But they had a very strong minority base and involved mostly the Shiite Kurds, the Alevis and in lesser quantitative importance Balkan immigrants and Armenians. This strong association with minorities explains the growing strength of the radical leftist movement and continuation of terrorist - termed in Turkey "anarchist" - activities.

But, at the same time it limits the future expansion of the radical leftist movement and gives a clue about the resilience of Turkey in the face of expanding terrorist activities. The independent political parties established by the radical left were numerous but unsuccessful in mastering votes. In the late 60's when the radical left began to expand, a "broad front" strategy was pursued deliberately. It took on a "reformist" attitude, clung to the concept of "the mixed economy", assigning a greater role to the state and to reforms, and took pains not to attack Atatürk and Kemalism. Hence, there appeared a parallelism between the RPP and the radical left movement. They both attacked the JP for its "capitalistic" development strategies, upheld reforms and a more etatiste version of the mixed economic system, and less independence upon the West. As the radical left grew in strength in the later 70's, however, it denounced Atatürk as a reformer of the dress - the veil and the fez - rather than a reformer of substance. It openly displayed separatist tendencies as its major goal, and became less concerned with reforms and more explicit in advocating state socialism and variants. It also found courage to challenge and at times antagonize mainstream RPP.

The radical right sprang as a reaction to the radical left and gained ground in the 70's. The militant youth group of the radical nationalist right remained a less powerful force compared to the militant left. But the radical right organized itself better in terms of political parties. The Nationalist Action Party (NAP), representing the nationalist radical right, initially talked in two languages. Its militant youth as well as the party programme used about the same rhetoric as that of the radical left - as a tactical move to lure youth away from Communism, the party strategists informally "conceded". As a coalition partner in the

National Front (NF) governments, the NAP top-brass sided with the more moderate policies of the JP, thus counter-acting the National Salvation Party (NSP). The NAP used its bargaining position, however, in securing footholds and employment for its militants in the SEE's (State Economic Enterprise) and public administrations, a feat already started by the radical left during the 1974 RPP-NSP coalition. In the more recent years the NAP seems to show a greater flexibility in adopting more moderate policies on grounds these policies serve national goals better, and advances the concept of "social capitalism".

The NSP, representing the radical religious right, on the other hand, was rigidly against the West, foreign private capital (FPC), and the EEC, preferring an Islamic alternative. It denounced both capitalism and socialism and argued in favour of developing heavy industries by the state in order to gain "independence". It was against "big business" in the metropolises and, instead, preferred to encourage provincial capital. It wielded its influence in the NF coalitions to gain an unduly high number of ministries, and in devising international and economic policies of the NF. As a result, the JP, the major partner in the NF coalition lost considerable prestige both within and abroad.

The rivalry between the two parties, the RPP and the JP, was instrumental in the growing strength and influence of the radical movements during the 70's. To wit, in order to expand its votes, the RPP felt compelled not to antagonize the radical left, and itself harboured strong radical leftist factions and personalities. In a similar fashion, the JP felt compelled to form coalitions with the radical rightist parties, the NAP and the NSP, and compromised extensively.

As a result, the economic policies and development strategies pursued in the 70's began to get unduly effected by the radical movements of both left and right. Thus, the reform governments during 1971-73, influenced by the reformist and left of center attitude of the RPP- which, in turn, was influenced by the radical left - assumed a reformist stance. The 1974 RPP-NSP coalition was antagonistic towards FPC in petroleum. The 1. and 2. NF governments during 1975-77 were forced into an anti-Western attitude and also attempted to discourage big business and FPC by means of price controls. The RPP government during 1977-79 showed a tilt towards an excessive role of the public sector, and government controls on the private sector. It was also antagonistic towards FPC and preferred independence from the West. This continued till the RPP lost its thin majority when the JP won an overwhelming victory in November 1979 senate partial and parliamentary replacement elections. But the additional 5 seats in the parliament - all won by the JP - was not enough to secure the JP the absolute majority. As a consequence, the JP formed this time a minority government, supported from outside by the NAP and the NSP, but "free" to pursue its own policies. The JP government put into effect a severe austerity programme within its traditionally moderate version of the "mixed economic system", involving rigorous encouragement of the private sector and FPC flow. It also shifted explicitly towards West.

B.- THE RPP, ITS STANCE WITH RESPECT TO ECONOMIC REGIME

Traditionally, the RPP had a bureaucratic and etatist stance. Etatism was originally devised by Atatürk in 1934 as a pragmatic and dynamic approach to economic regime at a time when socialist central planning was implemented by the USSR. Atatürk denounced bolshevism and communism,

continued to encourage the private sector started since 1927, but assigned the leading role to the state in industrialization and economic development. It was within such a framework that State Economic Enterprises were established and the 1. industrial plan (1934-38) implemented. İnönü discontinued the encouragement of the private sector on grounds it was redundant, introduced controls on the market, and hence followed a more intensely etatiste blueprint. His version of etatisme dominated the RPP economic philosophy since. He also attempted a land reform in the late 40's but was unsuccessful in the face of parliamentary opposition of landowners and dropped it from the agenda just prior to the 1950 general elections.

Throughout the 50's, when in opposition, İnönü remained sceptical of FPC, and considered that the fields of energy, petroleum and mining should be under public sector monopoly. He also defended planned development. There was a belief that the "liberal" policies pursued by the Democratic Party (DP), the predecessor of the JP, had worsened income distribution. But, there was no definitive statistical proof to that effect. Conforming to the philosophy pronounced by the RPP, after the military intervened in 1960, planned development was introduced by the 1961 Constitution. The newly formed State Planning Organization (SPO) defined in the 1. Five Year Development Plan (FYDP) that Turkey would be in the "mixed economic system". The public sector in the mixed economy would be complementary to the private sector and not a rival. Accordingly, public investments would go to infra-structure, and also to super-structure not taken up - or properly filled - by the private sector. The need for the latter arose mostly in the fields of intermediate inputs. The plan would be imperative and compulsory for the public sector but indicative for the private. In practice, there occurred wide deviations even from public investment

and production targets set in the plans and annual programmes. In the Turkish planning within the mixed economy there is evidently not the slightest influence of the USSR gosplan.

In the latter half of the 60's İnönü accepted the stance of left of center for the RPP while the 1964 Cyprus affair cooled Turkish-USA relations for the first time. This acted as a catalyst in strengthening the radical leftist movement. Under the influence of the radical left and claiming to be a hedge against it, the RPP acquired a "reformist" stand on top of its etatiste and bureaucratic tradition. Its approach to reforms, however, seemed more doctrinaire and less pragmatic. It defended a strict land reform, a strict tax reform giving tax controls priority, widespread social insurance, strict controls on foreign trade, and on FPC as well as state monopoly for energy, petroleum and mining. In international relations it defended independence and hence a review of Turkey's relations with the USA and NATO, as well as the EEC.

Radical leftist factions and personalities within the RPP gained considerable strength after İnönü's death. During its coalition with the NSP in 1974 the RPP seemed more interested in developing the so-called "people's sector" not as part of but as a viable alternative to the private sector. The people's sector comprised of publicly owned corporations as opposed to family-owned corporations, Village Development Cooperatives and other forms of cooperatives in agriculture, trade and production. The success of most of the above schemes, however, remained much less than phenomenal. When in power during 1977-79, on the other hand, the RPP had lost much of its interest in land reform and the people's sector. Instead, it became more interested in expanding the fields of the public sector, and government regulations and controls on the private sector and on prices. It stood against

"excessive encouragement" of the private sector but in favour of maintaining and encouraging the "honest" private sector.

The RPP, with its reformist and left of center stance and its interest in the welfare of low-income social groups, claims to represent the Western social democratic parties. Yet some major differences blur this parallelism. The radical leftist factions and elements within the RPP are much more stronger and hence influential in devising the economic philosophy of the RPP compared to its Western counterparts. As a consequence, the RPP assigns a much greater role to the state and to government regulations and controls. It should be granted that in the mixed economic system applied in the LDC's, the economic structure dictates a greater role for the state compared to the mixed economy applied in the DC's. Yet the RPP shows tendencies of going beyond the optimum role of the state under the prevailing conditions of the Turkish economy, both in the field of public investments and in government interventions. As such, the development strategy of the RPP shows at present tendencies of a tilt towards "transition into state socialism" rather than an optimum "social democrat" blueprint. At least, a doctrinaire clout outweighs a pragmatic approach.

C.- THE DP AND THE JP, AND THEIR STANCE WITH RESPECT TO ECONOMIC REGIME

In contrast to the RPP, the DP and its successor, the JP were traditionally more strongly pro-Western and they adhered to "less etatiste" or "more liberal" economic policies. The difference was particularly marked with respect to the encouragement of the private sector and FPC. In the initial phases of development in the 50's, however, the DP expanded

public infra-structural investments as a means to induce private investments. As a result, as the ratio of total investments to GNP increased, the share of the public sector in total investments also rose to a level higher than that which prevailed during the intensely etatiste İnönü era.

During the 2. half of the 60's when the JP was in power, also, although private sector was encouraged rigorously there also arose the need for expanding public investments in basic industrial and agricultural materials, that is, intermediate inputs. Hence, the share of the public sector in total investments continued to increase. This led many economists to conclude that the mixed economy and the role of the state was not much different for the DP and the JP than for the RPP. In fact, however, the degree of encouragement of the public sector is more important in defining the character and the degree of intensity of the mixed economic system applied in a LDC compared to the simplistic quantitative criterium of the share of public sector in total investments.

Traditionally, also the DP and, in the initial phases, the JP had less faith in planning than the RPP and were openly opposed to land reform. The roots of the DP go as far back to the Free Party experiment during the Atatürk era. Confronting the etatistes and the bureaucrats led by İnönü, the Free Party leaders upheld liberal economic policies. It became, however, prey to religious reactionaries and was soon closed down. In the late 40's, however, İnönü's bureaucratic policies and controls gathered the traders and the industrialists, as well as small traders and industrialists under the DP. His attempt at land reform was unsuccessful but it drove away both big and small landowners from the RPP to the DP and the DP became a proponent of agricultural

reform as opposed to land reform. The fall in real wages experienced during the İnönü era had driven workers also away from the RPP and towards the DP. To maintain the workers in its constituency the DP implemented minimum wage legislation, introduced social security and opened social security hospitals. Thus, although pro private business the DP also concerned itself with the material welfare of the lower income social groups.

In sum, the more liberal philosophy of the DP was a reaction to the intense etatisme of İnönü's RPP. But changed conditions on the world scene, worldwide encouragement of the private sector, FPS, free market forces as well as massive economic and military aid to non-communist LDC's - in contrast to the demands of the USSR from Turkey with regard to the straits and the three Eastern provinces - also affected the philosophy of the DP, and the successful implementation of this philosophy. The solid pro Western attitude of the DP enabled it to secure large amounts of economic and military aid.

The DP deviated, however, in following the principles of the market price system. This was particularly so with respect to foreign exchange rates and agricultural support prices. The overvalued currency practices gave an excessive import-substitution bias to the Turkish industry and led to a severe balance of payments crisis in the 2. half of the 50's. High agricultural support pricing made exports further difficult and was one of the major causes of accelerating inflation. The RPP criticized the DP for lack of planning and inflation, excessive encouragement of the private sector and FPC and the industrialization policies pursued. The latter criticism was directed not so much to the import-substitution tilt in industrialization but mainly because the private industries and joint ventures remained in the assembly-line stage

using imported inputs.

Heavy industries were not simultaneously established by the state along with the assembly-line industries. The orthodox market economists, on the other hand, criticized the DP for not paying adequate heed to the market price system, for overvalued currency practices and excessive import-substitution as well as excessive easy credit and money policies and inflation. Despite these mistakes, however, the DP was able to launch the second economic drive, following the first that had been launched by Atatürk, based this time on a more rigorous encouragement of the private sector and of FPC, and with as much accent on agricultural development as on industrialization. The relative success of the DP in attaining economic growth and increases in per capita income compared to the stagnating years under İnönü was a major factor in the success of the DP, and later the JP, in the general elections. The economic policies of the DP is labelled as "liberal", implying pro big business and large landowners. But, one can also establish strong links between the DP and lower income groups. These can also be interpreted as giving the DP a "social democrat" tilt.

The JP followed the footsteps of the DP. It too was "more liberal" and "less etatiste", pro private sector and FPC, and pro-West. It also deliberately delayed land reform although the 1961 Constitution had made it compulsory, and, instead, continued with agricultural reform. In the 2. FYDP it aimed to make industry the leading sector in development. The JP was able to attain a higher rate during the 2. half of the 60's when in power, compared to the 1. half of the 60's when coalitions and other parties ruled.

In the 70's, however, the JP became more pro business and neglected its former ties with the workers. Thus it shifted

towards centrist and conservative attitudes at a time when the RPP acquired a left of center and social democrat stance over its traditional etatisme. As a consequence, the JP lost a major part of workers and small traders and industrialists over to the RPP while it continued to retain the majority of the farming population. The loss of workers as well as the emergence of other "rightist" parties cost the JP its traditional absolute majority in general elections during the 70's. In the more recent years, however, the failures of the RPP government in the economic field and its links with radical left and radical left minority populations lost its ground. The JP, on the other hand, strengthened its links with small traders and industrialists once more and improved its relations with workers. Concomitantly, it became as concerned with the goal of improving income distribution as with economic growth.

AN ANALYSIS OF THE IMF RECOVERY PLAN AND ITS SOCIAL AND DOMESTIC CONSEQUENCES

by Yavuz Tolun

I. IMF AND TURKEY, A RETROSPECTIVE ANALYSIS

Turkey as a member of the International Monetary Fund and World Bank Group, the Bretton — Woods Institutions since their inception over 30 years ago, has had occasions to resort to IMF prescribed remedies several times in the past 30 years in her effort to achieve economic progress under democratic order. The most notable ones were those in 1958 during the last years of Menderes' Government, in 1970 the last year of Demirel led last Justice Party majority Government and in 1978-79 during the 22 months tenure of the Ecevit Government, and finally in 1980 by the last Demirel minority Government ousted from power early in September, 1980.

The occasions that compelled Turkey to seek the help of this "lender of last resort" were not as much different in the past than are in the present nor are they different from those of the plight of developing countries in an era of growing world instability, the most common factor in all being the balance of payments bottlenecks.

The frequency with which Turkey has had recourse to IMF prescribed remedies cannot be exaggerated since let alone developing countries, even the industrialized countries such as Italy and U.K. are not immune to balance of payments bottlenecks at a time when it is becoming increasingly hard to achieve an equilibrium between the rising expectations of people and the ability of democratic governments to mobilize resources available to them towards these expectations.

Our topic today is an analysis of the current IMF recovery plan and its possible consequences on Turkish economic as well as domestic and social life. But before proceeding with a detailed analysis of the present three-year programme, I should like to present a brief retrospective analysis of the past IMF inspired stability programmes for Turkey and their consequences so far:

The two previous instances in which Turkey sought IMF advice plus credit before the current economic crisis were those in 1958 by the Menderes Government and in 1970 by the Demirel Government. We have the historical evidence that on each of those occasions the basic principles of IMF proscribed remedies to Turkish economic illnesses were not too different than those adopted by Ecevit and Demirel governments during the current crisis.

THE 1958 STABILITY PROGRAMME

Although few will dissent from the view that Menderes performed some very valuable services for Turkey's economic development, opening the country up to infrastructural projects, road building, irrigation, oil exploration and achieved marvellous results in agriculture which yielded substantial growth in agricultural output with the extension of cultivated area, his apparent phobia against any aspect of planning led him to an over-extension of his activities in relation to available resources. By 1958 the Menderes Government finding itself with a total unpaid arrear of Dollar 1 billion had exhausted its credit potential and was compelled to accept the terms of a stabilization programme set down by IMF. In return for a composite loan totalling \$ 359 million and the deferment of an overdue debt of \$ 1 billion, the terms that were accepted by the Menderes Government were as follows:

- a) Effective devaluation: 69% from TL 2.80 to TL. 9.00 against US. \$ 1.
- b) Inauguration of a system of global import quotas to replace bi-lateral agreements.
- c) Consolidation and orderly re-payment of a foreign debt of about \$ 1 billion.
- d) Restriction of domestic credits.
- e) Abolition of price controls.
- f) Abandonment of deficit financing.
- g) Striving towards financial balance in State and semi-State organizations.
- h) Closer coordination of investments.

However, the implementation of this programme by Menderes may have been sluggish since he started relaxing the domestic credit limits as well as government expenditure by late 1959, the inflation had begun to subside after a steep climb up to 19% in 1959 back to levels below 5% as of 1960. Furthermore, with new foreign credit resources, imports were resumed and shortages were largely eliminated by early 1960's. Exports also began to rise having jumped by 47% in a single year from \$ 247 million in 1958 to \$ 363 million in 1959.

THE 1970 STABILITY PACKAGE

After resuming a steady growth of an average of 6.5% p.a. in the early 1960's it soon became evident that it would no longer be feasible to maintain a high growth rate for Turkey if a new boost was not given to export orientation to earn foreign exchange to finance imports of industrial inputs to maintain industrial progress. Between 1964 and 1970 imports had grown over 100% while exports went up by some 40%. But it was still too difficult for the Turkish planners to perceive the fallacy of their industrialization policies based on the principle of import substitution.

Nevertheless, the Demirel government after facing the dilemma by late 1969 that with the declining of foreign exchange receipts they could no longer transfer import payments for industry within less than 40 weeks delay, decided that it was time to undertake an effective devaluation of the currency. Although some outside observers expected the Prime Minister to announce devaluation by late 1969, the decision was postponed until August 1970 because of internal opposition.

The August 1970 stabilization package approved by IMF, introduced along with the devaluation of 40% from TL 9.00 to TL 15.00 against the US Dollar, a series of measures aimed at promoting exports and export oriented investments, increasing the public revenue by means of higher production taxes and newly introduced sales taxes and increased the prices of several State produced goods such as sugar and fertilizers as well as higher support prices for agricultural crops. In short, the 1970 package prepared by Mr. Turgut Ozal who is also the architect of the present one, was a thorough programme aiming at gradual liberalization of the economy and mobilizing domestic resources to end the deficit financing.

Unfortunately, a second intervention by the Army on March 12, 1971 followed by Ertuğrul Government has not allowed a full utilization of the measures and policy guidelines that were set down by the new package. The only full benefit of the new package was felt in the sudden upsurge in the in-flow of the worker's remittances to levels undreamed before, as they increased from an average of 100-200 million dollars a year in the pre-devaluation era to 800-1 billion dollars in the early 1970's. As against this, the programme's instruments aiming at re-orienting Turkish industry to export markets, were largely neglected with the exception of special

emphasis in textile sector which had found a very profitable outlet for its exports in the pre-oil crisis induced recession of Europe.

Due to this factor, as well as to favourable exchange rates introduced by the new programme, Turkish exports in sharp contrast with what happened after 1958, responded vigorously for a certain time to the new adjustments as their value increased from 537 million US dollars in 1969 to 1.3 billion US dollars in 1973 which represents an annual average growth of 25%.

II. THE CURRENT CRISIS AND RESORT TO IMF

The current crisis is actually the third of its kind faced by Turkey in her recent history however the dimensions are bigger now. It owes its existence to the same basic factors as the earlier crises and above all to the fatal error of attaching too much importance to import substitution in its drive for industrialization. Turkish governments and planners hoped to make Turkey self-sufficient by what they thought they were creating industries that would allow Turkey to process all its raw material and making Turkey eventually less dependent on external markets. The model they had chosen to achieve this aim is familiar in many closed economy systems particularly in socialist countries. This autarchic character of the development policies, although achieved with cert in short intervals, a steady growth of 6.5% p.a. until the advent of the present crisis in the past 25 years, nevertheless, made Turkish economy totally inward looking. New industries were oriented entirely towards the growing and increasingly prosperous home market. As a result, their burden on the balance of payments steadily went up forcing the country to seek bail out from friendly governments and

external finance institutions with increasing frequency.

The present crisis has its origins largely back in 1974 since the sharp rise in oil prices but was postponed till 1977 because the governments between 1974 and 1977 preferred to ignore the crisis for domestic political reasons. As a result of sudden jump in oil prices and consequent recession in industrial countries, Turkey's import bill grew by 300% between 1973 and 1977 while her exports went up only by 30%, 1/10th of the growth of her import bill. In the meantime, emigrant remittances declined in the same period by 40%.

Instead of facing the situation squarely, the governments tried to compensate these losses by means of short-term borrowings at high cost from the international money market accumulating within the short period an extra burden 3 billion dollars of short-term debt in addition to normal trade arrears while at home they refrained from reflecting the increased cost of oil to the consumer by means of oil price stabilization fund, which led to the accumulation of huge internal debts.

If we have to give more detailed analysis of the factors that contributed to the current crisis, we have to enumerate them under the headings of external and internal factors.

EXTERNAL FACTORS

1. The effects of the increase of petroleum prices on the balance of payments, on production and on employment.
2. The indirect effects of the petroleum crisis.
 - a) Increases of prices of industrial raw materials and investment goods that Turkey had to import.

- b) Recession in the West affected negatively employment and wages of Turkish workers abroad as a result of which workers' remittances decreased.
- c) Recession in the West affected negatively their imports from Turkey.
- d) The terms of trade deteriorated seriously between 1973' and 1977.

INTERNAL FACTORS

- 1. Encouragement of consumerism during the crisis created excess demand which increased the rate of inflation.
- 2. Consumerism increased also the pressure on imports.
- 3. Subsidies given by the Government to a number of commodities including petroleum, encouraged their use and put additional pressure on imports.
- 4. Deficit financing due to the losses of State Economic Enterprises increased aggregate demand and the rate of inflation.
- 5. Agricultural support pricing policies increased budget deficit and consequently the rate of inflation.
- 6. Successive devaluations failed to promote exports and workers' remittances but induced new rounds of price increases.

As a result of these factors, by 1977 Turkey found herself facing the worst economic crisis in her democratic history, with an external debt of 15 billion dollars of which one third was short-term, meaning repayable within 3 years or less.

The 1977 elections were held without producing any majority government. Demirel formed the second nationalist front and tried to tackle with the crisis. Negotiations were started with IMF and an attempt was made to introduce an austerity

programme but this programme before it had the chance of getting the seal of approval from IMF, the Demirel cabinet was swept away from power and replaced by Ecevit with the support of independents who had split away from the Justice Party. The business community welcomed the Ecevit Government believing that unlike a multi-headed nationalist front led by Demirel the new RPP-led Government would be much more uniform and strong enough to introduce courageous measures necessary to restore Turkey's economic stability and international credibility.

ECEVIT'S ATTEMPTS TO INTRODUCE AUSTERITY PACKAGE IN 1978 AND 1979

Having taken over power from Demirel, Mr. Ecevit impressed both the business community and the nation in general that he was confident enough to take Turkey out of its predicament and within 3 months he concluded a deal with IMF introducing a devaluation of 23% and an austerity programme package that included upward adjustments in the prices of oil and other State enterprises' commodities. The programme also raised the bank interest rates, pledged tight money policies, a modest budget and a lower growth rate and a lower import programme as well as a realistic exchange rate policy.

As soon as IMF ratified this programme Ecevit sent his financial emissaries around international banks and finance organizations asking for fresh money loans and became very angry when he learnt the banks were not ready to extend any new loan before Turkey negotiated repayment terms of the overdue arrears of several billion dollars which he inherited from Demirel's government.

After a brief interruption the Ecevit Government resumed relations with IMF and international banks and succeeded large-

ly through the efforts of Mr. Muezzinoglu, the Finance Minister, to achieve rescheduling of both the public and private debt of over 4 billion dollars and concluded a second stability programme with IMF in June 1979 after undertaking a 48% devaluation of the Turkish currency. The package of 1979 was much more comprehensive as Turkey pledged to strictly observe the limits to the public sector borrowings, to restrain bank credits, to push the new tax reform bill to the Parliament in order to increase budgetary revenues, to keep agricultural floor prices within reasonable limits, to ensure an equilibrium between wage increases and production output, to promote exports, to introduce exchange rate adjustments without delay whenever becoming necessary and promote exports and export oriented investments.

This time Ecevit succeeded to secure financial assistance both from OECD governments and banks and was able to achieve an improvement in the balance of payments performance with higher export earnings and emigrant remittances against lower import realizations.

Nevertheless, successive devaluations and disappearance of goods into the black market increased inflationary pressures to unprecedented levels and shortages began appearing in all basic commodities and as Turkey was facing a cold winter without fuel, interim elections held on October 15, 1979 indicated that Ecevit and his party had lost their popular support and Demirel was invited to form the Government.

THE 1980 STABILITY PROGRAMME AND THE ANALYSIS OF THE IMF RESCUE PACKAGE

After a preparatory period of 2 months following its access to power the Demirel government introduced a very comprehensive stability package on Jan. 25, 1980 to deal with the

current economic crisis in all its dimensions. The programme although it includes a number of traditional policy measures such as upward adjustment in the prices of State produced commodities including petroleum products and an effective devaluation of 33.3%, it represents an entirely different approach from all the stability programmes so far introduced by any Turkish Government including those presented by earlier Demirel governments. When it was unfolded it was immediately labelled as a shock treatment of the ailing Turkish economy because it boldly announced that State enterprises were granted autonomy to fix the prices of their goods and services and that all price control committees were abolished and State subsidies were to be discontinued.

The distinguishing characteristic of the stabilization programme is the emphasis on the forces of the market in the determination of the prices.

Unprecedented incentives were introduced under the new package to private enterprise as the State monopolies on the importation of basic industrial inputs were abolished along with bold incentives for foreign investment and removal of restrictions on oil explorations by private Turkish and foreign companies. It perfected and rationalized export promotion system, encouraged pre-financing of exports by foreign buyers, denationalized the mines. Finally, the package was further expanded by removing the ceiling on lending and borrowing rates and setting them entirely free.

In summary, the programme launched by the Demirel Government is based on the lifting of all "micro-controls of the economy" and unleashing market forces in their place, to the extent that it aims at decentralization of the economic management by doing away with administrative control to realize planned targets.

This is the key economic approach which differs highly from the past practices. The architect of this new programme, Mr. Turgut Ozal, argues that State intervention and needless administrative controls have proved destructive rather than constructive.

The new deal between Turkey and the International Monetary Fund concluded in June 1980 is also different from the earlier agreements because it is a three-year arrangement and because it is entirely based on the above mentioned stabilization programme introduced on Jan. 25, 1980. Enabling Turkey to make drawings on the Fund up to 1.650 million dollars within the three-year stand-by period, it is also one of the highest in terms of financial rewards. By this character alone the new deal has increased Turkey's credibility in the international financing markets, more significantly the new deal formalizes a new set of policies which are complementary to the Jan, 25 stabilization programme. Under this programme Turkey's Central Bank will no longer finance the deficits of the debt-ridden State economic enterprises which will have to operate according to the rules of the market place and meet their credit requirements from commercial banks rather than the Treasury. The lira will be subjected to mini adjustments at least once a month depending on the difference between the increases in domestic and foreign prices in order to maintain the competitive power of Turkish exports.

Personnel expenditures of the budget, the so-called "current expenditures" will be curbed by limiting employment increases in the public sector to 3% until the end of the 1980 financial year. It also commits the Turkish Government to restrain wage increases in the public sector to 4.7% within the same fiscal year.

In the Letter of Intent submitted to IMF the Turkish Government pledges to follow a tight money policy for the next 3 years which will be the key element in combating inflation. The key instrument in observing tight money policies is the limits set on net domestic assets of the Central Bank and on the net Central Bank credit to the public sector. For the year 1980 the Central Bank credit to the public sector has been limited by TL 125 billion.

The Government expressed in its Letter of Intent to IMF that it hopes to reduce the inflation to a rate of 30-40% p.a. by the end of 1980 by adhering to above tight money measures and maintaining a persistent demand management policy.

Other highlights of the intended policies under the present agreement with IMF are as follows:

- The anti-inflationary war will be supplemented by a tax reform to increase budgetary revenue and secure a more equal distribution of tax burden. The present indirect taxation system will be replaced by a value-added tax.
- Legal reserve requirements and effective liquidity rates of the commercial banks will not be lowered.
- Short term and medium term public guaranteed foreign borrowings shall not exceed one billion dollars until June 1981.
- The Government will strictly observe elimination of any differences arising in cross rates.
- It will avoid entering any bi-lateral payment agreement with Fund members or introducing further restrictions on payments and transfers for current international transactions.

- It will not introduce any new or intensify existing restrictions on imports for balance of payments reasons.
- In the long run the Government will reduce reliance on quantitative restrictions as a means of balance of payments policy in favour of tariffs.
- It will not allow any increase in payment arrears within the next year. These arrears will be eliminated during the rest of the stand-by period.

III. IMPLICATIONS OF THE CURRENT RECOVERY PROGRAMME AND SOCIAL AND DOMESTIC RESPONSE

Before I proceed with the data available on how the Turkish people have thus far been responding to the current programme, let us have a look at its overall implications for the Turkish people. The new IMF recovery plan which is nothing but a consolidation and an amplification of economic policies introduced by the Demirel government at the outset of 1980, represents a basic departure from past policies since it entails a bold step towards liberalization and decentralization of the economy.

Looking at the revolutionary implications of the prescribed remedies, one would be tempted to question the wisdom in expecting a society like Turkey's to transform itself so much from its accustomed ways of life and to respond favourably to drastic adjustments required for the success of the programme. Because the new programme in its attempt to restore market mechanism in a society which had been so long alienated from market rules, requires sacrifices which no previous government dared before including early Demirel governments, by attempting to discourage consumerism so inhe-

rently established in the last 30 years and above all open the country to international competition, foreign investment, export orientation and in sum to an awareness of the stark realities of the outer world away from the dreams of self-sufficiency and inalienability. It destroys the faith of the ordinary Turkish businessman in his ability to make quick and huge profits with small capital, exploiting home market at his total ease, it attacks the Turkish intellectual's well nourished anti-westernism and his phobia of international capitalism. It kills the cherished incentive and the dogmatic faith of the ordinary Turkish citizen to invest in real estate which is so sacred to his heart.

With all these odds how did a minority Government like that of Demirel dare to introduce such a programme when it was facing both a violent political opposition and a rising terrorism while it should be fresh in their memory the fate of both Menderes and early Demirel governments which were swept away from power by military interventions? Why especially if they had any hope of re-election should they have resorted to these seemingly unpopular policies never dared before when elections were due within less than a year?

The answer is that the programme was not conceived in the ivory tower of the pet dreams of a dogmatic liberal economist from the last century nor at the 12th floor of the IMF offices in Washington. It is based on a thorough analysis of not only structural deficiencies of Turkish economy but also a pragmatic assessment of the innate common sense of the Turkish citizen who is basically more individualist than collectivist, more liberalist than etatist and more capitalist than socialist.

Before I proceed with the data available on how the Turkish people are responding to the current programme I should

like to add that the current crisis and Ecevit's attempt to overcome this crisis provided further clues to the identification of basic structural deficiencies of the economic model. It also enabled the Turkish people to see how much estatist policies and restrictive practices attempted to be restored dogmatically by Ecevit government planners were alien to their basic aspirations. In fact if it wasn't for the revulsion they felt in the core of their hearts against this autarchic model and their ability to reflect this revulsion in their voting massively for Demirel's Justice Party, the last Demirel government would not have the courage to introduce liberal policies at such an extensive scale.

THE RESPONSE OF THE TURKISH ECONOMY TO THE NEW RECOVERY PROGRAMME

Figures available for the first 6-7 months of the economy under the new liberal policies present a contradictory picture, characteristic of the adjustment process required for the Turkish economy which has been alienated from the market forces for such a long time that it will take some time before it responds on a more positive scale.

The Turkish economy is currently displaying the evidence of both the healthy impact of deflationary policies which scaled down the inflation rate considerably as well as the side effect syndrome of recession, characteristic of the bitter pill it has swallowed.

Despite huge price adjustments in oil and several Turkish State produced goods and a massive devaluation of 33% in January and 10% in August and mini adjustments since then, the inflation rate as reflected in the wholesale price index is steadily falling down since February. After a staggering rise of 29.3% in February, the monthly rises

fell from month to month reaching the lowest 0.2% in July. Consumer indexes display a similar trend. If the current drop is maintained, Turkey will make good of its pledge to bring down inflation rate to 30-40% under the IMF Letter of Intent by the end of this year.

Another positive factor is the high degree of response to the new interest rate policy. After the bank interest rates were set free as of July 1980, the bank deposits went up by some TL 40 billion in the course of a single month. The Turkish people appear to have overnight changed from consumers to investors in the money market.

As against this, the production survey reveals a down trend in the first half of the year. The output of some 100 key commodities surveyed by the State Planning Organization shows a decline in 60 items as against a rise in the remaining 40. Interesting enough, the SPO survey makes a point in indicating that the basic factors at the bottom of this dismal performance are along with tight money policies, difficulties in obtaining foreign exchange, power cuts, lack of qualified personnel, strikes and feather-bedding. With the exception of oil refineries and petrochemical plants, the output of most Turkish industries both in public and private sectors, declined below last years's levels.

The balance of payments outlook is also depressing as the figures for the first half of the year indicate a rising current account deficit especially due to higher imports and a mediocre exports performance.

However, this depressing image of industry is not likely to last long since already as of the mid-year, figures indicate a steady pick-up in the production even before the present military regime ordered termination of strikes.

The credit squeeze which helped to bring down the inflation is however likely to be maintained although the increased savings in the banks may soon be channelled to financing of industry. Although the exorbitant cost of the borrowing may not attract the industrialists, the high rates of lending are likely to go down after the inflation is successfully contained by the end of this year.

From the picture given above it appears that the inflation has been contained at the cost of declining purchase power of people, which is another factor for the current recession. Nevertheless, with the immediate 70% raise in wages of some 250,000 industrial workers, ordered by the new military government simultaneously with the termination of the strikes may provide the necessary incentive for a further recovery in the industrial markets.

SOCIAL AND DOMESTIC CONSEQUENCES

The current trends in the economy described above may be interpreted as indicating that the new programme has found a sufficiently adequate response for its success in the majority of the Turkish people. However, other beneficial effects of the programme will depend on an earlier introduction of a tax reform bill which hopefully will be enacted by the present military regime.

In recent years much criticism has been raised, especially by the Third World developing countries against the conditionality clause of the IMF loans. Last year at the Belgrade meeting of IMF and World Bank Board of Directors and this year at the July meeting of the North-South Roundtable held in Arusha, Tanzania, the IMF prescriptions for recovery were argued to be totally incompatible with problems faced by the Third World developing countries.

The IMF rescue packages for hard hit economies of non-oil producing developing countries, aiming at interest rates, money supply, exchange rate often caused, it is argued, developing countries to end up using draconian political repression to contain the resulting unemployment and social unrest. The fact that a number of countries, such as Jamaica, Egypt and Portugal and recently Tanzania have undergone tussles with IMF, appears finally to be yielding some result in favour of developing countries, as the IMF is preparing now to make some concessions from its classical bitter-pill package for recovery.

As a matter of fact, the application of reformed IMF policies can be seen in recent loans negotiated both by Guayana and Tanzania. IMF appears to have prescribed to each of these countries much more lenient terms in its austerity packages. The IMF reportedly has devised a special model for such countries that will prevent the growth rate from falling below 3% as against the past practices when IMF squeezes often brought growth rates down to 1%.

The fact that on three occasions the IMF prescribed programmes were followed by military interventions could be cited as evidence to their unsuitability to a country like Turkey and to justification of the arguments which are now being raised with increasing frequency by the 3rd World that the IMF programmes cause social and domestic unrest at such levels that the entire fabric of the society of developing countries is threatened with imminent collapse. Similar arguments have been used by the opposition politicians in Turkey against the current programme in the months preceding the recent military takeover. As a matter of fact, we all remember the well-known argument of Mr. Ecevit labelling the current programme as the Latin American model since they resemble economic policies pursued after military takeover

in Argentina and Chile in the second half of the last decade. Mr. Ecevit claimed that the Latin American model which owes much to US economist Milton Friedman, carries within it a tendency towards authoritarian government necessary to control the political and social unrest it is bound to set off. I am sure after the current military takeover he may feel fully justified especially in view of the fact that the present military regime has made it known that it will strictly adhere to the 3 year IMF recovery programme negotiated by the ousted Demirel Administration.

However, I am here to argue that this diagnosis though highly attractive both in historical, political and international context, is a hollow one since it is based entirely not only on superficial generalizations discounting uniqueness of Turkish crisis, ignoring Turkish people's social and historical development but also on the fallacious premises confusing the effect with the cause. Let me elaborate on these points:

1. On the three instances Turkey embarked on IMF inspired recovery programme we have the historical and factual evidence that social unrest was already there and did not follow the programme.
2. The programmes until the time of military takeover in each of the 3 instances had not met with resistance from the masses because:
 - a) they ensured a steady in-flow of foreign exchange enabling the governments to eliminate shortages of basic consumer goods.
 - b) their initial inflationary impact subsequent to devaluations was short lived and in fact brought in the inflation under control.

- c) their recessionary impact was not long enough to cause an increased unemployment.
3. At least on two instances that is in 1958 and 1970 the austerity package of the programme was not strictly followed by the governments and on the last instance the 3-year programme was enough relaxed in its first year allowing a gradual approach to curbing of the public spending.
 4. The military takeovers in all the three instances had not been motivated with the purpose of either to curb the social unrest emanating directly from the harsh implementation of the programmes nor to ensure their success. The primary motives have always been to restore law and order disrupted by entirely political factors that preceded and succeeded IMF recovery programmes.
 5. The response of Turkish people to liberalization of the economy has always been favourable in all the instances because the liberalization policies are more compatible with their social and economic aspirations since these people unlike the third world nations have not only a long history of westernization by free choice but also an individualistic rather than collectivist drive for their economic betterment through free enterprise models
 6. Furthermore, we have the evidence that the recovery programmes negotiated by Ecevit with IMF in 1978 and 1979 had more of a character of bitter pill without any sugar-coating since they not only failed to ensure any substantial increase in the in-flow of foreign exchange but also were followed by shortages of basic consumer goods from the market, making people think that the shortages were the direct consequence of the austerity programme, though

they were caused by mismanagement and increased state intervention in the economy.

In short, there is little evidence to support the argument that the economic recovery programmes recommended by IMF contributed in any significant scale even under the preceding reign of anarchy to the growth of social unrest. Rather, in spite of all the unrest caused by factors quite different than the austerity programmes, the Turkish economy gave the evidence of positive response to these programmes to the degree that future progress of these programmes is unlikely to cause further strain and to be met with any social and domestic resistance.

In fact, it is possible to argue that the Turkish nation has survived the initial bitter pill effect of austerity programmes under the earlier governments of Ecevit and Demirel, without even realizing its bitterness because its heart was already too bitter for such a long time.

The present military regime inherited the three-year IMF recovery programme negotiated by the Demirel Minority Government and already declared its intention to adhere by it and other policy measures introduced and amplified since Jan. 1980 by the same Government and even further than that retained Mr. Turgut Ozal, the chief architect of the new economic policies in charge of the programme. Mr. Ozal appears to have convinced the military leaders that any disruption of the current economic programme would just be a final "coup de grace" for the newly recovering economy and its international creditworthiness at a time Turkey is seeking to renegotiate its 3.5 billion private debt to bankers on a longer term spread than was rescheduled last year.

The interim implementation of the recovery programme under the military regime, aside from paving way to the consolidation of measures hitherto introduced is likely to contribute to a much more factual assessment of these policies in terms of their impact on the economy in the near future. But as far as their social and domestic impact is concerned, as long as authentic social protest is curbed, we have no means of measuring it for the time being. Nevertheless, it is hoped that an impartial analysis will still be possible when the regime will gradually allow resumption of the activities of democratic institutions along with political parties and trade unions.

Above all, interim political stability will enhance both domestic and foreign investment potential and tourism industry which suffered so much under the impact of continued wave of terrorism. By this I do not mean that the success of the programme is dependent on the prolongation of the military rule in Turkey but rather on the success of the military in eradicating the roots of political instability and terrorism which will pave way to an early return to democratic rule Turkish people have been accustomed to in the last 30 years.

SCHWERPUNKT IV / ITEM IV

PROBLEMFELDER AUSSENPOLITISCHER ZUSAMMENARBEIT

AREAS OF EXTERNAL COOPERATION

DIE VERTRAUENSKRISE IN DEN BEZIEHUNGEN ZU EUROPA:
PERSPEKTIVEN DER TÜRKISCHEN MITGLIEDSCHAFT IN DER EG
von Hans-H. Hass

1. VORBEMERKUNGEN

Die Betrachtung der gegenwärtigen Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und Europa muß vor dem Hintergrund jener langfristig wirksamen Faktoren erfolgen, die dazu führten, daß die Einstellungen gegenüber Europa sowohl in der türkischen Öffentlichkeit als auch bei den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern einem Wandlungsprozeß unterworfen sind. Diese Faktoren sind in der besonderen politischen, sozialen, kulturellen und geographischen Lage der Türkei begründet. Hierzu sind zu zählen

- die Suche nach der eigenen politischen und kulturellen Identität,
- die Neubestimmung des Verhältnisses gegenüber den Ländern der Dritten Welt, besonders den arabischen und islamischen, und, damit verbunden,
- der Wunsch nach Gewinnung größerer außenpolitischer Handlungsfreiheit,
- aber auch Erscheinungen wie die Erweiterung des innenpolitischen Spektrums und eine zunehmende Polarisierung und Ideologisierung,

um nur einige zu nennen. Bedeutung und Wirksamkeit all dieser Faktoren dürfen keineswegs isoliert gesehen werden. Es ist davon auszugehen, daß sie - direkt oder indirekt - beeinflußt werden von der - gegenwärtig noch - dominierenden Westausrichtung als der außenpolitischen Hauptströmung in der Türkei. In dem Maße, in dem die Ausrichtung auf Europa aufgrund unbefriedigender Beziehungen in der Türkei in Frage

gestellt wird, werden jene Faktoren und Kräfte an Bedeutung und Einfluß gewinnen, die den Abkehrungsprozeß beschleunigen.

So gesehen wird deutlich, daß den Beziehungen zu Westeuropa, insbesondere den wirtschaftlichen Beziehungen, eine Art Schrittmacherrolle zukommt für die künftige innenpolitische Entwicklung und außenpolitische Orientierung der Türkei. Mit dem Abschluß des Assoziierungsabkommens zwischen der EG und der Türkei wurde auf türkischer Seite eine Erwartungshaltung geweckt, die die Beziehungen zum Erfolg "verurteilt". Indem einerseits die Hoffnung gestärkt wurde, die Beziehungen zur EG würden zu einer wesentlichen wirtschaftlichen Verbesserung führen, zieht die Fehlentwicklung in der Türkei andererseits Enttäuschung und Kritik gegenüber Westeuropa insgesamt nach sich, und zwar größtenteils unabhängig von den Ursachen und Fehlern, die die türkische Seite zu vertreten hat.

Vor diesem äußerst schwierigen psychologischen Hintergrund kann es Europa nicht darum gehen, sich zu rechtfertigen. Notwendig ist, den Grundproblemen des Assoziierungsverhältnisses und seinen Implikationen für die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen Rechnung zu tragen.

2. DIE PROBLEMATIK DES ASSOZIIERUNGSVERHÄLTNISSES

Das dem Assoziierungsverhältnis zugrunde liegende Assoziierungsabkommen ist seinem Charakter nach ein Abkommen, das auf die Annäherung von Volkswirtschaften abzielt, deren Organisationsform und Entwicklungsgrad grundsätzlich vergleichbar sind. Beide Merkmale sind im Falle der Türkei im Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten der EG nicht gegeben. Soweit es den Entwicklungsstand betrifft, hat die Türkei auch im Vergleich mit den drei Beitrittskandidaten Griechenland, Spanien und

Portugal den niedrigsten Grad aufzuweisen¹⁾. Neben zahlreichen Merkmalen der Unterentwicklung²⁾ weist die Türkei auch noch die Besonderheit eines statistischen Wirtschaftssystems auf mit einem starken staatlichen Sektor und allen daraus folgenden organisatorischen Problemen einer "mixed economy"³⁾.

Darüberhinaus steht die türkische Entwicklungsplanung (Fünfjahrespläne) mit ihrem Hauptgewicht auf Importsubstitution in direktem Gegensatz zu den Zielen der Assoziierungspolitik der EG, wie sie sich im Assoziierungsabkommen und im Zusatzprotokoll ausdrücken, worin die schrittweise Öffnung durch Abbau der Schutzzölle vorgesehen ist⁴⁾.

Die Notwendigkeit der Auflösung dieser Widersprüche wurde verdeckt durch die zunächst relativ günstige türkische Ausgangslage (z.B. hohe Deviseneinnahmen durch Gastarbeiter), durch die Vorteile, die die türkische Wirtschaft in der Vorbereitungsphase genoß, und durch die teilweise volle Ausschöpfung der Terminprojektionen zur Zollangleichung bzw. -aufhebung bis zu 22 Jahren.

Die krisenhafte Entwicklung der türkischen Wirtschaft als Folge der weltweiten Finanz- und Energiekrise hat zu einem Grad des Vertrauensschwunds in den Beziehungen zur EG geführt, der eine Lösung obiger Problematik und damit ein grundsätzliches Überdenken der bisherigen Basis erfordert.

3. DIE AUSHÖHLUNG DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS

Zu den mehr grundsätzlichen Problemen des Assoziierungsverhältnisses tritt die faktische Aushöhlung des Assoziierungsabkommens gerade dort, wo es für die Türkei ursprünglich von Vorteil war. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem

die veränderte Präferenzpolitik der EG gegenüber einer großen Zahl von Drittländern, wie sie in den Vereinbarungen von Lomé und mit den Mittelmeeranrainern zum Ausdruck kommt. Das hat dazu geführt, daß die Zugeständnisse an die Türkei ihren Vorzugscharakter eingebüßt haben, während die Türkei auf der anderen Seite Verpflichtungen gegenüber der EG zu erfüllen hat, die für die genannten Ländergruppen entfallen⁵⁾.

Schließlich sind auch der EG-Agrarprotektionismus, der den für die Türkei wichtigen Agrarexport beschränkt, die Schutzmaßnahmen für die europäische Textilindustrie und die - wohl unvermeidbare - veränderte Haltung der EG in der Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer Maßnahmen, die einer gleichgewichtigen Ausgestaltung des Abkommens entgegenstehen. Diese Tatsache tritt besonders kraß zutage, wenn sie im Zusammenhang mit der für die Türkei äußerst negativen Entwicklung der Handelsbilanz mit den EG-Ländern gesehen wird⁶⁾.

4. ZUR EINSCHÄTZUNG DES ASSOZIIERUNGSVERHÄLTNISSES UND DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG AUS TÜRKISCHER UND EUROPÄISCHER SICHT

Aus Kreisen der türkischen Regierungspolitik und der sie tragenden Gruppen werden in erster Linie die für die Türkei nachteiligen Auswirkungen des Zusatzprotokolls wie überhaupt die Verschlechterung der Bedingungen für die Türkei seit 1973 kritisiert⁷⁾. Darüberhinaus wird die mögliche Gefahr für die türkische Industrie bei fortgesetzter Anwendung des Zusatzprotokolls betont⁸⁾. Daraus leitet sich die türkische Forderung ab nach einer Anpassung des heute nicht mehr ausgeglichenen Zusatzprotokolls an die veränderten Verhältnisse, und einer Wiederherstellung des Gleichgewichts⁹⁾. Auch sollen geeignete Mechanismen herbeigeführt werden, die den Bedürf-

nissen des fortschreitenden Industriebaufbaus der Türkei entsprechen und dem Schutze der im Rahmen der neuen Industrialisierungsstrategie sich rasch entwickelnden türkischen Wirtschaft dienen¹⁰⁾.

Die Herausforderung wird artikuliert als "Turkey's demand for a radical change in the terms and conditions of the Annexed Protocol"¹¹⁾. Der umfangreiche Beschwerde- und Forderungskatalog soll hier nur zusammenfassend als Wunsch der türkischen Seite nach Wiederherstellung der einstmaligen Vorzugstellung, der konsequenten Erfüllung der von der EG übernommenen Verpflichtungen, der verstärkten Berücksichtigung der besonderen türkischen Schwierigkeiten - vor allem Anpassungsschwierigkeiten - sowie einer allgemeinen spürbaren Verbesserung der Bedingungen und Hilfen für die Türkei dargestellt werden¹²⁾.

Stellungnahmen von türkischen Wissenschaftlern deuten mehr auf ein Erkennen der Grundproblematik und der gegensätzlichen Konzeptionen hin, wie sie bereits dargestellt wurden. So werden von den Befürwortern der Assoziierung mit der EG zwar auch die bekannten Probleme der allgemeinen Veränderung und Verschlechterung der Bedingungen in ihrer Bedeutung für die gegenwärtige Krise in den Beziehungen aufgezeigt¹³⁾. Betonung erfährt indessen die Kritik vor allem an der türkischen Wirtschaftspolitik, die bis heute nicht den Versuch gemacht habe, die Konkurrenzfähigkeit der türkischen Wirtschaft schrittweise zu steigern und ein langfristiges Konzept zu entwickeln, das sich an den Zielen der Öffnung der Türkei für ausländisches Kapital und moderne Technologie orientiert, und den Protektionismus aufgibt. Als Schwerpunkt in der Argumentation erscheint die Einschätzung, "the policy of industrialisation through import-substitution has come to a dead-end in Turkey and will have to be changed radically in the near future"¹⁴⁾. Jedoch wird auch die Ansicht vertreten, daß Kom-

promißlösungen auf lange Sicht eine Chance haben könnten¹⁵⁾.

Die Gegner der Assoziierung vernennen die Möglichkeit einer Weiterentwicklung der türkischen Industrie bei Verwirklichung der Zollunion: "Die schrittweise Entwicklung der Zollunion setzt entwickelte nationale Industrien voraus ... Sie hat aber nicht die Funktion, die beschleunigte Entwicklung der Industrie eines Partnerlandes zu ermöglichen"¹⁶⁾. Einige folgern, daß die türkische Industrie ruiniert werde, und daß die Türkei sich damit auf die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen spezialisieren müsse¹⁷⁾. Es werden Forderungen erhoben zum Schutz der türkischen Industrie durch Zollmauern und Einfuhrverbote, und zum Schutz des inländischen Kapitals¹⁸⁾. Man klassifiziert die Hinwendung der Türkei zur EG als Tendenzwende in der türkischen Außen- und Wirtschaftspolitik, die die Türkei in eine neue ökonomische Abhängigkeit von Europa gebracht habe, und die sehr negative Auswirkungen auf die Struktur der türkischen Wirtschaft haben werde¹⁹⁾.

Festzuhalten ist, daß sich die Meinungen und Einschätzungen diametral gegenüberstehen. Während die einen fordern, die Türkei solle sich endlich entschlossen auf den Weg der schrittweisen Angleichung an die Bedingungen einer freien Konkurrenz und einer Integration in die EG begeben, sehen die anderen gerade in der Zuwendung zur EG die Wurzel allen Übels und fordern den Abbruch des begonnenen Annäherungsprozesses.

In den Stellungnahmen der EG und einzelner EG-Vertreter werden die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der Türkei betont und die eigene Kompromißbereitschaft sowie der Wille hervorgehoben, der Türkei so weit wie möglich entgegenzukommen. Grundtenor ist dabei, die Basis der Assoziierungsvereinbarungen aufrechtzuerhalten, in Einzelfragen jedoch eine flexible Handhabung der Bestimmungen vor allem des

Zusatzprotokolls zu zeigen²⁰⁾. Der Erkenntnis, daß die gegenwärtigen Beziehungen an einem Wendepunkt angekommen seien, wird die Erwartung gegenüber gestellt, daß die aufgetretenen Probleme auf der Grundlage des Assoziierungsabkommens überwunden werden könnten, da die Vereinbarungen einen progressiven und entwicklungsfähigen Charakter besäßen²¹⁾. Demgegenüber wird auf deutscher Regierungsseite eingeräumt, daß "die Handlungsmöglichkeiten im Rahmen des Assoziierungsvertrages nicht sehr groß (sind)"²²⁾.

In den Stellungnahmen von europäischen Wissenschaftlern nimmt die Behandlung der Grundproblematik einen breiten Raum ein. Dabei wird die Problematik des unterschiedlichen Entwicklungsstandes, der divergierenden Wirtschaftssysteme und der Inkompatibilität der Strategien aufgegriffen²³⁾. Darüberhinaus wird festgestellt, daß die Türkei wegen ihrer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit auf protektionistische Maßnahmen nicht verzichten könne, die Kontaktnahme mit ausländischen Gesellschaften der Rückstand der türkischen Firmen besonders augenscheinlich gemacht habe, und die ausländischen Gesellschaften in der Türkei bereits teilweise marktbeherrschende Stellungen erworben hätten. Schließlich werden auch die Auswirkungen der zu geringen Zugeständnisse der EG im Handelsbereich eingehend erörtert²⁴⁾.

Eine Gegenüberstellung der Einschätzungen zeigt auf, daß sowohl die offizielle türkische Seite wie auch die EG einerseits die Basis und die Ziele der getroffenen Vereinbarungen derzeit nicht in Frage stellen; andererseits werden von türkischer Seite Forderungen erhoben und von EG-Seite Lösungsmöglichkeiten zu Zugeständnisse signalisiert, die mit dem Assoziierungsabkommen und dem Zusatzprotokoll grundsätzlich nicht vereinbar sind. Das läßt vermuten, daß die aufgezeigte Grundproblematik auf beiden Seiten noch keinen Eingang in den Denk- und Entscheidungsprozeß gefunden hat.

Anders die wissenschaftliche Seite. Ihr ist es möglich, die gegenwärtigen Schwierigkeiten vor einem breiten Problemhorizont zu betrachten und auch vor den Grundproblemen die Augen nicht zu verschließen. Sie liefert damit wichtige Elemente, die für eine mögliche Gesamtlösungsstrategie von großer Bedeutung sind. Es gibt Hinweise, die darauf hindeuten, daß die türkischen Befürworter der EG-Assoziierung ihre Hoffnungen mehr auf einen entschiedenen Wandel in der türkischen Wirtschaftspolitik zugunsten einer Steigerung von Effizienz und Konkurrenzfähigkeit der türkischen Wirtschaft richten. Stellungnahmen aus Europa lassen darüberhinaus erkennen, daß man dort bereit scheint, den geringen Wahrscheinlichkeitsgrad eines solchen Wandels, aber auch die zu erwartenden Folgen und Schwierigkeiten, die er für die türkische Wirtschaft mit sich brächte, in die Überlegungen mit einzubeziehen.

5. PERSPEKTIVEN EINER TÜRKISCHEN EG-VOLLMITGLIEDSCHAFT

Übereinstimmung besteht in der Feststellung, daß die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG an einem Wendepunkt angekommen sind. Der Frage nach der Handlungsfähigkeit der Exekutivorgane beider Seiten kommt damit bei der Beurteilung der Perspektiven zentrale Bedeutung zu. Die derzeitige türkische Regierung wie auch jede andere Regierung, die den eingeschlagenen Weg der Assoziierung an Europa fortsetzte, hat sich nur gegen ihre innenpolitischen Gegner und die wachsende Ablehnungsfront gegen die EG zur Wehr zu setzen; sie ist möglicherweise auch Opfer ihrer eigenen Bürokratie, die den außen- und wirtschaftspolitischen Wandel nur unzureichend mitvollzogen hat, und sich noch immer an den kemalistischen Prinzipien von Autarkie und Protektionismus orientiert²⁵⁾. Jedenfalls ist der Widerspruch in der türkischen EG-Politik zwischen formalem Anspruch und tatsächlicher Realisierbarkeit

keit augenfällig. Diese Widersprüchlichkeit, deren Ursachen systemimmanent zu sein scheinen, legt die Vermutung nahe, daß die türkische Regierung in ihrer Politik gegenüber der EG wie auch im Hinblick auf eine grundsätzliche Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung keine ausreichende Handlungsfähigkeit besitzt, da es ihr an dem erforderlichen Handlungsspielraum und an Durchsetzungsvermögen gegenüber einflußreichen gesellschaftlichen Kreisen mangelt²⁶⁾.

Die Situation auf seiten der EG stellt sich nicht grundlegend besser dar. Der häufig beklagte desolate Zustand der Gemeinschaft, der oft komplizierte innere Entscheidungsprozeß und der schwerfällige Bürokratismus, sowie das Fehlen geeigneter Gesamtstrategien in den Außenbeziehungen und die völlige Konzeptionslosigkeit gegenüber der Problematik der Süderweiterung erwecken nicht den Eindruck, es mit einem handlungsfähigen und kompetenten Partner zu tun zu haben²⁷⁾.

Die gegenwärtige Situation ist somit gekennzeichnet durch ein Maß an Handlungsunfähigkeit, das auf beiden Seiten zu groß ist, um die Vertrauenskrise auf der Basis bzw. trotz eines grundsätzlich ungeeigneten Abkommens mit in absehbarer Zeit nicht realisierbaren Zielprojektionen lösen zu können. Um dennoch die aufgetretenen und sich abzeichnenden Schwierigkeiten bewältigen zu können, bedürfte es der Fähigkeit zu einem äußerst flexiblen Krisenmanagement absolut kompetenter Stellen auf beiden Seiten, zumindest aber auf europäischer. Damit aber kann nicht gerechnet werden.

Bei Berücksichtigung aller derzeitigen sozialen, innen-, außen-, wirtschaftspolitischen und sonstigen Krisenmomente in der Türkei deutet sich an, daß die bisherigen Beziehungen zur EG auf eine Belastungsprobe zusteuern, der beide Seiten in ihrem jetzigen Zustand nicht mehr gewachsen sein könnten. Selbst bei einer größtmöglichen Akzeptierung

der türkischen Forderungen durch die EG würde der Dauercharakter der Krise bestenfalls vorübergehend zurücktreten, um vermutlich sogar verstärkt wieder hervorzukommen. Die Aufhebung sämtlicher EG-Restriktionen gegenüber türkischen Exportprodukten beispielsweise brächte, über eine erste positive (psychologische) Wirkung hinaus, kurzfristig wahrscheinlich keine im Sinne der Lösung der Krise ausreichende Steigerung der türkischen Exportziffern ²⁸⁾.

Die Vertrauenskrise ist struktureller Natur. Gelingt es nicht, aus dem Wendepunkt heraus zu einem Neubeginn auf einer realistischen, d.h. auch flexibleren Basis zu gelangen, so wird ein schwerwiegender Einbruch in den Beziehungen zwischen der Türkei und Europa nicht zu vermeiden sein. Damit würde der Westorientierung in der Türkei möglicherweise der Boden entzogen.

Auf der Grundlage des gegenwärtigen Assoziierungsabkommens und den vorgesehenen Zielprojektionen des Zusatzprotokolls muß die Möglichkeit verneint werden, daß die Türkei in absehbarer Zeit auch nur annähernd einen Stand erreichen könnte, der die Bewerbung um die Vollmitgliedschaft in der EG als sinnvoll erscheinen läßt.

6. SCHLUßFOLGERUNGEN

6.1. Die Assoziierungsbasis, auf die die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei gestellt wurden, war von Beginn an ungeeignet, um den Grundwidersprüchen zwischen dem türkischen Entwicklungsstand, dem türkischen Wirtschaftssystem und den türkischen Entwicklungszielen einerseits sowie den wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen und Zielsetzungen der EG andererseits in ausreichendem Maße Rechnung tragen zu können. Mit den Assoziierungsvereinbarungen wurde die Vertrauenskrise

vorprogrammiert. Sie bilden damit eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Misere.

6.2. Zur Bewältigung der Krise reicht es nicht aus, im Rahmen von Neuverhandlungen über das Zusatzprotokoll den türkischen Forderungen weitgehend entgegenzukommen. Um auf europäischer Seite die Voraussetzungen zu schaffen für eine positive künftige Entwicklung der Beziehungen ist darüberhinaus erforderlich, Zielprojektionen und teilweise auch Charakter des Vertragswerks grundlegend zu revidieren.

6.3. In der gegenwärtigen Lage würde ein möglicher Vorschlag der EG, die Assoziierungsbasis mit Mitgliedsperspektive zugunsten einer geeigneteren Grundlage aufzugeben, sehr wahrscheinlich von türkischer Seite abgelehnt und als Versuch zur Rückstufung gedeutet werden. Dies vor allem mit Blick auf Griechenland. Zudem würden sich aus einem solchen Schritt neue Probleme ergeben. So wäre es innerhalb der EG schwer durchsetzbar, eine nicht-assozierte Türkei im Rahmen der EPZ stärker zu beteiligen. Gerade das ist aber wünschenswert und wird von der Türkei auch gefordert. Es ist daher eine Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen anzustreben, die zwar den Assoziierungsstatus mit Mitgliedsperspektive - allerdings ohne jede Terminierung - aufrechterhält, die inhaltlich aber auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse des Entwicklungslandes Türkei abgestimmt ist.

6.4. In die dringend erforderliche Entwicklung eines tragfähigen Konzepts für die Beziehungen mit der Türkei müssen, wenn es Erfolg haben soll, folgende Überlegungen miteingehen:

- Vor dem gegenwärtigen innenpolitischen und sozialen Hintergrund ist nicht zu erwarten, daß die türkische Regierung an Handlungsfähigkeit hinzugewinnen wird. Die türkischen Verhältnisse und Bedingungen müssen so genommen

und berücksichtigt werden, wie sie nun einmal sind. Ektatismus, Protektionismus und Importsubstitution etwa sind Tatsachen, die - zumindest teilweise und auf absehbare Zeit - akzeptiert werden müssen. Es ist davon auszugehen, daß sich bedeutende Teile des türkischen Regierungs- und Verwaltungsapparates bei der Frage der Implikationen und Konsequenzen des Assoziierungsabkommens für die türkische Politik entweder der Tragweite nicht bewußt waren, oder sich in der Durchsetzbarkeit geirrt haben.

- Um die Beziehungen künftig von möglichen Belastungen weitgehend freizuhalten und darüberhinaus den türkischen EG-Gegnern keinen zusätzlichen Zündstoff zu liefern, sollten die Verpflichtungen für die Türkei denkbar gering gehalten werden. So erscheint es ratsam, auf die Vereinbarung fester Termine zum Zoll- bzw. Kontingentabbau ganz zu verzichten. Während einerseits die Termine von der Türkei bisher ohnehin z.T. nicht eingehalten wurden, führte andererseits die bloße Existenz derartiger Vereinbarungen zu erheblichen Befürchtungen in der türkischen Öffentlichkeit und trug damit zur Verschärfung der Krise bei.
- Die EG sollte auf jede Art von Protektionismus gegenüber türkischen Produkten verzichten. Bei der vielzitierten geringen Effizienz der türkischen Wirtschaft besteht keine Gefahr, daß der EG-Markt mit türkischen Produkten überschwemmt würde.
- Es ist davon auszugehen, daß in der Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer eine grundlegend veränderte Position seitens der EG nicht möglich sein wird. Davon muß der türkische Partner überzeugt werden.
- Zur schnelleren Feststellung möglicher Schwierigkeiten und zu deren umgehender Beseitigung reicht der bisherige

Konsultationsmechanismus nicht aus. Dem Assoziierungsrat könnte eine ständige europäisch-türkische Kommission aus kompetenten Fachleuten beigeordnet werden, die für ein reibungsloses Funktionieren zu sorgen hätte, und deren Lösungsvorschläge - da problemorientiert und praxisnah - bessere Aussichten auf Realisierung hätten. Wichtig ist, daß aufkommende Mißverständnisse und Divergenzen schon im Entstehungsstadium ausgeräumt werden können.

So könnte der Kreis der türkischen EG-Befürworter langfristig vielleicht erweitert werden.

- Das Grundproblem der Beziehungen ist neben der immensen Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen politischer Natur. Grundtenor bei der Behandlung sämtlicher mit der Türkei zusammenhängender Fragen muß für Europa daher sein, der besonderen Bedeutung der Türkei Rechnung zu tragen, indem die besonderen Probleme dieses Landes zwischen Europa und Orient berücksichtigt werden. Darum dürfen - unabhängig von der Gestaltung der zukünftigen vertraglichen Grundlagen - keine Anstrengung zu groß und kein Mittel zu teuer sein, um die Türkei langfristig in ihrem Konsolidierungs- und Entwicklungsprozeß abzustützen. Die gerade laufende Hilfsaktion im Rahmen der OECD geht in die richtige Richtung und zeigt, daß Europa auch in Zukunft über den Rahmen von Vereinbarungen hinaus zu schneller und unkonventioneller Hilfe bereit sein muß.

ANMERKUNGEN

- 1) vgl. K.O. Henze: Die EG-Mitgliedschaft der Türkei aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland. In: Die Türkei auf dem Weg in die EG, Hrsg.: W. Gumpel, München/Wien 1979, S. 177.
- 2) vgl. W. Gumpel: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG und ihre möglichen Alter-

- nativen. Ebenhausen bei München 1977, S. 10/11.
- 3) ebenda, S. 18; (gemischtes Wirtschafts-System, das neben marktwirtschaftlichen auch staatliche Planungs- u. Interventionselemente enthält).
 - 4) ebenda, S. 39.
 - 5) vgl. U. Steinbach: Kranker Wächter am Bosphorus. Freiburg/Würzburg 1979, S. 110/111.
 - 6) vgl. W. Gumpel, aaO., S. 30.
 - 7) vgl. Y. Keskin: The Turkey-EEC-Association and Its Problems. In: Die Türkei auf dem Weg in die EG, aaO., S. 68/69; desgl. O. Okyar: Reciprocal Import Restriction Reductions in Industry between Turkey and EEC. Ebenda, S. 139/140; desgl. K. Inan: Die innenpolitischen Wurzeln der türkischen Kritik an Westeuropa. Ebenda, S. 196 f., der v.a. die politische Haltung der EG gegenüber der Türkei nach der Ölkrise und zum amerikanischen Waffenembargo sowie zu den griechisch-türkischen Streitigkeiten infolge des Zypernkonflikts kritisiert.
 - 8) vgl. Okyar, aaO., S. 140.
 - 9) vgl. die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes Ankara. In: Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Hrsg.: H. Hasenpflug/B. Kohler, Hamburg 1977, S. 221/222.
 - 10) ebenda, S. 222.
 - 11) M. Hic: The Importance of Turkey's Development Strategy for Her Integration into EEC. In: Die Türkei auf dem Weg in die EG, aaO., S. 22.
 - 12) vgl. dazu im einzelnen: U. Steinbach, aaO., S. 109 ff.
 - 13) vgl. M. Hic, aaO., S. 22/23.
 - 14) O. Okyar, aaO., S. 145; vgl. auch O. Aktan: Balance of Payments Problems of Turkey from the Point of View of Eventual Integration with the EEC. Ebenda: S. 164. Aktan schreibt, "the Turkish economy seems to be at the cross-roads".
 - 15) vgl. M. Hic, aaO., S. 43.
 - 16) B. Aren: Gecis Dönemine Girilemez. Zitiert nach: S.A. Bahadır: Europa und die Türkei. In: Europäische Periphe-

rie, Hrsg. C. Leggewie/M. Nikolinakos, Meisenheim am Glan 1975, S. 171/172.

- 17) vgl. S.A. Bahadir, aaO., S. 167, 171, 184; desgl. W. Gumpel: Die Europäische Gemeinschaft- Chance oder Risiko für die türkische Wirtschaft. In: Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, aaO., S. 184/185; desgl. U. Steinbach, aaO., S. 108.
- 18) vgl. A.Aker: Türk Endüstrisi ve Ortak Pazar. In: S.A. Bahadir, aaO., S. 172.
- 19) vgl. S.A. Bahadir, aaO., S. 164 und 183.
- 20) vgl. K.O. Henze, aaO., S. 170/171, zur Absichtserklärung der EG vom Dez. 1976; vgl. auch G.P. Papa: Relations between the EC and Turkey. In: Die Türkei auf dem Weg in die EG, aaO., S. 51.
- 21) ebenda, S. 47.
- 22) K.O. Henze, aaO., S. 178.
- 23) vgl. W. Gumpel: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG, aaO., S. 33 ff; ders.: Die Vollmitgliedschaft der Türkei im Lichte der Problematik unterschiedlicher Wirtschaftssysteme. In: Die Türkei auf dem Weg in die EG, aaO., S. 17; ders.: Die Europäische Gemeinschaft, aaO., S. 194/195.
- 24) ebenda. S. 195/196.
- 25) vgl. dazu die Studie der "Staatlichen Planungsorganisation" Ankara, in: S.A. Bahadir, aaO., S. 166/167; vgl. auch U. Steinbach, aaO., S. 112.
- 26) ebenda, S. 113; vgl. auch W. Gumpel: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG, aaO., S. 25/26: aufschlußreich erscheint in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen den liberalen Zielen des Gesetzes Nr. 6224 ("Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals") und dessen restriktiver Auslegung und Anwendung, so wie dort dargestellt.
- 27) vgl. B. Kohler: Die Süderweiterung der Gemeinschaft. In: Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, aaO., S. 15 ff, zur Konzeptionslosigkeit der EG.
- 28) vgl. K.O. Henze, aaO., S. 171.

1. The Association Agreement, as the basis of the relationship between the EEC and Turkey, was from the start not suited to resolving adequately the fundamental contradictions between on the one hand the Turkish state of development, the Turkish economic system and Turkish development objectives, and on the other hand the politico-economic foundations, conceptions and aims of the EEC. Hence the current crisis of confidence was programmed with the Association Agreement. This is one of the main reasons for the present calamity.
2. In managing this crisis it is not enough to cooperate extensively with Turkish requests in the setting of new agreements over the Additional Protocol. It is further necessary to revise objectives and in part revise the character of the agreement, in order to create on the European side the conditions for a positive future development of the relationship.
3. In the present position a possible recommendation by the EEC to give up the Association basis with the prospect of full membership, in favour of a more appropriate basis, would very likely be rejected by the Turkish side and might be seen as an attempt at downgrading. This applies in particular with relevance to Greece. In addition, such a step would result in new problems. It would be very difficult within the EEC for a non-associated Turkey to participate more strongly in the framework of the political information mechanism. It is exactly this which is desirable in general and is demanded by Turkey. Hence a basis for the bilateral membership should be promoted which maintains without doubt

the Association Status with prospect of full membership (of course without a strict date of entrance). However, this status should be adjusted with regard to the possibilities and needs of a less developed country.

4. If success is sought, it is necessary that a sound concept for the relationship with Turkey ought urgently to be developed. For this concept, the following considerations should be borne in mind:
 - In the context of the present internal political and social background, it can not be expected that the Turkish government will improve its capacity to take legal actions. Internal Turkish conditions and relationships have to be taken and considered as given. Facts, which have to be accepted, at least in part and for the near future, are Etatism, protectionism and import substitution. It has to be assumed that important parts of the Turkish government and the civil service either did not realise the implications and consequences of the Association Agreement, or they made mistakes in the winning of recognition for it within Turkish politics.
 - The Turkish commitment should be kept small, so as to keep the future relationship free from possible stress and in addition not to give further fuel to the opposition within Turkey to the EEC. It appears advisable to give up the agreement of strict target dates for the reduction of customs duties and quotas. Whereas the target dates for Turkey were until now partly not observed, the mere existence of such agreements led to considerable misgivings in the Turkish public, and contributed to the intensification of the crisis.
 - The EEC should give up any kind of protectionism against Turkish products. Because of the often quoted modest efficiency of the Turkish economy, there exists no real danger that the EEC market would be flooded with Tur-

kish products.

- It may be assumed that a basic change in the EEC position will not be possible on the question of freedom of movement for the Turkish labour force, and Turkey has to be convinced of this.
- The consultation mechanism is not sufficient for the quick location of possible difficulties and for their swift alleviation. A permanent European-Turkish commission with competent specialists could be assigned to the Association Council, which would be responsible for smoother functioning. Its proposals would have a better chance for realization if they were more problem-oriented and closer to practice. It is important that the disagreements and divergences can be solved at an early stage.
- The basic problems of the relationship is of a political nature, despite the immense importance of the economic relationship. Hence the special relevance of Turkey has to be taken into account as the basic element of the treatment of all questions connected with this country. The particular problems of Turkey all involve its special situation between Europe and the Orient. For this reason no efforts should be too expensive to support Turkey in the long run in its development and consolidation process. The actions, which are currently being undertaken by the OECD go in the right direction and show that Europe has to give quicker and more unconventional assistance in future beyond the setting of agreements.

DER STELLENWERT DER MIGRATION FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER TÜRKEI UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ARBEITNEHMER-INVESTITIONEN

von Murat Ugur Aksoy

1. EINLEITUNG

Um die Auswirkungen der Migration aus der Türkei auf die türkische Wirtschaft richtig bemessen und bewerten zu können, sollen in erster Linie die Spareinlagen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland und deren Benutzungsbereiche ins Auge gefaßt werden. Seit der Entsendung der Arbeitskräfte nach dem Ausland sind die türkischen Arbeitnehmer ständig die stabilste und größte Devisenquelle für die Türkei gewesen. Der genaue Betrag der Spareinlagen der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist zwar nicht festzustellen, aber die Untersuchungen ergeben eine Summe, die sich im Jahr 1977 auf DM 3,7 bis 3,9 Milliarden belief¹⁾. Wenn man bedenkt, daß über 90% der Geldüberweisungen in Höhe von 981,8 Millionen DM in die Türkei aus der BRD transferiert werden, ist anzunehmen, daß zumindest 2 Milliarden DM in der BRD verblieben sind²⁾. Diese Geldüberweisungen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland spielen eine große Rolle als Deckung des Zahlungsbilanzdefizits und dienen als Finanzierungsquelle für den notwendigen Import der Türkei³⁾.

Ohne auf Art und Benutzung der Geldüberweisungen in die Türkei näher einzugehen, möchte ich mich wegen der Breite des Themas auf die Unternehmen beschränken, die durch die türkischen Arbeitnehmer in der BRD mit dem Zweck, in der Türkei zu investieren, gegründet worden sind. Wegen der Ausschöpfung dieser Spareinlagen umfassen sie einen großen Bereich und tragen mehr zur Industrialisierung der Türkei als zum Außenhandel bei. Von diesen Unternehmen klammere ich die Dörfentwicklungs-genossenschaften aus, weil sie als Gründungsform ungeeignet

sind und bei den Arbeitnehmern keinen großen Anklang gefunden haben⁴⁾.

2. DIE ARBEITNEHMERGESELLSCHAFTEN (ANG) UND DEREN ROLLE IN DER WIRTSCHAFT

2.1. Einige Angaben über die ANGen

Die Idee der ANGen entwickelte sich im Jahre 1965 unter den in der Bundesrepublik lebenden Türken. Die Motive für die Gründung der ANGen sind sehr unterschiedlich. Der relevante Grund ist jedoch der starke Wunsch der Arbeitnehmer im Ausland, auch die Türkei bzw. ihre Region in einen der Bundesrepublik ähnlichen Entwicklungsstand zu versetzen⁵⁾. Ein anderer wichtiger Beweggrund ist sicher die Schaffung neuer finanzieller Möglichkeiten und die Aussicht, später nach der Rückkehr einen Arbeitsplatz für sich und für ihre Familienmitglieder gesichert zu sehen⁶⁾.

Die Definitionsprobleme der ANGen können zu verschiedenen Zahlen führen⁷⁾, jedoch nach den türkischen Richtlinien ist eine Gesellschaft dann eine ANG, wenn mindestens $\frac{2}{3}$ ihrer Kapazität von den im Ausland lebenden türkischen Arbeitnehmern aufgebracht sind⁸⁾ und sie mindestens 100 oder 250 Aktionäre hat. Hat die Gesellschaft 100 Aktionäre, so müssen alle Aktien vinkulierte Namensaktien sein, und keiner der Aktionäre darf mehr als 10% Aktien zeichnen. Wenn die Mindestzahl der Aktionäre 250 beträgt, so können auch Inhaberaktien emittiert werden, jedoch darf keiner der Aktionäre mehr als 5% der Anteile besitzen⁹⁾. Die Vorzugsaktien sind in beiden Formen selbstverständlich ausgeschlossen.

Heute gibt es nach den obigen Kriterien 222 ANGen, von denen 94 Gesellschaften realisiert und in der Produktion sind.

71 Gesellschaften befinden sich in der Realisierungsphase, und 27 Gesellschaften sind noch in der Planung, 30 Gesellschaften in der Phase der Vorplanung¹⁰⁾.

Die Gesamtinvestition dieser Gesellschaft beträgt knapp 10 Milliarden¹¹⁾. Die Investitionen der ANGen sind auch im Rahmen des vierten Fünfjahresplans fest eingeplant worden, was bedeutet, daß die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gesellschaften ständig wächst. Das Gesamtkapital dieser Gesellschaften beträgt etwa 3 Milliarden TL¹²⁾.

Über 160 000 türkische Arbeitnehmer im Ausland sind Aktionäre dieser ANGen, und 5300 Arbeitsplätze sind bereits, und weitere 6300 Arbeitsplätze werden noch geschaffen¹³⁾.

2.2. Der Beitrag der ANGen zur Wirtschaft und Industrialisierung

Die ANGen leisten zunächst durch ihre Investitionen direkt einen Beitrag zum Bruttosozialprodukt in der Türkei. Die gesamte Investitionssumme der realisierten Projekte zusammen mit den sich in Realisierung befindenden Projekten machte im Jahr 1977 etwa 2,8% der in der Türkei realisierten Gesamtinvestitionen aus¹⁴⁾. Die Investitionen der türkischen ANGen gewinnen auch an Bedeutung dadurch, daß das Schwergewicht der Investitionen auf dem verarbeitenden Industriesektor liegt, den Entwicklungsplänen gemäß erhöht sich der Anteil des Industriesektors am Bruttosozialprodukt¹⁵⁾; 90,4% der Projekte der ANGen konzentrieren sich auf diesen Sektor¹⁶⁾.

Die ANGen tragen mittelbar und unmittelbar zur Beseitigung der Devisenknappheit in der Türkei bei, die bei der Realisierung der neuen Investitionen und in vielen Fällen bei der Aufrechterhaltung der vorhandenen Kapazitäten einen Engpaß bildet.

Durch die ENGen werden weiterhin neue Technologien und das "Know-how" eingeführt, die dann bewirken, daß eine Änderung der Produktionstechnik vorgenommen und somit die Gesamtproduktion positiv beeinflußt wird¹⁷⁾.

Die ANGen leisten auch einen bemerkenswerten Beitrag zur Beseitigung des Entwicklungsgefälles zwischen den verschiedenen Regionen der Türkei. 58,2% der ANGen wählen als Standorte für ihre Projekte Zentral- und Ostanatolien, während 41,8% in der Marmara- und in der Ägäischen Region begründet sind¹⁸⁾. Die wichtige Komponente bei der Standortwahl ist sicher die starke Regionsverbundenheit der türkischen Arbeitnehmer. Daher sind die ANGen auch bevorzugt vor den anderen Privatunternehmen, die in der Türkei davon Abstand nehmen, in den rückständigen Regionen zu investieren.

Wenn die ANGen aus beschäftigungspolitischer Sicht betrachtet werden, kommt man zu dem Fazit, daß sie auch in diesem Bereich einen sehr wichtigen Beitrag leisten. Insgesamt sind 15.000 direkte industrielle Arbeitsplätze mittelfristig vorgesehen. Wird von dem Aspekt des staatlichen Planungsamtes ausgegangen, daß ein direkter Arbeitsplatz noch drei weitere mittelbare Arbeitsplätze schafft, kommt man zu dem Ergebnis, daß durch die derzeitigen ANGen 45-50.000 Stellen entstehen werden¹⁹⁾. Wenn man bedenkt, daß diese Arbeitsplätze überwiegend in Ostanatolien sind und sein werden, wird die Bedeutung der ANGen im Hinblick auf ihren soziologischen Beitrag bei der Verhinderung der inländischen Migration und der Entstehung von Ballungsgebieten noch klarer.

Neben den wirtschaftlichen Zielen stellt die neue Unternehmensform einen sozialen Wandel dar, der insbesondere auch einen Entwicklungsprozeß in der ländlichen Türkei herbeiführen soll²⁰⁾. Den türkischen ANGen kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil sie den Modellcharakter von Selbsthilfe-

organisationen²¹⁾ besitzen und in diesem Rahmen das Volk eine wichtigere Rolle übernimmt als die Konsumenten, nämlich die des "Produzenten"²²⁾, was einer der Kernpunkte des neu entstehenden Volkssektors ist.

3. FÖRDERUNGSMABNAHMEN FÜR ANGen

3.1. Förderung durch die Bundesrepublik

Die deutschen Stellen betrachteten diese Initiative der türkischen Arbeitnehmer als ein Reintegrationsmodell²³⁾. Aus diesem Grunde erweckte dieses Modell großes Interesse in denjenigen europäischen Ländern, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen²⁴⁾.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der türkischen Republik wurde am 7. Dezember 1972 ein Abkommen zur Förderung der beruflichen Wiedereingliederung von in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten türkischen Arbeitnehmern in die türkische Wirtschaft unterzeichnet. Das Abkommen sieht Zielgruppen vor: erstens die Arbeitnehmer, die in die Türkei zurückkehren und sich reintegrieren wollen, zweitens die ANGen und als letztes die Dorfentwicklungsgenossenschaften. Durch dieses Abkommen wird den rückkehrwilligen Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben, sich als qualifizierte Arbeitskraft fortbilden zu lassen. Für die ANGen und die Dorfentwicklungsgenossenschaften sieht das Abkommen die finanzielle Förderung in Bezug auf die Errichtung eines Kreditsonderfonds und Betriebsplanung, sowie technischen Beratungsdienst vor. Im Rahmen des Abkommens wurde eine gemischte deutsch-türkische Arbeitsgruppe gebildet, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern beider Regierungen zusammensetzt.

Im vorletzten Treffen der Arbeitsgruppe am 13.-14. November 1979 wurde der Kreditsonderfonds, der in der Türkei in Halk Bankasi (Volksbank) mit einem Zinssatz von 11% errichtet wurde, auf 12 Millionen DM erhöht; 6 Millionen DM davon werden von deutscher Seite aufgebracht²⁵⁾. Außerdem wurde auf der Sitzung der Arbeitsgruppe am 21.7.1978 ein Zinszuschuß von 1,5 Millionen DM für die ANGEn vorgesehen, und der Betrag wurde auf Antrag von DESIYAB an diejenigen ANGEn gezahlt, die schon einen Kredit bekommen hatten.

Die Hilfen, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch bundesbeauftragte Beratungsinstitutionen im Rahmen der Beratung an die einzelnen ANGEn fließen, sowie die Übernahme der Kosten der Feasibility Studien oder zum Teil die der Detailplanung oder Abstimmung eines Experten, werden nicht zurückgefordert.

Die Frage, wie weit diese ANGEn im Reintegrationsprogramm zu bewerten sind, kann mit folgenden Überlegungen beantwortet werden:

Es ist sicher, daß nicht alle Aktionäre später in ihrer Fabrik arbeiten wollen²⁶⁾. Ein Arbeitsplatz in der Türkei (Job creation ratio) kostet je nach Region etwa 500.000 bis 1 Mill.TL²⁷⁾. Daher könnten nur 11,3% der Aktionäre einen Arbeitsplatz erhalten. Nach dem Stand von 1973 wurden von 1000 geschaffenen Arbeitsplätzen nur 354 durch Aktionäre besetzt²⁸⁾. Der sog. Reintegrationseffekt lag also bei 35.4%.

Wenn davon ausgegangen wird, daß dieser Prozentsatz sich im Laufe der Zeit nicht erheblich geändert hat, kann gesagt werden, daß von 6000 Arbeitsplätzen im September 1978 rund 2000 durch die Anteilinhaber besetzt worden sind. Aus einer Untersuchung ging hervor, daß die meisten Arbeitnehmer nicht daran interessiert sind, nach der Rückkehr in ihre Heimat

in einer Fabrik weiterzuarbeiten²⁹⁾.

Bedenkt man ferner, daß die ANGen ihre Maschinen zum großen Teil von der BRD kaufen, erscheint es als angebracht, dieses sog. türkisch-deutsche Modell eher als entwicklungspolitisches Kooperationsprogramm zu betrachten.

3.2. Förderung durch die türkische Regierung

Außer den in den Erlassen in Bezug auf die Förderungsmaßnahmen für Investitionen vorgesehenen allgemeinen Förderungen³⁰⁾ hat die türkische Regierung in verschiedenen Regelungen Erleichterungen für Investitionen der ANGen vorgesehen.

Für die Förderung der Arbeitnehmerinvestitionen hat die türkische Regierung eine staatliche Industrie- und Arbeitnehmer-Investitionen-Bank DESIYAB gegründet. Nach den letzten Zahlen hat DESIYAB bis Januar 1980 sich an 38 Gesellschaften - 29 davon sind ANGen - mit einer Summe von 723,6 Millionen TL beteiligt und bis Dezember 1979 an 33 Gesellschaften Kredite in einer Höhe von 753,8 Millionen TL vergeben³¹⁾. Von diesen Krediten sind 517,7 Millionen TL als Investitionskredite und 236,1 Millionen TL für Betriebsmittel gewährt.

Die türkische Volksbank (HALK BANKASI) hat bis zum 17.8.80 28 ANGen 140 Millionen TL als Investitions- und 165 Millionen TL als Betriebskredite vom deutsch-türkischen Sonderfonds zugesichert³²⁾. Außerdem wurde die Kreditdecke von HALK BANKASI in der vorletzten Sitzung der deutsch-türkischen Arbeitsgruppe auf 40 Millionen TL erhöht³³⁾.

Die türkische Regierung hat auch den ANGen die Möglichkeit gegeben, aus den unentgeltlichen Importrechten Nutzen zu ziehen³⁴⁾. Man hat zuvor Prämien für Devisensparen aufgehoben, und wegen der Aufhebung der Kursgarantie ist auch

die Errichtung konvertibler Devisenkonto³⁵⁾ nicht mehr interessant, jedoch zuletzt hat man doch erlaubt, daß die türkischen ANGen ihre Maschinen in die Türkei als Sachkapital einführen dürfen³⁶⁾.

Die ANGen genießen volle Förderung seitens der türkischen Regierung, wenn sie mindestens 25% ihrer Gesamtinvestition durch die vom Ausland transferierten Devisen schaffen³⁷⁾. Außerdem hat die Regierung im Rahmenerlaß der türkischen Republik über ausländische Investitionen vom 24. Januar 1980 die Möglichkeit zur Beteiligung der ausländischen Unternehmen an den ANGen vorgesehen, indem gesagt wurde, daß bei Betrieben mit ausländischem Kapital das Beteiligungsverhältnis mehr als 49% betragen kann, wenn türkische Arbeitnehmer im Ausland daran mindestens mit 25% beteiligt sind.

Außerdem besteht für die ANGen eine gute Möglichkeit, daß sich selbst auch die örtliche Stadtverwaltung an der ANG beteiligt, da sie eng mit der Region verbunden ist. Über die Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen wird in den Sanierungsvorschlägen für die ANGen gesprochen.

4. DIE FRAGEN DER ANGEN UND SANIERUNGSVORSCHLÄGE

In diesem Kapitel werden die wesentlichen und häufigen Fragen der ANGen aufgezeigt, angewandte Lösungen zu diesem Problem erörtert und Lösungsvorschläge unterbreitet.

Gründungsprobleme sind in erster Linie die Projektauswahl und die Bestätigung der Satzung der ANG durch die Notare bei den türkischen Vertretungen im Ausland.

Bei den ANGen wählt die Pioniergruppe häufig für die Gesellschaft solch große und importbedürftige Projekte, die mit

ihrer Potenz nicht realisiert werden können. Die Gründe dafür liegen in dem Wunsch, die Türkei so zu industrialisieren, daß sie mit anderen europäischen Ländern in Wettbewerb treten kann. Dabei werden natürlich die Investitionsbedingungen und die Bedürfnisse der Region, in der sie investieren wollen, nicht berücksichtigt.

Zur Lösung dieser Frage hat das BFTI vor kurzem den Entschluß gefaßt, den ANGen die Projekte zu entwerfen, deren Gesamtinvestition nicht zu teuer und keineswegs vom Import abhängig sowie auch stufenweise realisierbar ist. Wenn die Importstatistik der Türkei untersucht wird, finden sich so zahlreiche Einzelprodukte, die ohne weiteres in der Türkei hergestellt werden können. Damit erreicht man schon den Absatzmarkt der Türkei. Wegen der Beharrung des staatlichen Planungsamtes auf der Exportorientierung der Projekte muß ich erwähnen, daß die ANGen nicht gezwungen werden sollten, an einen Export zu denken, bevor sie selbst den ersten Produktionssprung geschafft haben.

Wenn das Projekt dann ausgewählt wird, kommt es zur Vorbereitung der Satzung. Hier zeigt sich das Problem bei der Bestätigung der ANG-Satzung durch die Notare der türkischen Konsulate im Ausland. Wegen des von der türkischen Regierung festgelegten speziellen Kurses³⁸⁾ werden seitens der Notare für die von ihnen abgeschlossenen Geschäfte 5,75 TL pro 1.-DM in Rechnung gestellt.

Gemäß dem Gebühren- und Abgabengesetz der Türkei muß jeder Gründer pro Unterschrift 0,5% Gebühr für das aufgebrachte Kapital zahlen. Die höchste Gebühr darf den Betrag von 25.000,- TL nicht übersteigen, was im Konsulat DM 4.350,- sind. Dieser Betrag ist im normalen Kurs 195.000 TL, also 167.000 TL mehr als die höchsten Gebühren. Das ist von vornherein eine unnötige Verschwendung.

Wir empfehlen daher, durch einen Bevollmächtigten die ANG in der Türkei zu gründen und erst dann die weiteren Geschäfte in der BRD zu erledigen³⁹⁾.

Finanzierungsprobleme der ANGen haben sich immer in verschiedenen Umfragen als vorrangig gezeigt. Im Hinblick auf die Finanzierung muß hier auf eine Frage aufmerksam gemacht werden: türkische juristische Personen dürfen des Währungsgesetzes wegen im Ausland kein Konto führen und wenn doch, so müssen sie auf dieses Konto eingezahltes Geld innerhalb von 3 Monaten in die Türkei transferieren. Das führte bei den ANGen zu Schwierigkeiten mit ihren Aktionären; bei unterschiedlichen Einzahlungsfristen kann es wegen der ständigen Kursänderungen zu unterschiedlichen Anteilsbewertungen kommen, was unter den Aktionären stets Unruhe geschaffen hat. Ein weiteres Problem besteht darin, wie eine solche ANG ihr Geld wieder ins Ausland transferieren kann, um ihre Ausrüstung zu besorgen.

Weil das türkische Währungsschutzgesetz es erlaubt, daß im Ausland ansässige natürliche Personen auch dort Konten haben können, werden hier in der BRD für die ANGen die sog. Treuhandkonten eröffnet, was im türkischen Recht unbekannt ist; erst durch diese Konten kann die ANG ihren Aktionären eine bestimmte Kursgarantie geben und mit den auf diesen Konten gesammelten Geldern als Sacheinlage ihre Ausrüstung kaufen und sie auch durch unentgeltliches Importrecht in die Türkei bringen. Somit werden auch die Gegensätze zwischen dem Währungsschutzgesetz und den Erlassen zur Förderung der Investitionen und dem Erlaß über unentgeltliches Importrecht aufgehoben⁴⁰⁾.

Ein erhebliches Problem zeigt sich bei der Kapitalansammlung. Der Aktionär möchte erst dann die Kapitalansammlung mitmachen, wenn er die nötigen Sicherheiten in der ANG gesehen

hat. Wird somit ein Projekt falsch und zu groß ausgewählt und das Geld ständig in die Türkei transferiert, und es verliert dadurch an Wert, verlängert sich die Realisierungsdauer des Projektes⁴¹⁾, was wiederum zur Folge hat, daß der Aktionär sein Vertrauen in die Gesellschaft verliert.

Obwohl die Aktionäre glauben, die Tatsache, daß sie eine Urkunde oder ein Wertpapier - seien es nun Aktion oder Interimsscheine - in der Hand haben, könne ihnen die nötige Sicherheit geben, reicht das für eine Sicherheit nicht aus. Außerdem bedarf es erst einmal der Genehmigung des türkischen Finanzministeriums, Aktien in der BRD zu vertreiben, und es verstößt gegen die Regelungen des Börsen- und Investitionsgesetzes der BRD, weil in der BRD Wertpapiere nur über Börsen und Banken zu beziehen sind.

Es ist hier ratsam, für die Projekte eine Vorfinanzierung seitens beider Regierungen zu schaffen, damit das Vertrauen der Gesellschafter nicht zunichte gemacht wird.

Es ist auch möglich, diese Vorfinanzierungsfrage durch eine Kooperation mit ausländischen Unternehmen für eine bestimmte Zeit zu lösen. Kooperation in diesem Sinne muß keine Beteiligung sein, sondern Zusammenarbeit bei der Realisierung des Projektes⁴²⁾. Eine solche Kooperation kann auch gegenseitige Unterstützung im Absatzmarkt, sowie Re-Export von Produkten, Zusammenarbeit beim Export beinhalten. Das ist mehr als eine Lizenzvergabe.

Die Gesellschaften, die keine Vorfinanzierungsmöglichkeiten haben, neigen dazu, Fremdfinanzierungs-Kredite zu erhalten. Kredite mit einem günstigen Zinssatz, etwa 11%, von den Kredit-Sonderfonds zu erhalten, ist nicht so leicht, weil die Bedingungen der fondsführenden Bank in Bezug auf Sicherheiten sehr schwer zu erfüllen sind. Die Katastrophe tritt dann ein,

wenn die ANGen in der Türkei Devisenkredite erhalten.

Das kann als eine Schlinge um den Hals angesehen werden, weil die Kursgarantie der türkischen Regierung nicht mehr besteht. Die Gesellschaften, die schon einen Devisenkredit bekommen haben, müssen jahrelang ihre Kreditschulden abzahlen, bevor sie Dividende ausschütten können.

Es wäre wohl eine Lösung, wenn ein Teil des Kredit-Sonderfonds für ANGen in der Devisenform errichtet würde. Demgemäß könnte man auch die Zinssubventionen für ANGen in der Devisenform zur Verfügung stellen. Die Zinssätze für Devisenkredite müssen geringer gehalten werden als die Zinssätze der inländischen Kredite⁴³⁾. Es kann auch daran gedacht werden, daß - wie es in Portugal der Fall ist - die Differenz der Zinssätze für Devisenkredite und inländische Kredite von den ANGen in der inländischen Währung auf einen Fonds bezahlt wird, der durch die türkische Zentralbank bestimmt wird. Somit kann die Kursgarantie wieder vom Staat übernommen werden.

Den ANGen sollte auch auferlegt werden, am Ende jeden Jahres nach dem Prinzip der Publizität ihre Bilanzen zu veröffentlichen; daher müssen ihre Bücher ordentlich geführt und von einem unabhängigen qualifizierten Rechnungsprüfer kontrolliert werden. Dadurch können die ANGen mehr an Vertrauen gewinnen, und Mißbräuche werden verhindert.

Die angepaßte Technologie ist ein weiterer wichtiger Punkt für die ANGen. Auf Anregung des staatlichen Planungsamtes wählen sie häufig für sich die modernste und kapitalintensive Technologie, ohne auf Rohmaterial, auf den Absatzmarkt, sowie auf die lokalen Gegebenheiten wirklich Rücksicht zu nehmen⁴⁴⁾, und zahlen auch sehr hohe Royalties. Vor kurzem hat die türkische Regierung auch die Möglichkeit aufgehoben,

gebrauchte Maschinen in die Türkei einzuführen.

Es wäre für die ANGen in ihrem System wohl angebracht, leistungsintensive Technologien zu erwerben, die keine so große Infrastruktur benötigen und kostenmäßig günstiger sind als kapitalintensive Technologien. Sonst fallen die ANGen in die Grube der Devisenkredite, weil meist das gesparte Geld nicht ausreicht, um Maschinen der modernsten Technologie kaufen zu können. Oder sie bemühen sich, noch mehr Geld anzusammeln, und so verlängert sich diesmal die Realisierungsfrist des Projektes, und die Aktionäre verlieren dadurch ihr Vertrauen und nehmen davon Abstand, der Gesellschaft noch weiter zu helfen.

Das Management der ANGen ist ebenfalls ein relevantes Problem. Der Vorstand der ANGen besteht noch immer aus unerfahrenen Amateuren. Die Seminare oder Fortbildungskurse für Management reichen nicht aus, um aus einem Arbeitnehmer, der Vorstandsvorsitzender der ANG ist, einen Manager zu machen. Management erfordert das Mitdenken in kaufmännischen, wirtschaftlichen und sonstigen Problemen.

Dieses Managementproblem kann auch durch Kooperation gelöst werden. Diese Kooperation kann von deutscher oder von türkischer Seite her erfolgen. Sogar die ANG kann durch einen unabhängigen Beirat, der sich aus Personen zusammensetzt, die hinsichtlich des Investitionsbereiches über Fachkenntnisse verfügen, zusammen mit dem Vorstand gelenkt und geleitet werden. Solch eine Kooperation kann dem Vorstand die Möglichkeit geben, den gesamten Aufbau mitzumachen und dadurch zu lernen, so daß nach einer gewissen Zeit der Vorstand die gesamte Tätigkeit vom Beirat voll haftbar übernehmen kann.

6. ERGEBNIS UND ZUSAMMENFASSUNG.

Im Rahmen dieses kurzen Referats habe ich mich bemüht, den Stellenwert der ANGen für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei infolge der Migration ins Ausland darzustellen.

Die ANGen existieren seit den 70er Jahren als eine Selbsthilfeinitiative der türkischen Arbeitnehmer im Ausland mit dem Zweck, in der Heimat zu investieren und auch ihre Zukunft in der Türkei mittels Arbeitsplatzbeschaffung zu sichern. Die ANGen umfassen etwa 160.000 Arbeitnehmer als Aktionäre und eine Gesamtinvestition von etwa 10 Milliarden TL; sie haben bisher 15.000 Arbeitsplätze vorrangig in Ostanatolien geschaffen. Sie bilden 2,8% der gesamten Investitionen in der Türkei. Trotzdem tragen sie als eine Devisenquelle, d.h. als eine Benutzungsquelle der Spareinlagen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland nicht nur zur technischen Industrialisierung bei, sondern auch zur Erhöhung des Bruttosozialprodukts der Heimat. Durch die ANGen hofft man, das Gefälle zwischen Ost und West zu beseitigen und die innere Emigration zu verhindern.

Wegen der Bedeutung der ANGen schlossen die Regierungen der BRD und der Türkei im Jahre 1972 ein Abkommen, in dem vorgesehen wurde, die ANGen zu fördern und zu unterstützen. Es wird zusätzlich mit dem Zweck der Kreditvergabe ein Sonderfonds errichtet, an dem die beiden Regierungen anteilmäßig beteiligt sind.

Die ANGen haben verschiedene und erhebliche Fragen, die sie bei der Realisierung ihrer Projekte hindern. Diese Fragen können als Gründungs-, Finanzierungs-, Technologie- und Managementprobleme zusammengefaßt werden. Die Fragen beginnen mit der Projektwahl und setzen sich fort mit Finanzierungs-

schwierigkeiten, zum Teil infolge des Währungsschutzgesetzes. Die falsche Wahl der Technologie und das fehlende Management sind wichtige Hindernisse bei der Verwirklichung der Investition.

Zur Lösung dieser Probleme kann jedoch erwartet werden, daß der türkische Staat endlich die Bedeutung dieses Phänomens erkennt und mit praxisbezogenen Annäherungen die ANGen in die Hand nimmt. Die in Erlassen vom grünen Tisch aus gefundenen Lösungen bringen manchmal mehr neue Schwierigkeiten als eine Erleichterung. Der Staat ist für die Sicherheit der Arbeitnehmerinvestitionen gewiß ein wichtiges, aber doch nicht das einzige Mittel.

Wenn den ANGen⁴⁵⁾ die Möglichkeit gegeben wäre, von dem Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals mit der Nr. 6224 Gebrauch zu machen⁴⁶⁾, was zum Teil mit den Erlassen 168 und 178 vom 24. Januar 1980 und ferner Juli 1980 gewährt worden ist, könnte damit auch ohne weiteres die Sicherheit für das aufgebrachte Kapital für den Arbeitnehmer-Aktionär gewährleistet werden.

Die ANGen sollten im Grunde genommen als Beitrag zur Entwicklung der Türkei im Rahmen der Beziehungen zu anderen europäischen Ländern bewertet werden. Sie sind die einzigen Gesellschaftsformen, die mit einem Fuß in der BRD und mit dem anderen in der Türkei stehen. Sie können, wenn sie rationell betrieben werden, ein wichtiges Instrument bei der Entwicklung der Türkei sein, nicht nur mit ihrer Investition, sondern auch aufgrund ihrer soziologischen Bedeutung.

Mit diesen Beziehungen und Kooperationsformen in Europa können die ANGen in der Türkei sehr viel dazu beitragen, daß sie wieder ein angesehener Handelspartner in Europa wird. Die Türkei sollte diese Chance nicht verpassen.

- 1) SENGÜL, Ömer: Diss. 'Das Sparverhalten der türkischen Arbeitnehmer und dessen Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei', Bonn 1980, S. 140.
- 2) Ebenda, S. 140; der im 5-jährigen Plan für 1979 vorge-sehene Betrag für Transfers türkischer Arbeitnehmer wurde bereits im Juli 1979 erreicht; siehe dazu: Wirtschafts-report, Tageszeitung Miliyat vom 5. August 1979, S. 9; Aksoy, Murat/Weth, Nikolaus: Überblick über die türkischen Devisenbestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der Abwicklung von Türkei-Geschäften mit Hilfe türkischer Arbeitnehmergesellschaften, S. 2 (Bericht vom BFTI, Bonn 1979).
- 3) SENGÜL, Ömer, a.a.O. S. 152/153; SEN, Faruk: Diss. 'Türkische Arbeitnehmergesellschaften; Europäische Hochschulschriften Rh. V. Bd. 254, 1979, S. 46.
- 4) Die ersten Aktivitäten, um die Ersparnisse gemeinsam an-zulegen, erschöpften sich in der Gründung einer Genossen-schaft (s. dazu SEN, a.a.O., S. 58); es gibt nur zwei Dorfentwicklungsgenossenschaften, die durch türkische Arbeitnehmer im Ausland gegründet wurden. Ail-Ko für Mastrinder und Candir für Sonnenblumenöl bemühen sich jetzt, wegen der Unzulänglichkeit der Gründungsform ent-weder eine AG zu gründen oder sich umzuformen. Wegen der Unzulänglichkeit vgl. Halk Girisimleri Örgütlenme ve isleyis modeli, Isletmeler Bakanligi, Ankara 1979, S. 25, und Isci yatirimlari seminer Raporu, BFTI/TI-VAK Bonn 1978, S. 33.
- 5) Vgl. GÖKDERE, Ahmet 'Isci Sirketlerinin sosyo-Ekonomik Kökenleri ve Gelisimi' in: Yurt dicinda calisan Turk iscilerinin kurduklari isci sirketleri semineri, Hrsg. Ankara Uni. Huk. Fak. Calisma Enstitusu, Ankara 1976, S. 3; SENGÜL. Ömer, a.a.O., S. 155; SEN, a.a.O., S. 57.
- 6) ERTAN, Ismail: Isci sirketlerinin Kurulus, Yatirim ve isletme Dönerlerinde larsilasilan sorular in VTA Bulletin 1977, S. 10; GÖKDERE, Ahmet, a.a.O. S. 3.
- 7) Die erste Definition der ANGen kam von dem deutschen Institut ISOPLAN. Danach sind ANGen die Gesellschaf-ten, deren Aktienkapital sich zu mehr als 50% in den Händen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland befin-

det. Der VTA, Verband türkischer Arbeitnehmergesellschaften e.V., hatte in seiner Definition Grenzen für die Beteiligung der staatlichen Unternehmen und Banken an den ANGEN gesetzt. Abgesehen von einigen Differenzen sind die gesuchten Maßstäbe fast gleich; vgl. dazu YÜKSEL, A. Sait: Halk Sirketlerinin sorunları ve Gözüm önerileri, Ist. Uni. işletme Fak. Muh.Enst.Sem. Istanbul 1976.

- 8) Art. 19 des Erlasses über unentgeltliches Importrecht vom 6.10.1977, Nr. 18, aufgrund des Erlasses Nr. 17 in Bezug auf das türkische Währungsschutzgesetz.
- 9) Art. 168 der Bekanntmachung über Förderungsmaßnahmen der Investitionen (türkisches Amtsblatt RG. 13. Aug. 1978); ausführlicher AKSOY, Murat Ugur, İsci Sirketi hukuk rehberi, Hrsg. von BFTİ, Bonn 1978, S. 19.
- 10) Im Auftrag der türkischen Botschaft durchgeführte Untersuchung von BFTİ, Jahresbericht der türkischen Botschaft von 1979 (veröffentl. Mai 1980), S. 182.
- 11) SEN, F., a.a.O., S. 169.
- 12) Jahresbericht der türkischen Botschaft, a.a.O., S. 182.
- 13) JELDEN, Helmut: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei - am Beispiel eines zentralen Kooperationsprogramms, in: Die Türkei auf dem Weg in die EG, hrsg. von GUMPEL, Werner: Wirtschaft und Gesellschaft in Südosteuropa I, Oldenburg 1978, S. 62; Einzelheiten über Arbeitsplätze s. Jahresbericht der türk. Botschaft, a.a.O., S. 182 a.
- 14) IV. Fünfjahresplan (Bes Yıllık Kalkınma Planı) 1979-1983, S. 9.
- 15) SENGÜL, a.a.O., S. 161.
- 16) Jahresbericht der türk. Botschaft, a.a.O., S. 182 a.
- 17) YILMAZ, Bahri: Diss. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Auswanderung türkischer Arbeitskräfte auf die volkswirtschaftliche Entwicklung in der Türkei, Bonn 1973, S. 40 f.
- 18) Jahresbericht der türk. Botschaft, a.a.O., S. 182 a-1.
- 19) Vgl. dazu SENGÜL, a.a.O., S. 168.
- 20) SEN, a.a.O., S. 171.

- 21) JELDEN, Helmut: Rückkehrhilfen für Gastarbeiter, in: Das Gastarbeiter-Problem Jugoslawien-Griechenland-Türkei, hrsg. ALTHAMMER, Walter: Südosteuropa-Studien, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1975, S. 69.
- 22) ÖLCEN, Ali Nejat: Halk Sektörü, Ankara 1974, S. 14; ŞEN, Faruk: Volkssektor Türkei, eine neue Wirtschaftsform für die Türkei, Hrsg. AGG Bonn, Sonderheft 5, Bonn 1979, S. 30.
- 23) Dieses Modell wurde oft als "türkisch-deutsches Modell" bezeichnet.
- 24) ILO (International Labour Organization) beauftragte zwei Wissenschaftler, ein Arbeitspapier über die Übertragungsmöglichkeiten des Modells auf andere Länder fertigzustellen. Vgl. WERT, Manfre/YALCINTAS, Nevzat: Transferability of the Turkish Model of Return Migration and Self-help-Organizations to other Mediterranean Labour Exporting Countries, Working Papers, Hrsg. ILO-International Labour Office, Genf 1978.
- 25) Jahresbericht der türkischen Botschaft, a.a.O., S. 182.
- 26) JELDEN: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit, a.a.O., S. 63.
- 27) Türkei-Report von ISOPLAN-Saarbrücken, 2/78, S. 14.
- 28) WERTH, Manfred: Türkische Arbeitnehmerschaften, Bd. II, ISOPLAN Institut, 2. Aufl. Saarbrücken und Bonn, S. 115.
- 29) SENGÜL, a.a.O., S. 173; außerdem sollen hier auch die Änderungen in der Ausländerpolitik berücksichtigt werden. Nach diesen Änderungen haben sich die Arbeitnehmer bemüht, ihre gesamte Familie nach Deutschland zu holen.
- 30) Zuletzt erschien ein Erlass über die Förderung der Investitionen am 23. März 1980 (türk. Amtsblatt RG vom 23. März 1980, Nr. 16938).
- 31) ISOPLAN-Türkei, Beratungsprogramm- Kooperation mit türkischen Banken, Saarbrücken 29.5.1980, S. 2.
- 32) Ebenda, S.2.
- 33) Jahresbericht der türk. Botschaft, a.a.O., S. 182.
- 34) Art. 19 des Erlasses über unentgeltliches Importrecht vom 6.10.1977, Nr. 18; zu den Ausführungen s. AKSOY M.U./WETH, N., a.a.O., S. 4.

- 35) Damals garantierte die türk. Regierung den Gegenwert der in konvertiblen TL-Konten angelegten Spareinlagen. Dies belastete die Zentralbank erheblich. Die Kosten für diese Garantie belaufen sich für die türk. Regierung auf 7 bis 10 Milliarden TL; s. dazu AKSOY, M.U./WERTH, N., a.a.O., S. 3.
- 36) Art. 9 des Erlasses über Förderung der Investitionen am 23. März 1980 (türk. Amtsblatt RG vom 23. März 1980, Nr. 16938).
- 37) Ebenda, S. 22.
- 38) in türkischer Sprache heißt es "cibayet kuru".
- 39) Dazu s. AKSOY, M.U.: Bericht über Rechtsfragen der Arbeitnehmergesellschaften, hrsg. BFTI Bonn 1978, S. 4.
- 40) Das Währungsschutzgesetz sieht Freiheitsstrafen vor, wenn die Gelder nicht rechtzeitig überwiesen werden; auf der anderen Seite besagt Art. 19 des Erlasses über unentgeltliches Importrecht, daß nur die ANGen berechtigt sind, von diesem Recht Gebrauch zu machen, wenn 2/3 ihrer Investitionen durch die Gelder realisiert werden, die durch türkische Arbeitnehmer im Ausland als Kapital gezeichnet werden; schließlich besagt Art. 9 des Erlasses über die Förderung der Investitionen, daß die ANGen ihre Maschinen als Sacheinlage in die Türkei bringen dürfen. Wenn die ANG als eine türkische juristische Person keine Erlaubnis für Devisenausgabe hat, wie werden diese Maschinen gekauft und wie wird aus dem unentgeltlichen Importrecht Nutzen gezogen, wenn ein Transferzwang besteht?
- 41) Siehe dazu SEN, Diss. a.a.O., S. 171.
- 42) AKSOY, M.U./WERTH, N. a.a.O., S. 9.
- 43) TOKPINAR, Metin: Isçi Sirketlerinde Finansman sorunu, Bericht, hrsg. TKSB, S. 7.
- 44) WERTH, Nikolaus: Die Situation für die mittelständische Wirtschaft in der Türkei, S. 4 in: Rückkehrbezogenes Fortbildungsprogramm für heimkehrendeschlossene türkische Arbeitnehmer, hrsg. Arbeitskreis Integration und Reintegration, Heidelberg 15. März 1980.
- 45) S. dazu UNAT-ABADAN, Nermin: Ulusal Gök Politikası ve dışı Bağimlilik Karsı (Tageszeitung Milliyet, S. 2).
- 46) ÖNALP, Tahsin; Bericht über "Auf welchem Gebiet wurden bisher die türkischen Arbeitnehmerinvestitionen durchgeführt, konnten oder mußten sie gelenkt werden", Bonn BFTI, 1980, S. 6.

SUMMARY

In this short report I have tried to make clear the value of the Turkish Workers Companies for the economic development of Turkey regarding migration abroad.

The Turkish Workers Companies have existed since the seventies as a kind of self-help, initiative for Turkish employees abroad with the purpose of investing in their home-country and providing for their future by the way of job-creation in Turkey.

The Turkish Workers Companies include about 160 000 employees as share-holders and a total investment of about 10 Mrd. TL and have up to now created more than 15000 jobs mostly in Eastern Anatolia.

They constitute 2,8% of the complete investments in Turkey in 1978. As well as this, they provide a source of foreign exchange, that is, a means of using the savings of the Turkish employees abroad to the purpose of industrialization and also contribute to the increase of gross national production of their home-country.

By Turkish Workers Companies one hopes to close the technological gap between Eastern and Western Turkey and thus to avoid internal migration from East to West.

Due to the importance of Turkish Workers Companies, the governments of W-Germany and Turkey made an agreement in 1972 with the aim of supporting Turkish Workers Companies in the re-integration programme for Turkish Workers. Furthermore a special fund has been established for the purpose of providing capital in which both governments have a proportionate share.

The Turkish Workers Companies have several different and important questions to solve which prevent them from the realization of their projects. Those questions can be resumed as foundational, financial, technological and managerial problems.

The problems to be solved begin with the selection of projects and lead on to financial difficulties partly due to the law of currency protection.

The wrong choice of technology and the lack of management are the chief obstacles to the realization of investment. As to the solution of these problems, it can be expected that the Turkish Government has finally realized the importance of this phenomena and is ready to treat the Turkish Workers Companies with a more practical and realistic approach.

The solutions found in edicts or at the conference table sometimes bring more new difficulties than real help. The state certainly is important for the safety of employee-investments, but is still not the only means.

If the Turkish Workers Companies are able to make use of that law that supports foreign capital by Nr. 6224, which partly has been granted with the edicts Nr. 168 and 178 of 24 Jan. 1980 and July 1980, it would be also possible, without any doubt, to guarantee the safety of the raised capital of the employee-shareholder.

Fundamentally the workers companies shall be evaluated in the light of the development of relations with other European countries. They are the only form of company which stand with one foot in W-Germany and the other in Turkey.

REFERENTEN 18 / SPEAKERS

ABADAN-UNAT, Nermin, Prof.Dr.

President, Turkish Social Science Association
(former Member of the Senate of the Turkish
Republic), Ankara

AKSOY, Murat Ugur

Büro für die Förderung türkischer Arbeit-
nehmer-Investitionen, Bonn

BINSWANGER, Karl, Dr.

Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

HASS, Hans-Helmut

Freie Universität, Fachbereich Politische
Wissenschaft, Berlin (West)

HIÇ, Mükerrerem, Prof.Dr.

Director, Europe and Middle East Economic
and Social Relations Research Institute,
University of Istanbul

KARPAT, Kemal H., Prof.Dr.

Department of History, University of
Wisconsin, Madison

LANDAU, Jacob, Prof.Dr.

Faculty of Social Sciences, Hebrew
University of Jerusalem

ÖNDER, Zehra, Dr.

Berlin (West)

PARVIN, Manoucher, Prof.Dr.

Department of Economics, University
of Akron, Ohio

ROTH, Jürgen

Schriftsteller und Journalist, Frankfurt

STEINBACH, Udo, Dr.

Direktor, Deutsches Orient-Institut, Hamburg

TOLUN, Yavuz

Publisher, Economic Press Agency, Ankara

Iran in der Krise Weichenstellungen für die Zukunft

Beiträge zur Diskussion der Zukunftsfragen der Islamischen Republik Iran

(Reihe: Struktur- und Entwicklungspolitik, Band 5)

Etwa 272 Seiten, Broschiert ca. 32,- DM

ISBN 3-87831-341-1

Zwei Jahre ist es her, daß die islamische Revolution Iran überrannte und die Welt überraschte. Seither kam das Land nicht zur Ruhe. Die politische Entwicklung der Revolution ließ immer weniger kalkulierbare Rationalität erkennen, und mehr und mehr nimmt Iran die Sorgen der Welt gefangen.

Diese Sorgen gehen weit über die Ereignisse unmittelbar in Iran hinaus. Seine geopolitische Lage, die politischen Ausstrahlungen der islamischen Revolution auf die Nachbarregionen und die islamische Welt insgesamt, die existentiellen Konsequenzen für die Energieversorgung der Industriestaaten – all dies schafft vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Interdependenzen unmittelbare Betroffenheit. Es geht gar nicht mehr so sehr um die Zukunft und um die Probleme Irans; es geht inzwischen um die eigene Zukunft und die eigenen Probleme.

Der Überraschung folgten die Fragen, der Versuch, die Linien, die zur iranischen Revolution geführt haben, zu erkennen, um sie fortzeichnen zu können in die Zukunft. Die Frage nach den zukünftigen Perspektiven ist nicht zu trennen von der Frage nach den Ursachen in der Vergangenheit. Beides ist von höchster Komplexität, und eine Antwort läßt sich nur finden, wenn das Phänomen der iranischen Revolution zunächst in seinen vielfältigen Einzelaspekten analysiert wird, aus denen sich dann erst eine Gesamtanalyse ergibt.

Dies war Aufgabe und Ziel eines zweijährigen Forschungsprogrammes der Friedrich-Ebert-Stiftung, dessen wesentliche Ergebnisse in dem vorliegenden Sammelband zusammengefaßt werden. In 16 Beiträgen, um vier Schwerpunktthemen gruppiert, geben hervorragende Sachkenner aus dem In- und Ausland eine Gesamtanalyse der Ursachen der iranischen Krise und zeichnen Perspektiven ihrer möglichen Entwicklung für Iran selbst wie auch in ihren weltpolitischen Auswirkungen.

Inhalt:

Werner Ende: Der schiitische Islam als politische Kraft

Nikki R. Keddie: Iran: Islam and Revolution

Abdoljavad Falaturi: Die iranische Gesellschaft unter dem Einfluß der westlichen Kultur

Marvin M. Zonis: The Pahlavi Political System of the 1970's

Paul Balta: La révolution iranienne – une analyse rétrospective

Udo Steinbach: Die Entwicklung des politischen Systems in Iran seit der Revolution

James A. Bill: The Iranian Revolution and the Changing Power Structure

Robert Graham: Economic Policy under the Shah

Andrew Whitley: The Approach of the Islamic Republic of Iran to Economic Policy

Ulrich Planck: Die Rolle der Landwirtschaft in der neuen iranischen Wirtschaftspolitik

Rolf-Roger Hoepfner: Die iranische Revolution und die neue iranische Wirtschaftspolitik – Zukunftsperspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und der Bundesrepublik Deutschland

Shahram Chubin: The Iranian Revolution and its Consequences for the Gulf Region and the Arab World

Hans Maull: Die Auswirkungen der iranischen Revolution auf die Energieversorgung der westlichen Industriestaaten

Kenneth Hunt: The Impact of the Iranian Revolution on Regional and International Strategic Equilibrium

Valerie Yorke: Iran's Revolution and its Policy Implications for the Gulf States – A Strategy of Preemptive

Arnold Hottinger: Die Imamatspolitik im Vormarsch – Aussichten für die Iranische Außenpolitik

Bitte bestellen Sie beim Buchhandel oder direkt beim Verlag,
der Sie über eine Buchhandlung beliefern wird.

Verlag Neue Gesellschaft
Postfach 200 189 · D-5300 Bonn 2



Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Reihe „**Internationale Politik**“ bringt Expertisen und Berichte über Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu aktuellen Fragen der internationalen Politik. Durch eine Kurzpräsentation der wesentlichen Ergebnisse dieser Veranstaltungen informiert die Reihe über die Hintergründe und Entwicklungen dieser Probleme und versucht, Perspektiven für ihre Lösung aufzuzeigen.

Redaktion:

Michael Domitro (verantwortlich), Günther Esters

Die Reihe „**Internationale Politik**“ erscheint unregelmäßig. Bezug erfolgt unmittelbar durch das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149 5300 Bonn 2.

Bisher erschienen:

Gesamtanalyse der Ursachen und möglichen Perspektiven der Entwicklung in Iran, Bonn 21./22. Juni 1979 (vergriffen)

Die Islamische Republik Iran: Probleme und Perspektiven, Bonn, 19. – 21. März 1980

Probleme der Rohstoffsicherung, Bonn, 26./27. Juni 1980

Der Konflikt in Südafrika: Internationale Lösungsstrategien und innerer Wandel, Bonn, 29./30. Mai 1980

Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft: Perspektiven und Strategien, Bonn, 2. und 3. Juni 1980

Die Krise der Türkei und die Perspektiven ihrer Lösung, Brüssel, 24.–26. September 1980

Widerstand in Südafrika, Bonn, 8./9. Dezember 1980

Krise in der Rohstoffversorgung der westlichen Welt? Washington, 11./12. Dezember 1980

Analysen

Aus der
Abteilung
Entwicklungsländer-
forschung

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

Bisher erschienen:

Nr. 85/86, Oktober 1980, 224 S.

SÜDAFRIKA: INTERNATIONALE LÖSUNGSSTRATEGIEN
UND INNERER WANDEL

Nr. 87, Dezember 1980, 43 S.

ISLAMIC REPUBLIC OF IRAN: PROBLEMS AND
PERSPECTIVES

Nr. 88, Januar 1981, 39 S.

MEXIKANISCHE EINWANDERUNG IN DIE USA
PROBLEME UND LÖSUNGSANSÄTZE

Nr. 89/90, Februar 1981, 186 S.

DIE TÜRKISCHE KRISE

The series **"Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung"** is published by the Research Institute of the Friedrich-Ebert-Stiftung as a comprehensive and reliable source of information for anyone wishing to learn more about the problems with which the nations of the Third World are confronted.

Editors: The-Quyen Vu (corresponding), Michael Domitra, Winfried Veit

Manuscripts and correspondence should be addressed to: Research Institute of the Friedrich-Ebert-Stiftung
Department of Development Research, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Publications in the series **"Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung"** appear at irregular intervals and can be obtained directly from the Research Institute of the Friedrich-Ebert-Stiftung, Department of Development Research
Account No.: 10 10 60 62, Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn (Accounting reference: ELF/INFO)

All rights reserved. No part of this work may be reproduced or copied without permission of the publisher. Articles bearing the author's name do not necessarily reflect the views of the editorial department.

Printed by NVV: Druck & Service, Bonn 2

